

Genehmigung am 25.04.2024 (genehmigt)

Protokoll 04

Stadtratssitzung
Donnerstag, 15.02.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2021.BSS.000055	6
2 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Kirchenfeld- Schosshalde / Schulkommission Besondere Volksschulen)	
2021.BSS.000055	7
3 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Breitenrain-Lorraine)	
2018.PRD.000074.....	7
4 Sanierung und Umbau zu Kinderhaus Rossfeld; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	
2021.PRD.000053.....	9
5 Gesamtanierung und Erweiterung Volksschule Stöckacker; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	
2017.SR.000140	16
6 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Vielfältige Nutzung von Pausenplätzen ermöglichen; Begründungsbericht	
2016.PRD.000162.....	17
7 NEXPO – Die neue Expo: Fortführung der Mitgliedschaft der Stadt Bern; Verpflichtungskredit	
2018.SR.000087	28
8 Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Barbara Nyffeler, SP): Eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern; Fristverlängerung	
2022.FPI.000015	30
9 Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (Finanzkontrollreglement; FR); Erlass; 2. Lesung	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.	35
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	36
2023.FPI.0062	37
10 Stiftung PROGR; Verlängerung selbständiges und dauerndes Baurecht Bern Gbbl.-Nr. 1/1529	
2000.GR.000608.....	39

11	I5100434, Fr. 150 000.00, Entflechtung der Verkehrsströme im oberen Hirschengraben: Machbarkeitsstudie; Nachkreditbegehren	
2014.TVS.000094	39
12	Belagswiederherstellungen nach Grabarbeiten 2020 von Energie Wasser Bern (ewb) im Stadtteil 3: Kostenanteil Stadt Bern; Ausführungskredit	
2023.TVS.0329	40
13	Tiefbauamt (Dienststelle 510); Nachkredit zum Globalbudget 2023	
2023.SUE.0066	41
14	Tierpark Bern; Gesamtplanung 2023 – 2033	
2017.SR.000033	59
15	Motion Marcel Wüthrich (GFL): Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag	
2017.SR.000094	68
16	Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO, FDP/JF (Regula Bühlmann, GB/Ursina Anderegg, GB/Matthias Stürmer, EVP/Marcel Wüthrich, GFL/Edith Siegenthaler, SP/Melanie Mettler, GLP/Dannie Jost, FDP): Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Berns Beitrag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030; Prüfungsbericht	
Versoben und eingereicht	69
Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr	70

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uh

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Dominic Nellen
Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Michael Hoekstra	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Simone Richner
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Oliver Berger	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
Lea Bill	Anna Jegher	Michael Ruefer
Laura Binz	Raffael Joggi	Mahir Sancar
David Böhner	Nora Joos	Judith Schenk
Michael Burkard	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Eva Chen	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Corina Liebi	Michael Sutter
Nik Eugster	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Alexander Feuz	Simone Machado	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Esther Meier	Paula Zysset
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	
Lionel Gaudy	Matteo Micieli	

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Thomas Hofstetter	Niklaus Mürner	Johannes Wartenweiler

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Anwesende, ich begrüsse euch ganz herzlich zur heutigen Stadtratssitzung. Ich bitte um ein bisschen Ruhe, damit wir offiziell mit der Stadtratssitzung beginnen können. Danke vielmals. Ich gebe gleich am Anfang die Entschuldigungen bekannt für beide Sitzungen und bitte auch, die Telefonate in der Wandelhalle – es ist sehr laut. Danke vielmals. Ich gebe die Entschuldigungen bekannt für beide Sitzungen. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Gabriela Blatter von der GLP, Thomas Hofstetter von der FDP, Anna Leissing vom GB, Johannes Wartenweiler von der SP und Irina Straubhaar von der GLP. Für die zweite Sitzung entschuldigt sind Michael Sutter von der SP und Nora Krummen von der SP. Dann haben wir heute einen Rücktritt zu verzeichnen, und zwar wird uns Eva Chen nach zweieinhalb Jahren verlassen, und ich werde jetzt ihr Rücktrittsschreiben vorlesen: "Liebe alle. Seit ungefähr zweieinhalb Jahren darf ich als Vertreterin der Alternativen Linken hier im Stadtrat politisieren. Es war eine spannende, lehrreiche, aber auch anstrengende Erfahrung. Meine Vermutung, dass ich persönlich nicht für diese Arbeit gemacht bin, hat sich für mich im Verlauf der letzten Jahre zunehmend bestätigt. Mit einem Job in Basel und einem Doktorat in Zürich kann ich Bern zudem privat und politisch nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken, um bewegungsnahe Politik zu machen. Ganz nach dem Motto, lieber 2 Dinge gut als 3 Dinge halbherzig zu machen, habe ich deshalb entschieden, mich wieder stärker auf meine beruflichen Perspektiven zu konzentrieren und Platz für eine neue, motivierte Person zu machen. Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis in unserer Fraktion, aber auch gesamthaft im Stadtrat, war es mir und der AL ein wichtiges Anliegen, dass wir die mittlerweile hauchdünne Frauenmehrheit nicht noch zusätzlich schmälern. Dass Frauen und nichtbinäre Personen keine politischen Ämter ausüben wollen, wie das einige in diesem Rat gerne glauben möchten, scheint mir als Ursache für die rückläufige Quote unzulänglich. Viel eher scheint es ein klares Zeichen dafür zu sein, dass es nach wie vor viel Arbeit braucht, bis wir gesellschaftlich an einem Punkt sind, an dem für alle vergleichbare Grundvoraussetzungen herrschen. Danke also an alle, die sich tagtäglich für diese Vision einsetzen. Ebenfalls Danke sagen möchte ich meiner Fraktion in ihrer aktuellen und auch vergangenen Zusammensetzung. Lieber Detti, lieber Rafi, lieber Matteo, liebe Jemima, liebe Tabea, liebe Zora und liebe Simone, herzlichen Dank euch allen für die stets unkomplizierte und produktive Zusammenarbeit. Ich danke auch unseren Wähler*innen, die ihre Stimme alle 4 Jahre für eine kleine, linke Nichtregierungspartei abgeben und unsere Arbeit hier damit erst ermöglichen. Herzlichen Dank auch all jenen, die dieses Parlament mit viel Engagement zum Funktionieren bringen sowie all jenen, die direkt oder indirekt leidenschaftlich darin mitwirken. Damit verabschiede ich mich. Merci. Alles Gute und bis gly."

Vielen Dank, liebe Eva, für dein persönliches Rücktrittsschreiben. Ich weiss auch aus persönlichen Gesprächen mit dir, dass es wirklich eine Herausforderung ist, das Arbeiten in Zürich und in Basel zu vereinbaren mit deinem Stadtratsmandat und auch mit dem Privatleben hier in Bern. Das ist eine sehr grosse Herausforderung und es ist absolut verständlich, dass du das unbefriedigende Gefühl nicht mehr willst, dass es nirgends wirklich reicht. Natürlich ist es sehr schade. Wir haben gerade das letzte Mal schon darüber geredet, als Sara Schmid zurückgetreten ist. Dass auch hier die Vereinbarkeit wieder ein Grund ist, dass wir ein sehr kompetentes Stadratsmitglied verlieren, finde ich extrem schade. Du bist die letzten zweieinhalb Jahre sehr engagiert gewesen. Ich hatte im Kopf, dass du mal in der Zeitung gewesen bist und ich wusste, dass es

irgendeine grossartige Schlagzeile gegeben hat. Und ich habe sie wieder gefunden. Es hat gestanden: Die Frau, die Koks vom Staat will. Also, das muss man erst einmal schaffen. Du hast dich wirklich für Drogenpolitik engagiert, aber nicht nur für das, auch für Asyl- und Migrationspolitik, als Armutsbekämpferin. Du warst sehr engagiert für Kultur und Kulturschaffende. Danke vielmals für dein riesiges Engagement. Du wirst wirklich fehlen. Und ich wünsche dir im Namen des Stadtrates ganz viel Erfolg in deinem beruflichen und selbstverständlich auch in deinem privaten Leben. Merci vielmals.

Dann haben wir auch ein neues Stadtratsmitglied in der SP/JUSO-Fraktion als Nachfolger von Sara Schmid. Das ist Emanuel Amrein. Ganz herzlich willkommen bei uns im Stadtrat. Und wir haben heute einen Geburtstag auch in der SP/JUSO-Fraktion, und zwar von Chandru Somasundaram. Ganz herzliche Gratulation zum Geburtstag. Schön, dass du deinen Geburtstag mit uns verbringst. Dann habe ich noch Mitteilungen. Ihr dürft die Stadtratssitzung auch dafür nutzen, um eine Umfrage auszufüllen über die Vereinbarkeit. Ich gehe mir langsam selber auch auf die Nerven mit dieser Umfrage, aber es ist wirklich wichtig, dass möglichst alle diese ausfüllen ich wäre euch sehr, sehr dankbar, wenn ihr das machen könntet. Dann, denkt bitte daran zu badgen. Und Vorstösse einreichen könnt ihr nach wie vor bei Tom; die dringlichen bis 21 Uhr und alle anderen bis um 21.30 Uhr. Dann habe ich noch eine andere Information. Vielleicht haben sie die einen oder anderen schon mitbekommen. Es gibt Veränderungen im Stadtrat. Einerseits hat Michael Ruefer einen neuen Platz. Er ist jetzt bei der GFL-Fraktion. Und auch ganz neu ist es so, dass die GFL und die EVP-Fraktion sich getrennt haben. Sie sitzen immer noch nebeneinander. Das scheint so zu funktionieren. Das einfach aus Transparenzgründen und zu eurer Information. Ich werde künftig sagen, die GFL-Fraktion. Die EVP hat jetzt oder aktuell noch keine Fraktionszugehörigkeit.

Wir starten mit einem Antrag. Ihr könnt die Antragsliste hervorheben. Es ist ein Ordnungsantrag der SVP eingegangen. Wir haben eigentlich keine mündlichen Antragsbegründungen mehr, aber bei den Ordnungsanträgen ist es anders. Alex Feuz wird ganz, ganz kurz den Antrag begründen.

Alexander Feuz (SVP): Danke. Ihr habt den Ordnungsantrag schriftlich vor euch. Mir geht es einfach darum, dass die Quartierkommission, das Mitwirkungsorgan, wie es in der Gemeindeordnung (GO) verankert ist, aus den Medien erfahren hat, was passieren soll. Wir haben dies dann in der Kommission zum Schwerpunktthema gemacht. Reto Nause kann erst am 26. März 2024 an die Sitzung kommen. Wir reden heute über das neue Konzept. Wenn ihr die Stadt der Beteiligungen leben wollt, müsst ihr diesem Ordnungsantrag zustimmen. Sonst betreiben wir einfach reine Akklamation, nehmen nachträglich noch zu etwas Stellung. Für die Leute in der Quartierkommission ist es nicht sehr motivierend über ein Geschäft noch lange zu diskutieren als Schwerpunktthema, das ihr bereits beraten habt. Das ist falsch gelaufen bei der Tierpark-Leitung und beim Gemeinderat. Ich bitte euch, dem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Alex. Wir stimmen über den Antrag ab, und zwar, ob das Traktandum 14 verschoben werden soll.

Antrag

Antrag

1. SVP: Ordnungsantrag: Das Traktandum 14 Tierpark Bern Gesamtplanung 2023-2033, 2023 SUE.066; sei zu verschieben und frühestens nach der Durchführung der am 26.3.2024 angesetzten Informationsveranstaltung durch Reto Nause in der zuständigen Quartierkommission QUAV4 zu traktandieren.

Abstimmung Nr. 006

2023.SR.0112: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	5
Nein	52
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Dann kommen wir zu Traktandum 2: Wahlen in die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde, die Schulkommission Besondere Volksschulen. Ich erteile Barbara Keller das Wort für die Kommission SBK.

2021.BSS.000055

2 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde / Schulkommission Besondere Volksschulen)

Barbara Keller (SP) für die SBK: Ich nehme Traktandum 2 und 3 zusammen. Die SBK bekommt Dossiers der Personen, die zur Wahl stehen, schaut diese an, diskutiert sie und entscheidet dann, ob die Kandidat*innen zur Wahl empfohlen werden können. Diesmal können wir euch alle zur Wahl stehenden Personen empfehlen. Das wären Barbara Nina Henauer (GFL), Chantal Roth für den Elternrat für die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde, dann Sophie Bill (GLP) für die Schulkommission Besondere Volksschulen und Franca Riva für die Schulkommission Breitenrain-Lorraine. Wir danken ganz herzlich für die Bereitschaft, dieses Amt zu machen, und natürlich danken wir auch den Vorgänger*innen für ihren Einsatz, den sie in diesem Amt geleistet haben. Danke vielmals. Jetzt will ich aber noch etwas anderes anführen. Uns ist in der SBK aufgefallen, wie unterschiedlich die Bewerbungsdossiers der Kandidierenden daher kommen. Wir haben deshalb Kriterien beziehungsweise Informationen diskutiert, die wir für eine Wahlempfehlung an den Stadtrat brauchen. Wir erwarten einen kurzen Lebenslauf und ein kurzes Motivationsschreiben von 3 bis 4 Sätzen, warum sich jemand für die Schulkommission interessiert. Zudem sollten diese Leute laut Schulreglement in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnen. Wenn das im Einzelfall nicht der Fall ist, wäre ein Bezug zum Schulkreis im Motivationsschreiben sehr hilfreich. Diese Punkte haben wir im Namen der SBK auch dem Schulamt mitgeteilt, mit der Bitte, uns diese Infos entsprechend jeweils zuzustellen und das auch den Parteien respektive den Kandidierenden mitzuteilen. So können wir sicherstellen, dass wir alle Informationen haben, um eine Wahlempfehlung an den Stadtrat abzugeben.

Präsidentin: Merci vielmals, Barbara. Du hast jetzt zu den Traktanden 2 und 3 geredet. Gibt es weitere Wahlvorschläge als die Personen, die nominiert sind für die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde und Besondere Volksschulen? Wenn das nicht der Fall ist, wählen wir mittels Handerheben. Wer die Nominierten wählen will, kann das mittels Handerheben. – Gibt es Enthaltungen? – Gut, dann sind die Personen gewählt. Herzliche Gratulation.

Wahl

Der Stadtrat wählt in die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde:
--

- Barbara Nina Henauer (GFL)
- Chantal Roth (Elternrat)

Der Stadtrat wählt in die Schulkommission Besondere Volksschulen

- Sophie Bill (GLP)

2021.BSS.000055

3 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Breitenrain-Lorraine)

Präsidentin: Wir gehen gleich weiter zu Traktandum 3. Gibt es hier Fraktionserklärungen oder andere Wahlvorschläge für die Schulkommission Breitenrain-Lorraine? Dann würden wir auch hier die Nominierten mittels Handerheben wählen. – Gibt es Enthaltungen? – Herzliche Gratulation auch der Gewählten.

Wahl

Der Stadtrat wählt als Elternvertretung in die Schulkommission Breitenrain-Lorraine:

- Franca Riva

2018.PRD.000074

4 Sanierung und Umbau zu Kinderhaus Rossfeld; Projektierungskrediterhöhung und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 4: Sanierung und Umbau des Kinderhauses Rossfeld, Abstimmungsbotschaft. Wir erteilen der Kommission das Wort. Für die PVS spricht Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Im Namen der Kommission stelle ich euch gerne ein spannendes, neues Projekt im Rossfeld vor. Um mehr Schulraum zu schaffen, hat die Stadt Bern 2019 ein Gebäudeensemble der Kirchgemeinde Matthäus im Baurecht erworben. Das in den Sechzigerjahren erbaute Gebäudeensemble besteht aus einer Kirche mit Sakristei, einem ehemaligen Kirchgemeindehaus, einem ehemaligen Pfarrhaus und einen Kirchturm. Da diese Gebäudegruppe zwischen 1961 und 1965 erbaut und seither nicht massgeblich saniert worden ist, befindet sie sich jetzt in einem schlechten baulichen Zustand, ähnlich wie eigentlich die meisten Schulsanierungen, die wir in diesem Rat behandeln. Geplant ist, das Kirchgemeindehaus und das Pfarrhaus umfassend zu sanieren, umzubauen und mit einem Zwischenbau zu verbinden, so dass ein dreigliedriges und dreigängiges Gebäude entsteht. im Rahmen der Sanierung und der Zusammenführung der beiden Gebäude wird so ein neuer Lern- und Spielraum geschaffen. Unter dem Namen "Kinderhaus Rossfeld" soll darum Raum für eine Tagesbetreuung für die Schulkinder, eine Kita mit 3 Gruppen und eine Basisstufenklasse geschaffen werden. Ausserdem ist vorgesehen, dass die Quartier- und Schulbibliothek Rossfeld ins Erdgeschoss des Kirchgemeindehauses ziehen. Damit die Quartier- und Schulbibliothek auch genug Platz zur Verfügung hat, wird die verglaste Eingangshalle des Kirchgemeindehauses vergrössert. Aktuell werden unter dem gedeckten Aussenbereich des Kirchgemeindehauses archäologische Funde aus der keltischen und römischen Zeit in Vitrinen ausgestellt. Da die wichtigen Funde zur Geschichte der Engehalbinsel gehören, werden sie auch in die Zukunft in der verglasten Quartier- und

Schulbibliothek integriert werden. Das Kinderhaus Rossfeld wird nach den Kriterien von Minergie Eco sowie unter den Standards nachhaltiges Bauen Schweiz saniert und erstellt. Gleichzeitig ist auf den Dächern die Installation von 2 Photovoltaikanlagen geplant. Der jetzt ziemlich triste graue Aussenraum soll aufgewertet, entsiegelt und begrünt werden. Hinter dem Erwerb der Gebäudegruppe 2019 stand auch die Idee, mit der Sanierung der Kirche einen Mehrzweckraum zu schaffen und eventuell eben die Bibliothek in der Kirche unterzubringen. Allerdings hat sich im Laufe der Projektierung herausgestellt, dass die Sanierung der denkmalgeschützten Kirche zu teuer ausfallen würde und auch die Nutzung als Mehrzweckraum nicht sichergestellt ist. Deshalb gehört die Sanierung der Kirche nicht mehr zum aktuellen Projekt. Sie wird nur punktuell instandgesetzt. Ohne die Sanierung der denkmalgeschützten Kirche beantragt der Gemeinderat für die Sanierung der Kirche, des Kirchgemeindehauses, des Pfarrhauses und den Bau des neuen Zwischenbaus und der Bibliothek einen Baukredit von 16,1 Mio. Franken. Der Baustart ist für das dritte Quartal in diesem Jahr vorgesehen. In der PVS war das Geschäft unbestritten, weshalb die Kommission die Erhöhung des Projektierungskredits sowie den Baukredit und die Abstimmungsbotschaft einstimmig angenommen hat, und dem Stadtrat beantragt, dieses ebenfalls anzunehmen. Der einzige längere Diskussionspunkt war die Sanierung der Kirche, um die man im aktuellen Projekt aus Kostengründen verzichtet hat. Den Kommissionsmitgliedern war es ein grosses Anliegen, dass die künftige Nutzung der Kirche bald geprüft wird und die Sanierung nicht ins Unermessliche hinausgezögert wird, und dass die Kommission zeitnah über die nächsten Schritte informiert wird. Das ist so vom Gemeinderat und von der Verwaltung aufgenommen worden und wird auch so für die kommenden Kommissionssitzungen traktandiert. Soll ich noch das Fraktionsvotum anhängen?

Präsidentin: Ist das Traktandum umstritten, gibt es Diskussionsbedarf? Abstimmen werden wir sowieso. – Kein Diskussionsbedarf? Dann braucht es auch kein Fraktionsvotum. Merci vielmals, Jelena. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wir werden dreimal abstimmen, denn es liegen 2 Kredite vor. Zuerst stimmen wir ab über den Kredit gemäss Ziffer 2, und zwar über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 007

2018.PRD.000074: Erhöhung des Projektierungskredits

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag einstimmig an. Wir kommen zur nächsten Abstimmung: Ziffer 3, und zwar, ob wir das Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden wollen.

Abstimmung Nr. 008

2018.PRD.000074: Baukredit

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Auch diesen Antrag nehmt ihr einstimmig an. Dann stimmen wir jetzt noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 009

2018.PRD.000074: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Auch die Abstimmungsbotschaft nehmt ihr einstimmig an.

2021.PRD.000053

5 Gesamtsanierung und Erweiterung Volksschule Stöckacker; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

- Die Traktanden 5 und 6 werden gemeinsam beraten. -

Präsidentin: Somit sind wir schon bei Traktandum 5. Die Traktanden 5 und 6 werden zusammen behandelt. Wir beginnen mit der Abstimmungsbotschaft, und ich erteile der Kommission das Wort, und zwar Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die PVS: Ich darf noch einmal das Kommissionsvotum für ein weiteres Schulprojekt halten. Wir sind fleissig am Schulraum schaffen. Das freut mich wirklich sehr. Um mehr Schulraum zu schaffen, soll auf dem Areal der Volksschule Stöckacker ein neues Schulgebäude entstehen. Gleichzeitig sollen die bestehenden 4 Gebäude saniert werden; alles im Rahmen von 65,8 Mio. Franken. Aber zuerst zur Ausgangslage: Die Volksschule Stöckacker befindet sich im Westen von Bern, im Stadtteil Bümpliz-Oberbottigen. Gerade in unmittelbarer Nähe befindet sich der kantonale Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen. Im ESP Ausserholligen sind verschiedene grosse Bauprojekte geplant, und unter anderem soll aber auf dem Areal Weyermannshaus West ein neues Quartier mit vielen neuen Wohnungen entstehen. Auch EWB wird auf ihrem Areal innerhalb des ESP einen neuen Hauptsitz und zusätzlich rund 220 neue Wohnungen bauen. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl Schüler*innen in diesem Perimeter in Zukunft deutlich ansteigen wird. Deshalb sollte man jetzt vorausplanen, um genügend Schulraum bereitzustellen, und das soll unter anderem mit einem kompakten Neubau sichergestellt werden. Das Siegerprojekt aus dem Architekturwettbewerb sieht vor, dass ein kompaktes, fünfstöckiges Gebäude entsteht mit einem Tragwerk aus Holz. Der Neubau ist so konzipiert, dass er keine tragenden Innenwände aufweist, weshalb es in Zukunft möglich sein wird, die Aufteilung zu ändern oder so anzupassen, wie sich die Raum- und Lernbedürfnisse in Zukunft ändern. Ausserdem wird das fünfstöckige Gebäude über 4 Terrassen verfügen. Diese können als Pausenplatz oder Freiluftklassenzimmer genutzt und begrünt werden. Im Untergeschoss wird eine Turnhalle eingebaut und im Obergeschoss eine Tagesbetreuung für Schulkinder. Selbstverständlich wird dieser Neubau gemäss den Standards von Minerergie-P Eco und Nachhaltig Bauen Schweiz erstellt. Neben dem Neubau werden aber

auch die 4 Bestandesbauten saniert. Zur jetzigen Schulanlage gehören 4 pavillonartige Bauten. In 2 Gebäuden befinden sich aktuell Klassenzimmer mit Fachräumen und in den weiteren 2 Gebäuden eine Turnhalle mit Garderoben und ein Quartiertreff. Die bestehenden Gebäude wurden in den Fünfzigerjahren erbaut und werden vom städtischen Denkmalschutz als schützenswert eingestuft. Seit der Erstellung vor 70 Jahren sind lediglich kleine Anpassungen und Sanierungen durchgeführt worden, weshalb sie jetzt einen Sanierungsbedarf aufweisen.

Die Präsidentin mahnt zu mehr Ruhe im Saal.

Es handelt sich um ein sehr unbestrittenes Geschäft, aber vielleicht doch rasch für das Protokoll: Mit der Entstehung des Neubaus und der Sanierung der 4 bestehenden Gebäude soll auf dem Areal der Volksschule Stöckacker neu Platz für 19 Klassen, 120 Veloabstellplätze und 85 Tretroller zur Verfügung stehen. Das sind insgesamt 11 Klassen mehr als jetzt der Fall ist. Auch weiterhin sollen auf dem Schulareal Kinder vom Kindergarten bis zur 6. Klasse unterrichtet werden. Der Baubeginn für den Neubau ist für das 4. Quartal dieses Jahres geplant und sollte 2027 bezugsfertig sein. Die Sanierung der Bestandesbauten wird nach dem Bezug des Neubaus erfolgen. Aber das umfangreiche und sehr gut aufgegleiste Projekt war in der Kommission grösstenteils unbestritten, weshalb die Kommission auch hier einstimmig beantragt, dem Baukredit und der Abstimmungsbotschaft zuzustimmen. Eine längere Diskussion hat die überwiesene und heute traktandierte Motion "Vielfältige Nutzung von Pausenplätzen ermöglichen" geführt. Die Forderung der Motion scheint beim Gemeinderat irgendwie untergegangen zu sein, weshalb man in der Projektierung nicht vorgesehen hat, eine öffentliche Toilette auf dem Areal einzuplanen. Weil die Verwaltung plausibel darlegen können, dass es das aktuelle Kostendach übersteigen würde, stellt die Kommission den folgenden Antrag: "Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Schulanlage eine öffentliche Toilette zu planen und dem Stadtrat in einem separaten Projekt vorzulegen." Über den Kredit für die öffentliche Toilette werden wir zu einem späteren Zeitpunkt befinden können.

Präsidentin: Gut. Jelena wolltest du auch das Fraktionsvotum halten? Habe ich das richtig verstanden? -Ja? Okay. Dann werden wir aber zuerst noch den Einreichenden der Motion das Wort erteilen, damit man nachher zu beiden Traktanden sprechen kann. Zu der Motion unter Traktandum 6, übernommen von Katharina Gallizzi, hält Nora Joos das Votum für die Einreichenden.

Nora Joos (JA!) für die Einreichenden: Ich halte das Einreichenden-Votum im Namen der JA!. Pausenplätze sind wichtige öffentliche Räume. Sie können nebst der Nutzung als Pausenplatz am Wochenende zum Beispiel für Kinder als Spielplatz fungieren und für Jugendliche ein lokaler Quartiertreffpunkt sein, und bieten damit eine wichtige Alternative zur Innenstadt. Für die ältere Bevölkerung können sie als Ort für den Sonntagsspaziergang dienen. Eine vielfältige Nutzung von Pausenplätzen rund um die Uhr ist wünschenswert und von grossem Vorteil, weil sie eine Art Verdichtung darstellen. Anstatt dass man an einem anderen Ort einen öffentlichen Aufenthaltsraum schafft, sollten bereits existierende Pausenplätze besser, häufiger und diverser genutzt werden. Das ist flächeneffizient und sinnvoll. Damit eine vielfältige Nutzung rund um die Uhr möglich ist, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen und die Infrastruktur stimmen. Konkret heisst das, dass es öffentliche WCs braucht und Pausenplätze rechtlich rund um die Uhr zugänglich sein müssen. Die öffentlichen WCs braucht es, damit Gross und Klein einen Pausenplatz nutzen kann, ohne dass dauernd die Blase drückt

und man, wenn es gar nicht mehr geht, hinter einen Busch muss. Die richterliche Verfügung muss aufgehoben werden, da gerade ältere Jugendliche nicht schon um 22 Uhr nach Hause gehen wollen. In einer lauen Sommernacht lässt sich gut und gerne bis spät Fussball oder Pingpong spielen und das ist auch gut so. Mit der Antwort des Gemeinderats ist die JA! gar nicht einverstanden und sie nimmt sie negativ zur Kenntnis. Uns ist schleierhaft, wie sich trotz Überweisung der Motion im September 2017, also vor 7 Jahren, bis heute gefühlt nichts verändert hat, und das, obwohl der Gemeinderat im Begründungsbericht von 2020 die Umsetzung ankündigt. Unseres Wissens ist weder die Anlagenbenutzungsverordnung (ABV) angepasst worden, noch werden aktuell bei Neu- oder Umbauten von Schulhäusern automatisch öffentliche und kostenlose WCs eingeplant, wie das Beispiel Stöckacker, das Jelena vorher vorgestellt hat, zeigt. Der Gemeinderat sagt zwar in der Antwort, dass Personen auch nach 22 Uhr geduldet werden, aber das reicht nicht. Die Umsetzung der Motion bedingt, dass Verbotsschilder nicht mehr sichtbar sind und die ABV angepasst wird. Die Jugendlichen sollen nicht nur geduldet werden, wie das im Moment der Fall ist, und das Gefühl haben, sie machen etwas Verbotenes und dürfen nur bleiben, solange sie nicht stören, sondern sie sollen den Eindruck haben, dass sie erwünscht sind und dass es gewollt ist, dass sie sich im Quartier aufhalten und sich den Raum aneignen können. Falls wenn es zu Konflikten kommt, soll möglichst keine Hauswarnung und Anzeige ausgesprochen, sondern das Gespräch gesucht werden. Wie unsere Motion fordert, sollen statt repressiver Massnahmen runde Tische und der Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (toj) einbezogen werden. An dieser Stelle die Frage an den Gemeinderat: Ist das bei den vergangenen 8 Anzeigen, die der Gemeinderat in der Antwort erwähnt, passiert? Zum Schluss: Uns bleibt als einreichende Formation nichts anderes übrig, als den Gemeinderat noch einmal aufzufordern, nicht weiter zu schlafen und weitere 7 Jahre nichts zu machen. Revidiert jetzt die Anlagebenutzungsverordnung, hebt die richterliche Verordnung jetzt auf und schafft noch morgen ein sinnvolles WC-Konzept, wie ihr versprochen habt. Es kann nicht sein, dass eine vielfältige Nutzung von Pausenplätzen, besonders jetzt mit dem allgemeinen Nutzungsdruck auf Frei- und Grünräume, nicht mehr möglich ist, weil die Stadt Bern wieder einmal schläft.

Präsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionserklärungen. Gibt es Fraktionserklärungen? – Oliver Berger von der FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP-Jungfreisinn nimmt den Begründungsbericht zur Nutzung der Pausenplätze positiv zur Kenntnis. Einerseits ist es erfreulich, dass der Gemeinderat punkto Nutzung von öffentlichen Plätzen grundsätzlich eine liberale Haltung einnimmt und auf die Eigenverantwortung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzt. In einer Stadt, die immer mehr Einschränkungen und Bevormundung durch den Staat fordert, ist das grundsätzlich begrüssenswert. Junge Leute brauchen Freiräume und Möglichkeiten, sich zu entfalten und erwachsen zu werden und Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen. Das ist die eine und positive Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille sind die Anwohner der Schulhöfe. Im Gegensatz zu den Jugendlichen, die herauswachsen, bleiben die Anwohner vor Ort. Es kommen jedes Jahr neue junge Leute nach, die sich auf dem Pausenhof einrichten und auch wieder gehen. Die Anwohner bleiben. Die Praxis zeigt, dass die Jungen gerade an lauen Sommerabenden regelmässig bis weit in die Nacht hinein feiern, johlen und den Ghetto-Blaster bedienen. Das ist Stress für die Anwohner und eine unnötige Einschränkung der Lebensqualität im Quartier. Es geht also darum, eine Balance zu finden und die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen. Das

geht nur mit gegenseitigem Respekt und Rücksichtnahme. Wir hoffen deshalb, dass die jungen Leute, die Anwohner und auch die Stadtverwaltung das nötige Augenmass an den Tag legen werden, und vor allem, dass die Nutzer des Areals das geltende Recht der Nachtruhe sowie das Rauch- und auch Alkoholverbot einhalten. Sonst wird die eigentlich gute, liberale Regelung und der gute Kompromiss zu einem Eigengoal und es würde auch wieder eine Verschärfung des Regimes brauchen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Oliver. Das Wort hat Jelena Filipovic von der GB/JA!-Fraktion.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: So, anschliessend komme ich nicht mehr. Ich halte das Fraktionsvotum zum Geschäft. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst die Vorlage und die Schaffung des neuen Schulraums im Westen von Bern. Die Volksschule Stöckacker befindet sich in einem rasant wachsenden Entwicklungsschwerpunkt. Es steht ausser Frage, dass eine rasche Lösung für eine steigende Schüler*innenzahl sichergestellt werden muss. Auch das Neubauprojekt überzeugt genauso, wie man sich einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Neubau auf allen Ebenen vorstellt. Die ganze Schulanlage wird an die Fernwärme angeschlossen. Auf allen Dächern werden Photovoltaikanlagen installiert, notabene auch auf den denkmalgeschützten, das Flachdach des Neubaus und des bestehenden Ganges werden zusätzlich begrünt. Es werden Lern- und Lebensräume für Schüler*innen geschaffen, die nicht statisch sind, sondern sich auch an die ändernden Bedürfnisse anpassen können. Alles in allem ein sehr gelungenes Projekt. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst auch sehr, dass die breite Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen und der Quartierbevölkerung bei der Vision und bei der Ausschaffung des Projekts einen grossen und beachtlichen Teil ausgemacht hat. Ganz im Sinn einer Quartierschule, die ein offener Raum für alle sein sollte, ist es essenziell, dass auch alle eingeladen werden, ihre Bedürfnisse einzubringen. Und wenn man einen öffentlichen Raum für alle schaffen möchte, dann hätten wir uns gewünscht, dass auch gerade unsere bereits erheblich erklärte Motion umgesetzt wird und dass ein öffentliches WC ins Projekt aufgenommen wird. Das ist jetzt leider nicht so, und deshalb werden wir mit Sicherheit den Antrag der Kommission annehmen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Jelena. Als nächstes kommt Szabolcs Mihalyi von der SP/JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Ein Superprojekt dieses Schulhaus, das Holz und der Minergie-Standard beim Neubau und auch die Möglichkeit, die Innenräume den wechselnden Anforderungen der heutigen Schulzeit anpassen zu können, eine Begrünung der Aussenwände und Solaranlagen auf den Dächern, sogar auf den alten Pavillons, und trotz Verringerung des eigentlichen Grünraums wird ein hoher Wert auf die Entsiegelung der bestehenden Flächen gesetzt. Wunderbar oder eben doch nicht? Der Quartiertreff und die Funktion der Schulanlage als Treffpunkt und Freizeitort für das Quartier bleiben zwar lobenswerterweise erhalten. Sehr gut. Aber warum man hier die öffentlichen Toiletten für die Quartierbevölkerung vergessen hat, die die Anlage ausserhalb der Schulzeit geniessen sollen, werden wir vielleicht nie erfahren. Gut, korrigiert das der Antrag der PVS. Es ist aber vor allem schade, dass aus denkmalschützerischen Gründen wieder einmal unnötig grosse Hindernisse für eine optimale Erweiterung einer Schulanlage geschaffen wurden. Die Pavillons der Schulanlage sind erst 2019 als schützenswert eingestuft worden. Aber warum eigentlich? Baugleiche Pavillons stehen schon in 2 anderen Schulanlagen, beispielsweise im Bethlehemacker, wo

sie gerade saniert wurden. Wir können von Glück reden, dass zumindest die Solaranlagen und eine teilweise Begrünung trotz Denkmalschutz hier möglich sind. Weil die alten Pavillons nicht abgerissen werden dürfen, muss auch ein Teil der Grünfläche für die Schule und auch für das Quartier, der doch so wichtig wäre, unnötig bebaut und unnötig versiegelt werden. Es bleibt unverständlich, warum der denkmalschützerische Anspruch einer Bildungselite weiterhin höhere Priorität genießt als die Ansprüche an eine moderne Schule, die die Schulbildung für die Kinder der breiten Bevölkerung ermöglichen soll, und auch ökologische Aspekte. Und ob die Prognose für den Schulraumbedarf hier stimmt, wird natürlich die Zukunft zeigen. Aber selbst unter Einbezug der benachbarten Schulanlagen Schwabgut- Höhe und der Basisstufe in Weyermannshaus West bleibt fraglich, ob der Schulraum wirklich reichen wird. Im benachbarten Steigerhubel haben wir eben gesehen, dass bei Neubauten wie eben beim Warmbächliquartier die Prognosen sich schnell als zu optimistisch erwiesen haben und schnell wieder viel neuer Schulraum hingezaubert werden muss, wie wir das gerade in einer Notfallübung machen mussten. Unsere Stadt hat mit der Unterstützung durch den Stadtrat und die Bevölkerung beschlossen, endlich genug Wohnraum zu bauen. Warum dann nicht auch den Schulraum dazu? Uns ist ausserdem aufgefallen, dass für rund 250 Schulkinder nicht einmal die Hälfte an Veloparkplätzen geplant ist. Traurig für eine Velostadt und angesichts der teilweise langen Schulwege vieler Kinder, namentlich aus dem Untermattquartier beziehungsweise aus Weyermannshaus West ist das eine verpasste Chance, die man besser frühzeitig korrigiert. Einen Antrag dazu hat sich unsere Fraktion aber hier verkniffen. In diesem Sinn unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Vorlage, ebenso den Antrag der PVS für die vergessene Toilettenanlage und auch das folgende Traktandum. Ich erlaube mir hier noch eine Schlussbemerkung zum Finanziellen: Wir haben vorhin gerade im letzten Traktandum für 16 Mio. Franken diskussionslos Schulraum durchgewunken und jetzt machen wir es wahrscheinlich nicht diskussionslos aber wahrscheinlich ähnlich einig mit weiteren 60 Mio. Franken für eine Schulsanierung und Erweiterung – wahrscheinlich auch hier ohne grosse Opposition. Keine Partei, würde ich jetzt einmal vorhersagen, wird für die Volksabstimmung eine Nein-Parole beschliessen, obwohl die Kosten doppelt so hoch sind wie unser Defizit von 39,1 Mio. Franken. Hier sieht man, das Geld der Stadt wird gut investiert für die Bevölkerung. Und jene, die sonst jeweils kritisieren, dass wir zu viel Geld ausgeben, sind auch nicht dagegen und das ist eigentlich auch gut so. Merci.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Dann kommt Alex Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Das Projekt ist bei uns unbestritten. Was bei uns allenfalls zu reden gibt, sind die Toiletten. Ihr kennt mich. Ich habe selbst auch einmal einen Vorstoss eingereicht. Ich sage einfach, hier haben wir ein Problem. Und denkt daran, das hat schon Oliver Berger erwähnt. Ich finde es gut, dass es eine Toilette hat, aber wenn das Treiben die ganze Nacht dauern soll, dann haben wir nachher ein Problem mit den Anwohnern. Und denkt vor allem: Wenn man wieder einmal ein neues Schulhaus bauen will und es gibt nachher die ganze Nacht Jubel, Trubel, dann werden wir Einsprachen und Beschwerden haben und es wird alles verzögern. Das ist genau der Punkt. Wir wollten eigentlich zuerst Stimmfreigabe beschliessen bezüglich dieser Toilette. Das kann man wirklich verschieden anschauen. Aber jetzt, da ich gehört habe, dass man das richterliche Verbot aufheben soll, sage ich euch: Ihr öffnet die Büchse der Pandora. Dann werden Nachbarn gegen alle Schulprovisorien oder was auch immer Einsprachen machen und sich wehren. Ich habe mich früher wirklich für die

Toilette eingesetzt, aber wenn es so vorgesehen ist, dass nachher an schönen Sommerabenden die ganze Nacht ... Ich bin auch gerne draussen. Ich bin eine Nachteule und weiss Gott keine Lerche, aber ich muss sagen, es gibt Leute mit kleinen Kindern. Und das ist einfach dann eine Belastung, wenn sie neben einem Schulhaus wohnen. Und dann habt ihr nachher ein Problem. Und daher warne ich euch. Ich bin froh, wenn das so protokolliert wird: Macht die Büchse der Pandora nicht auf. Für mich wäre ein gangbarer Weg, denn ich sehe das Bedürfnis nach der Toilette, wenn man das eben zeitlich limitieren würde, wie man es zum Teil in einem richterlichen Verbot macht oder mit den Nachbarn abgemacht hat. Man kann dann nicht plötzlich nach Jahr und Tag, wenn sie das Einverständnis hatten, die Sache umkehren. Ich garantiere euch, dass ihr sonst wie beim Kirchenfeld-Schulhaus jahrelange Verzögerungen haben werdet, die euch nichts bringen. Deshalb appelliere ich an euch: überlegt es euch eventuell noch einmal genau. Es ist rechtlich zwar nicht zulässig, aber man könnte vielleicht eine Erklärung der Motionäre abgeben, dass sie der Meinung sind, dass die Nachtruhezeiten eingehalten werden müssen und die Bestimmungen der Nachbarn. Wenn ihr ad libitum feiern wollt, sehe ich nichts als Probleme.

Präsidentin: Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten mehr gibt, kommen wir zu den Einzelvoten. Gibt es keine, dann hat für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort. Insgesamt sind 10 Minuten vorgesehen. Für Traktandum 5 sind Alec von Graffenried und Franziska Teuscher zuständig und für Traktandum 6 Franziska Teuscher.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich mache es ganz kurz, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Gäste. Merci für die gute Aufnahme dieser Schule. Es ist glaube ich ein sehr gutes Projekt. Das zeigt, dass eine Toilette, die eben nicht geplant ist für die Freizeitnutzungen, am meisten zu reden gab. Wir können uns sicher nachträglich Überlegungen machen, wie diese sinnvoll in das Projekt integriert wird. Wir werden das anschauen. Danke, dass ihr den Antrag so formuliert habt, dass es eben als separates Projekt weitergeführt werden kann. Zu den Fragen, die aufgeworfen wurden, was mit dieser Motion passieren wird, wird Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher Stellung nehmen. Ich kann einfach dazu sagen: Die Motion war schon überwiesen, als der Projektierungskredit besprochen wurde in der Kommission. Und dann haben sie uns auch nicht aufgefordert, noch eine Toilette zu planen. Aber wir hätten auch von selbst auf die Idee kommen können. Franziska Teuscher wird die weiteren Ausführungen dazu machen. Bitte sehr.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich möchte das Geschäft in 2 Beziehungen ein bisschen einbetten; zum einen in die Schulraumentwicklung im Berner Westen und zum anderen nachher in Bezug auf die Motion. Als ich Gemeinderätin wurde, hat noch der eine oder die andere behauptet, wir vernachlässigten die Schulanlagen im Westen bewusst. In den letzten Jahren ist besonders viel im Westen passiert. Wir konnten die neue Volksschule Brünnen und die Besondere Volksschule sowie den Ersatzneubau der Volksschule Kleefeld abschliessen und sie sind alle im Betrieb. Die Gesamtsanierung und Erweiterung der Volksschule Bethlehemacker steht kurz vor dem Bauende und in der Schwabgutschule beginnen die Bauarbeiten diesen Sommer. Die Gesamtsanierung der Volksschule Tscharnergut wird derzeit projektiert. Und heute debattieren wir eben über die Volksschule Stöckacker. Und von daher zeigt das euch, dass wir eigentlich fast jedes Schulhaus im Berner Westen in den nächsten Jahren noch fertig renovieren oder erweitern werden. Hier ist es sicher besonders wichtig, dass wir sehr gut in Bezug auf den Zeitplan unterwegs sind. Hier wollen wir nämlich den Schulraum

zur Verfügung stellen, frühzeitig planen, dass, wenn dort die ersten Familien mit ihren Kindern einziehen, das Schulhaus schon steht. Daher ist das hier eine grosse Chance, dass wir auch genügend Zeit haben. Das Schulhaus, das ist in euren Voten betont worden, soll weiterhin ein Quartiertreffpunkt sein mit einem noch attraktiveren Aussenraum als bisher. Und das ist eigentlich das Konzept, das wir in der Stadt Bern schon seit mehreren Jahren bei den Schulen umsetzen. Unsere Schulen sollen gut verankert sein im Quartier, bei den Lehrpersonen, bei den Kindern, aber auch bei der Bevölkerung. Daher gibt es hier die grosse Chance, dass wir eben nicht nur den Aussenraum allen zur Verfügung stellen können, sondern dass wir auch Mehrzweckräume bauen können, die nachher auch gemietet werden können, damit auch Versammlungen und Anlässe aus dem Quartier in unseren Schulanlagen stattfinden können. So gesehen wird das Schulhaus sicher eine sehr vielfältige und lebendige Schule, und es bietet die grosse Chance, dass sich Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, die dort im Quartier wohnen, treffen können, sei das im Rahmen von Schulanlässen oder sie geben das auch am Wochenende. Das Gebäude ist sicher wunderbar, entspricht diesen Vorschriften und Wünschen, die ihr und wir auch haben. Leider, und das ist für mich trotzdem ein bisschen ein Wermutstropfen, müssen hier Familiengärten weichen. Ich finde auch, Familiengärten seien sehr wichtig in unserer Stadt, weil auch sie die Möglichkeit bieten, dass man sich unkompliziert treffen und austauschen kann.

Ich komme zur Motion. Ihr fragt euch sicher eben zu Recht, was denn passiert ist seit der Verabschiedung des Begründungsberichts im Jahr 2020 in Bezug auf die Motion. Und ich gebe gerne zu, dass ich nicht ganz glücklich bin über den Stand der Arbeiten in Bezug auf die Motion. Andererseits bin ich sehr glücklich, dass die Motion im Zusammenhang mit diesen 2 Schulhäusern traktandiert worden ist, weil die 2 Schulhäuser für euch eigentlich auch der Tatbeweis sind, dass wir das, was in der Motion gefordert wird, auch umsetzen. Als Begründung, warum auch ich nicht ganz glücklich bin mit der Umsetzung der Motion, muss man sagen, dass der Begründungsbericht im Mai 2020 vorgelegen hat, anfangs Pandemie. Ihr könnt euch erinnern. Dann haben wir alle Prioritäten anders gesetzt. Aber man muss halt trotzdem auch festhalten, dass in den letzten Jahren innerhalb der Stadtverwaltung Stellen abgebaut wurden, Ressourcen gestrichen wurden und das hat zur Folge, dass man die Prioritäten manchmal anders setzen musste und gewisse Sachen zurückgestellt werden mussten, weil man schlichtweg nicht die Möglichkeit hatte, alles voranzutreiben. Wir setzen die meisten Sachen, die in der Motion gefordert sind, natürlich bei den aktuellen Planungen um, wie ich dargelegt habe und wie ihr bei diesen 2 Schulhäusern seht. Zum WC-Konzept ist zu sagen, dass Immobilien Stadt Bern auch aus personellen Gründen noch nicht so weit in der Erarbeitung ist wie wir das alle gewünscht hätten, aber das Konzept soll doch jetzt zügig fertiggestellt werden und auch bei den Anlagenbenutzungsverordnung haben wir Abklärungen gemacht. Da muss auch die SVP nicht Angst haben. Wir haben die noch nicht angepasst. Wir werden sicher im Rahmen der Verordnung diskutieren, wie diese ausgestaltet wird, weil auch dem Gemeinderat bewusst ist, dass nächtliche Nutzung häufig zu Konflikten mit Quartierbewohnenden führt. Aber ich glaube, wir haben bis anhin immer gute Lösungen gefunden. Also auch hier werden wir das jetzt zügig an die Hand nehmen, damit wir auch diese 2 Punkte der Motion in dem Sinn umsetzen können. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über den Antrag der PVS ab. Ihr findet ihn auch auf Seite 2, und zwar geht der Antrag dahin, ob es eine öffentliche Toilette braucht auf der Schulanlage. Wir stimmen ab.

Antrag

Antrag

2. PVS Der Gemeinderat wird beauftragt, auf der Schulanlage eine öffentliche Toilette zu planen und dem Stadtrat in einem separaten Projekt vorzulegen.

Abstimmung Nr. 010

2021.PRD.000053: Antrag 2

Annahme

Ja	57
Nein	5
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Als nächstes stimmen wir über das so bereinigte Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten ab.

Abstimmung Nr. 011

2021.PRD.000053: bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Das Geschäft wurde einstimmig angenommen. Dann stimmen wir noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 012

2021.PRD.000053: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft nehmt ihr einstimmig an.

2017.SR.000140

6 Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Vielfältige Nutzung von Pausenplätzen ermöglichen; Begründungsbericht

- Die Traktanden 5 und 6 werden gemeinsam behandelt. Siehe Traktandum 5 für das Protokoll. -

Präsidentin: Den Begründungsbericht nehmen wir so zur Kenntnis.

2016.PRD.000162

7 NEXPO – Die neue Expo: Fortführung der Mitgliedschaft der Stadt Bern; Verpflichtungskredit

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 7, Nexpo-Verpflichtungskredit. Ich erteile der Kommission das Wort.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Beim vorliegenden Geschäft handelt sich es um einen Verpflichtungskredit zur Fortführung der Mitgliedschaft der Stadt Bern im Verein Nexpo. Die Nexpo ist der Initiativverein der 10 grössten Schweizer Städte für die voraussichtlich nächste Landesausstellung. Mittlerweile sind 16 weitere Städte und Gemeinden dazugekommen, sogenannte assoziierte Mitglieder. Präsiert wird die Nexpo von Zürich. Die Städte Bern, Lugano und Genf bilden die Vizepräsidien. Der Stand des Projekts: Die Projektskizze ist 2017 erstellt worden. Die Lancierung ist 2018 bis 2020 erfolgt. Die Phase der Fundierung mit der Erweiterung des Netzwerks um die erwähnten 16 assoziierten Mitglieder, Sponsoring-Partnerschaften, der Gründung der Arbeitsgruppe Landesausstellung, der Gründung einer parlamentarischen Gruppe Nexpo im nationalen Parlament und einem parlamentarischen Unterstützungskomitee hat auch 2020 bis 2023 stattgefunden. Jetzt fängt die Bewerbungsphase 2024 bis 2026 an. Es geht um den Zeitplan und den Selektionsprozess und um eine allfällige Zusammenführung von verschiedenen Initiativen. Der aktuelle Stand ist also wie gesagt der Bewerbungsprozess. Anschliessend folgen die Entwicklungsphasen 2027/28. Und die Phase der konkreten Planung erfolgt 2029 bis 2031. Und auf der Homepage der Nexpo steht, im Jahr 2032 solle das grosse Fest stattfinden und die Schweiz in einen Ausnahmezustand versetzen. Im Nationalrat ist eine Motion zur Landesausstellung hängig, die vom Bund einen Finanzierungs- und Selektionsentscheid bereits im Jahr 2026 verlangt. Dieser Motion haben die vorbereitenden Kommissionen beider Kammern, sowie der Ständerat im Jahr 2023 bereits zugestimmt. Bei einer Annahme durch den Nationalrat könnte also die Planung um bis zu 2 Jahre vorverschoben werden.

Die Präsidentin mahnt zu mehr Ruhe im Saal.

Zurück zu der aktuellen Bewerbungsphase 2024 bis 2026: Das Konzept der Nexpo soll weiter konkretisiert und Machbarkeitsabklärungen sollen getroffen werden. Auf Wunsch des Bundes wird Anfang dieser Bewerbungsphase jetzt geprüft, ob ein Zusammenschluss dieser bereits erwähnten 4 Initiativen möglich und sinnvoll ist. Das sind die Initiative X27, Muntagna, Svizra27 und eben die Nexpo. Alle anderen 3 Initiativen passen ins Konzept der Nexpo. Gegenseitig würden die Initiativen aber teilweise gegenseitig nicht unbedingt ins Konzept passen. Die Bedingung für die Zustimmung des Nexpo-Vorstands zu einem gemeinsamen Konzept ist, dass die Ausstellung weiterhin schweizweit partizipativ und nachhaltig gestaltet wird. Die Prioritäten der Arbeiten sollen in dieser Phase einerseits auf der Weiterentwicklung des Projekts und andererseits auf Machbarkeitsabklärungen liegen. Der Dialog mit Bund, Kanton und Parlamentarier*innen sowie die Kommunikation mit der Bevölkerung sollen verstärkt werden. Wie die erwähnte Motion im Parlament deutlich macht, ist die Unterstützung im schweizerischen Parlament bereits sehr stark. Auch der Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen haben im Juni 2022 – nach der letzten Stadtratsdebatte, als wir der letzten Tranche zugestimmt haben – die Durchführung einer zukünftigen Nexpo begrüsst. Ebenfalls haben sie die Eckwerte der Rahmenbedingungen bekanntgegeben.

Die Städte Biel und Bern haben vom Kanton Bern eine ideelle Zusicherung erhalten. Eine finanzielle Beteiligung hat der Kanton aber erst bei einer Mitfinanzierung durch den Bund in Aussicht gestellt. Zum Konzept: Ich möchte nicht näher auf die teilweise sehr schönen, teilweise interessanten Konzepte und Projektideen eingehen. Wir fassen auch hier in unserem Parlament keinen Beschluss zum Konzeptinhalt, sondern darüber, ob wir als Stadt Bern die Idee einer Landesausstellung durch die weitere Unterstützung des Vereins Nexpo grundsätzlich weiterhin unterstützen wollen. 2 relevante konzeptionelle Faktoren sollen doch erwähnt sein: Einerseits, das Konzept der Nexpo baut auf bestehenden Infrastrukturen auf und führt nicht zu grossen Investitionen in neue Bauten. Im Gegensatz dazu sind bei der Expo 02 etwas mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben in Infrastrukturprojekte geflossen. Die Nexpo rechnet darum mit deutlich geringeren Kosten, als die Expo 02 generiert hat. Für den gesamten Zeitraum geht sie aktuell von rund 600 Mio. Franken aus. Die Expo 02 ist bei 1,3 oder 1,6 Mia. Franken gewesen, also sehr vielmehr. Für die Finanzen ist relevant, dass sich die Nexpo-Stadtbeiträge nach Bevölkerungszahlen aufteilen. Die 16 assoziierten Mitglieder bezahlen bis auf ein paar Ausnahmen pro Einwohner*in 1 Franken. Für die 3 bisherigen Phasen hat die Stadt Bern gut 8,2% der Gesamtkosten ausgegeben. Das sind bisher rund 3,78 Mio. Franken. Das bedeutet für die Stadt Bern ungefähr 311'000 Franken, die bis jetzt beigetragen wurden. Für die Bewerbungsphase, die jetzt bevorsteht, liegt in der Stadt Bern jetzt die Ausgabe von 209'604 Franken bevor. Das sind knapp 6% des aktuellen Gesamtbetrags, der für die Bewerbungsphase budgetiert ist. Das bedeutet jährlich knapp 70'000 Franken. Das Geld ist im Budget 2024 und im Finanzplan bereits eingestellt. Im Vortrag werden anhand von Beispielen hohe Mehrwerte bei solchen Grossveranstaltungen aufgezeigt. Sobald das Detailkonzept der Nexpo fertiggestellt ist, wird die Universität St. Gallen eine Studie zum voraussichtlichen wirtschaftlichen Impact erstellen. Bereits bei der Expo 02 ist der wirtschaftliche Rückfluss sehr viel höher gewesen als die Ausgaben. Die Ausgaben damals haben aber, wie die meisten von uns wahrscheinlich noch wissen, beim Bund gelegen. Gemäss der Stadt Bern sind die aktuellen Berechnungen so solide, wie es der aktuelle Stand der Vorbereitungen und die Beschlusslage eben erlaubt. Eine Problematik mit der Finanzierung ist, wie bereits angetönt, dass sich der Bund noch nicht festgelegt hat und entsprechend legen sich auch die Kantone noch nicht fest und vice versa ab. Wir kennen die Thematik. Vor allem verzichtet der Bund aufgrund seiner angespannten finanziellen Lage auf eine definitive Zusage. Die Kommission kann nachvollziehen, dass es für die Expo ein kritisches Moment wäre, wenn sich die Stadt Bern als Mitgründerin und als Bundeshauptstadt zurückziehen würde, vor allem wenn sich dadurch eine Ausstiegsspirale in Gang setzte. Ein Ausstieg würde jetzt aber auch bedeuten, dass das bisher ausgegebene Geld vergebens ausgegeben wäre. Die Beteiligten der Nexpo sind zuversichtlich, dass sie den Zuschlag des Bundes für die Durchführung einer Landesausstellung erhalten werden, weil ihr Konzept den Anforderungen von Bund und Kantonen sowie den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Nämlich 74% der Bevölkerung begrüßen die Durchführung einer Landesausstellung. Weiter gibt es zahlreiche Unterstützungszusagen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft und die gibt es auch bereits länger. Auch wenn in der Schweiz eine langjährige Tradition mit Landesausstellungen herrscht, liegt es natürlich auch trotzdem im Auge des Betrachters, ob jede Generation eine Landesausstellung verdient oder braucht oder wünscht. Als einer von 10 Hauptaustragungsorten würde aber Bern sicher von der Nexpo auch profitieren können. Jedoch haben Bund und Kanton bereits 2022 festgehalten, dass die Landesausstellungen in der Schweiz Tradition haben und auch als Generationenprojekt eine identitätsstiftende Funktion erfüllen und zum inneren Zusammenhalt der Schweiz beitragen können. Sie fördern die Diskussion

über Zukunftsperspektiven und bieten die Möglichkeit, sich nach innen und nach ausen zu präsentieren, und sie können einen kulturellen, gesamtwirtschaftlichen und nachhaltigen Nutzen für die ganze Schweiz generieren. Gerade im Hinblick auf das aktuelle Zeitgeschehen sind soziokulturelle Faktoren sicherlich nicht zu unterschätzen. Die erwähnte Motion im Parlament im Frühling abzuwarten, macht aber auch nur wenig Sinn, weil die Zeit für die Planung bei einer Zusage des Nationalrats sowieso schon knapp würde. Weiter geht die Nexpo bei der Finanzierung davon aus, dass 40% durch den Bund, 20% durch Sponsoringgeldern, 20% durch Eintritte und weitere 20% durch die Kantone und die Städte erfolgen sollen. Die Gesamtkosten, die erwartet werden, habe ich schon erwähnt. Sie liegen bei 600 Mio. Franken. Die letzte Expo kostete um die 1,6 Mia. Franken. Deshalb bitte ich euch, dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen.

Präsidentin: Merci vielmals, Judith. Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Als erstes hat Alex Feuz von der SVP-Fraktion das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP hat Stimmfreigabe beschlossen zu dem Geschäft. Es gibt durchaus Gründe, dass man dem Kredit zustimmt: Tourismus und man hat bereits viel Geld ausgegeben. Aber ein Teil von uns, und zu denen gehöre ich, lehnen den Kredit klar ab. Die Landesausstellung, die wir 1914 hatten, das war etwas Verbindendes. Sie wissen, ich habe ein bisschen recherchiert. Ihr wisst, ich bin historisch interessiert. Das grüne Pferd von Cardinaux hat zu einem ziemlichen Disput Westschweiz-Deutschschweiz geführt. Auch 1939 war natürlich wieder eine schöne Landesausstellung auf der Landiwiese. Beides waren kriegerische Ereignisse, aber für das Land wichtig. Auch die 1964er Landi schaue ich als geglückt an. Ich war als kleiner Junge im Bauch dabei, an Unterseefahrt und was auch immer – und die Pavillons, die es teilweise gegeben hat. Das sind eindrückliche Erlebnisse gewesen. Zu 2001 wird Thomas Glauser noch reden. Das ist für mich genau das Problem. Man hat an verschiedenen Standorten Plätze und Konzepte, aber genau das ist das Schwierige. Und jetzt wird es eben hier besonders kritisch. Wir haben jetzt die Städte unter der Leitung von Ursula Mauch, die das zusammen machen. Aber wir haben hier das Problem, dass wir eben nicht eine Einheitlichkeit haben. Und im Vortrag auf den Seiten 11, 12 seht ihr, welche Konzepte es sonst noch gibt. Der Bund hätte gerne ein Zusammengehen der Projekte. Und genau daran wird es scheitern. Und ich hoffe, der Stadtpräsident höre zu, wenn ich ein bisschen ein kritisches Votum halte. Dort wird dann genau der kritische Punkt sein. Man will es allen recht machen. Überall werden wir ein bisschen Expo haben, aber schlussendlich werden wir eben nichts Verbindendes, nichts Gemeinsames haben. Und nachher ist entscheidend – ich habe mich halt ein bisschen in die Literatur vertieft und kann dann dem Stadtpräsidenten den Auszug geben eines Berichts von Germann im schweizerischen Bundesarchiv: Man hat damals bei der 64er Expo gesagt, es sei entscheidend, dass der Bundesrat selbst die Initiative ergreifen und eine neuartige Finanzierung machen soll. Und genau diesbezüglich habe ich eben Angst. Es hat mir noch niemand sagen können, ob der Bundesrat zahlt. Ihr habt es alle gehört. Ich war einer von wenigen, der bei dieser Frauen-EM kritisch war und gesagt hat: Wird das Geld kommen? Ihr habt gesehen, dass der Bund das Geld nicht geben will. Ihr habt gesehen, der Bund hat nicht einmal mehr das Geld für das Fliegerschiessen auf der Axalp. Glaubt ihr denn, der Bund wird für ein Projekt mit 27 Standorten, das noch zusammengelegt wird mit Muntagna und Zürich Geld geben? Ich habe die grössten Bedenken. Ich habe das Gefühl, wir werden schlussendlich auf den Kosten sitzen bleiben und dann haben wir einfach Ausgaben für etwas, bei dem wir keine Sicherheit haben. Ich höre vielleicht im Schlussvotum des Herrn Stadtpräsidenten, ob die Sicherstellung

wirklich gegeben ist. Mir hat man schon vorgeworfen, ich erzähle immer Märchen. Aber bei der Fussball-Euro war ich wieder Cassandra und habe es vorhergesagt. Das Geld ist dann halt nicht gekommen. Ich befürchte, dass es hier genau gleich ist. Und dann kommt noch ein weiterer Punkt. Ihr habt gesehen, dass die Stadt Bern mit Leuchtturmprojekten nicht grossen Erfolg hat: Base4Kids und nachher Citysoftnet, bei dem wir auch wieder vorausgehen. Wie Corina Liebi richtig gesagt hat, macht der Kanton hier ein eigenes Projekt. Wahrscheinlich haben wir 17 Mio. Franken in den Sand gesetzt. Ich gehe davon aus. Auch Ostermundigen war so ein Leuchtturmprojekt. Vorher wollte man Ostermundigen um keinen Preis einen Gemeinderat geben und nachher hat man von Ostermundigen dem Gemeinderat den Vorwurf gemacht. Das sind natürlich nicht die Sachen, die Sympathien auslösen. Und wenn man eine gewisse Gemeinderätin nachher fast nicht sprechen lässt bei einem Geschäft, das man sich teilt, schafft das kein Vertrauen. Und ich habe ein bisschen Angst, dass die Nexpo als Verein Entsorgungshof für abgewählte Exekutivmitglieder ist, die nachher dort noch ein bisschen weiter planen können und was auch immer. Aber das ist eine Totgeburt. Darum begründe ich für den Teil der Fraktion klar ein Nein, und zwar nicht, weil ich die Landesausstellung als Verbindungselement ablehne, sondern weil ich das Gefühl habe, bei diesem Projekt, das sich zusammensetzt aus diesen 26 Städten, die dann so mit Muntagna und Svizra27 und was auch immer fusionieren soll, verderben schlussendlich zu viele Köche am Ende den Brei. Eine Landi muss einen zentralen Ort haben wie damals 1914, 1939 und 1964. Ihr könnt auch noch weiter zurückgehen, als sie zuerst in Genf, dann in Zürich war. Das sind Orte gewesen, das sind Erinnerungen. Aber dieses Konzept ist für mich eine Totgeburt. Und wie versprochen, habe ich den Ausdruck für den Stadtpräsidenten, in dem die Bedenken geäussert worden sind. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Dann hat Claudio Righetti von der Mitte-Fraktion das Wort.

Claudio Righetti (Mitte) für die Fraktion: Ich fasse mich kurz. Ich habe ja bereits vor 3 Jahren das Vergnügen gehabt, an dieser Stelle meine Ausführungen und Gedanken über die Nexpo kundzutun. Ich stelle fest: Seitdem hat sich bei diesem Grossvorhaben kaum etwas wesentlich verändert oder neu offenbart. Die Nexpo tritt gefühlt am Ort, was nicht weiter verwundert, zumindest mich nicht. Das Modell Landesausstellung versprüht den Charme einer introvertierten Inhouse-Veranstaltung, die dem Zeitgeist und auch den globalen Herausforderungen unserer Zeit so nahekommt wie eine Maus dem Weltall, und dazu so progressiv wirkt wie ein Dinosaurier. Nur die Kosten setzen immer wieder intergalaktische Dimensionen. Nach Emotionen oder – noch wichtiger – zukunftssträchtigen Visionen, die ein freigeistig-dynamisches Projekt wie Luft zum Atmen für seinen Erfolg braucht, sucht man hier nach wie vor vergeblich. Dafür überborden umso mehr die vorliegenden Papiere von kleinen Ideen und schwammigen Argumenten, mit denen man eine viel zu kompliziert gedachte Grossveranstaltung zu rechtfertigen oder zu erklären versucht. Keine Spur von einer wegweisenden Vision für unser Land und die dringend gefragte Kraft über unsere Landesgrenze hinaus zu glänzen und unserer Kultur mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. On reste entre nous comme d'habitude. Man bleibt unter sich. Der erste Kredit von knapp 210'000 Franken beziehungsweise die Teiltranche von 70'000 Franken ist 2022 gesprochen worden, obwohl die Kantone immer noch sehr zurückhaltend waren und auch der Bund sich zu einer Finanzunterstützung nicht geäussert hatte. Auch jetzt, 2024, ist das immer noch nicht der Fall. Und vor allem der Kanton Bern spricht nach wie vor hartnäckig von ideeller Unterstützung.

Bis heute haben nur Lugano und Luzern ihre Verpflichtungskredite genehmigt. Es bleibt fraglich, ob sich der Bund bei allen aktuellen Problemen, den zahllosen Herausforderungen und Prioritäten, die die Schweiz auch international schultern muss, letztlich eine Nexpo finanziell mittragen wird. Wir haben ja bereits alle gesehen, was mit der Frauenfußball-EM passiert ist. Und ohne Bund werden, wie wir wissen, auch die Kantone nicht mitziehen. Am Ende bleibt also nur ein weiteres Loch in den gebeutelten Gemeindefinanzen. Dass die Nexpo zudem wie angekündigt mehr Wertschöpfung generieren soll als Kosten zu verursachen, bezweifeln wir von der Mitte-Fraktion. Und ich sehe das eher als Wunschdenken als etwas anderes. Die einzige Konstante, auf die wir sicher zählen können, sind immer wiederkehrende finanzielle Begehren und Beiträge für den Verein Nexpo. Alles andere steht weit weg in den Sternen einer fernen Galaxie. Und noch etwas Letztes, liebe Kolleg*innen, wenn kein feu sacré entflammt, ist der Niedergang vorprogrammiert. Ich habe das bei der Fusion Bern-Osternundigen prognostiziert. Denkt bitte daran. Die Mitte-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Präsidentin: Merci, Claudio. Als nächstes kommt für die GLP/JGLP-Fraktion Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Einen nachhaltigen ideellen, kulturellen und wirtschaftlichen Impact soll die Nexpo auf unsere Schweiz haben. Ein Generationenprojekt soll die Nexpo sein. Aber das, was eine Expo eigentlich macht, ist, sie generiert Wertschöpfung für uns als Stadt und insbesondere auch für unsere lokale Wirtschaft. Das heisst, jeder Franken, den wir einsetzen, kommt hoffentlich in einem Vielfachen wieder zurück, natürlich vorausgesetzt, dass das Projekt zustande kommt. Heute Abend befinden wir über den 4. Kredit für das Projekt. Das ist nötig, weil der Bund immer noch nicht entschieden hat, ob und in welcher Form er das Projekt unterstützt. Dementsprechend sind auch die Gelder des Kantons blockiert, obwohl eine breite Unterstützung für das Projekt vorhanden ist. Die GLP/JGLP-Fraktion ist grossmehrheitlich der Meinung, dass die Stadt Bern als Bundeshauptstadt bei einer Landesausstellung nicht aussenvor gelassen werden soll und daher Teil des Projektes sein soll, wenn es dann auch zustande kommt. Aus unserer Sicht ist es nicht die Schuld der Stadt Bern, dass der Bund nicht vorwärts macht. Zudem ist das Volumen des vorliegenden Kredits überschaubar, und wir sind deshalb mehrheitlich der Meinung, dass wir diesem Projekt noch eine Chance geben wollen, das heisst aber unter der Prämisse, dass die Gesamtbeteiligungskosten der Mitgliederstadt gleichbleiben und die jetzt erneut gesprochenen Gelder über die Projektlaufzeit hinweg kompensiert werden. Ihr habt es zwischen den Zeilen vielleicht schon etwas herausgehört. Unser Geduldsfaden ist langsam recht angespannt. Sollte sich in den nächsten 2 Jahren abzeichnen, dass der Bund keine Gelder beisteuert, ist es mit Blick auf die städtischen Finanzen an der Zeit, dem Projekt den Stecker zu ziehen.

Präsidentin: Merci vielmals, Corina. Für die GB/JA!-Fraktion Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Wir reden heute zum etwa 4. Mal über den Kredit für Nexpo. Und wir als GB/JA!-Fraktion wissen, dass wir hier fast die einzigen sind, die sich bisher konsequent gegen die Verpflichtungskredite ausgesprochen haben. Ich lege aber hier gerne noch einmal dar, wieso. Und ich habe auch gemerkt, dass wir so alleine gar nicht sind heute Abend. Die GB/JA!-Fraktion war schon immer kritisch gegenüber Landesausstellungen als Konstrukt nationale Ausstellung an sich. Aber uns ging es in all diesen Diskussionen vor allem auch immer um das Vorgehen und um die Diskussion,

wer zahlt, wer zahlt mit, wer eben nicht. Und ich kann mich hier sehr gerne auch meinen Vorrednern anschliessen, Alex Feuz und Claudio Righetti. Sie haben sehr viel auch schon ausgeführt. Wir haben 2022 im Budget diesen Kredit gestrichen, weil wir vor einem riesigen Sparpaket gestanden haben und die Mehrheit des Stadtrats es nicht verstanden hat, wieso, dass man gerade jetzt für die Nexpo 200'000 Franken locker machen soll. 2021 hat der Gemeinderat den Kredit wieder hineingenommen und der Mehrheit des Stadtrats hat sich erweichen lassen. Wir verstehen noch heute nicht, wieso genau. Immerhin war es dann so, dass man gesagt hat, man zahle nur die Hälfte dieser 200'000 Franken. Erst, wenn der Kanton auch mitzahlen würde, wollte man nachher den Rest sprechen. Trotzdem ist es 2022 so gewesen, dass die Mehrheit im Stadtrat die zweite Tranche gesprochen hat, obwohl der Kanton weiterhin nicht gezahlt hat. Er wartet ja auf den Bund und darum finde ich es auch ein bisschen lustig, wenn die GLP/JGLP-Sprecherin sagt: Ja, jetzt ist wirklich unser Geduldsfaden gerissen. Denn, wenn jetzt nicht irgendjemand noch bezahlt, dann wollen wir auch nicht mehr zahlen. Also, ich meine, Entschuldigung, das machen wir einfach seit Jahren. Wir zahlen und niemand zieht mit. Das ist ja schon ein bisschen lustig. Da frage ich mich, ob wir bis 2028 oder 2030 warten müssen, bis ihr auch nicht mehr zahlen wollt. Denn heute wissen wir ja – das ist auch schon gesagt worden –, dass der Bund aus finanziellen Gründen erst 2028 entscheiden will, ob er wirklich zahlt und welchen Betrag er zahlt. Es wurde auch schon gesagt, dass eine Motion hängig ist, gemäss der der Bund früher entscheiden soll. Das ist aber ehrlich gesagt vor Ende 2026 nicht realistisch. Und es ist auch klar, dass der Kanton wie gehabt auf den Bund wartet. Und wir verstehen aufgrund dessen, was im Vortrag über das Projekt geschrieben wird, nicht, dass man für die Phase 2024-2026 damit rechnet, dass 30% der Kosten von den Kantonen übernommen werden soll, denn wir müssen ganz ehrlich davon ausgehen, dass andere Kantone, wie der Kanton Bern auch, erst zahlen, wenn der Bund zahlt. Schlussendlich liegt es dann einfach an den Städten, das Ganze zu zahlen. Und ich greife hier gerne auch noch die Klammer auf, die auch schon aufgetan wurde. Es ist zwar sehr schön, wenn die Unterstützung durch das nationale Parlament heute sehr stark ist, aber wir haben auch den Entscheid zur Frauen-EM letzte Woche oder vorletzte Woche durch den Bund gesehen. Wir wissen, dass, auch wenn es ein nationaler Event ist, das noch lange nicht heisst, dass aus der Bundeskasse Geld fliessen wird, auch wenn das eigentlich angemessen wäre, dass er das machte. Wir sind also heute in der Situation, dass wir davon ausgehen müssen, dass wir in den nächsten Jahren alles selbst bezahlen werden. Mittlerweile sind wir bei einer halben Million der Stadt Bern und es ist ein völlig ungewisser Ausgang. Es ist so, dass inzwischen auch mehrere Städte abgesprungen sind. Aus diesen Gründen und aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion ist das auch sehr verständlich. Und wir verstehen ehrlich gesagt auch nicht, dass die Stadt Bern dort nicht endlich die Reissleine zieht. Dazukommt – auch das wurde auch schon gesagt –, dass inhaltlich noch nicht wirklich klar ist, was das genau wird, die Nexpo, ehrlich gesagt. Aus unserer Sicht ist es sogar so, dass es immer unklarer wird. Es sollte eigentlich umgekehrt sein, aber es wird immer unklarer. Unter anderem ist es ja so, dass der Bund mittlerweile will, dass die Städte ihr Projekt mit den 2 Projekten der Bergzonen zusammenschliessen sollen, was das auch immer für ein Projekt werden soll. Früher hat man ursprünglich auch mal gesagt, dann könnte man sich als Städte so wahnsinnig gut präsentieren. Jetzt müsste das dann ein Projekt werden, zusammen mit den Bergregionen. Es steht auch noch in den Sternen, was das genau heisst. Zum Schluss muss ich einfach sagen, dass wir uns in der Stadt Bern sehr gewohnt sind, für den Bund und den Kanton einspringen zu müssen, dass wir in die Bresche springen müssen, wenn sie nicht bereit sind, Projekte in Angriff zu nehmen, und dies aus finanziellen Gründen. Wir als GB/JA!-

Fraktion müssen aber ehrlich gesagt sagen, dass wir die 200'000 Franken lieber in das Soziale investieren würden, wo ja der Bund und Kanton auch immer sehr knausrig sind. Wir würden das Geld lieber in einen besseren Betreuungsschlüssel bei den Tagesschulen investieren oder in die Überbrückungshilfe für Armutsbetroffene und nicht in den Kredit, der jetzt vorliegt. Wir lehnen darum diese Tranche des Verpflichtungskredites wie auch alle vorherigen ab. Wenn Bund und Kanton bereit sind, ihren Anteil auch daran zu leisten, können wir gerne nochmal darüber reden. Merci.

Präsidentin: Danke, Lea. Für die SP/JUSO-Fraktion Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Die Nexpo beschäftigt uns jetzt seit mehreren Jahren in den Fraktionen und im Stadtrat. Wir haben die Argumente pro und kontra Landesausstellung und mit oder ohne Stadt Bern schon mehrfach durchgekaut und die Kreditanträge ausführlich diskutiert und letztlich halt auch mehrheitlich zugestimmt, wenn auch nicht aus einer riesigen Begeisterung heraus. Wir haben die Diskussion in der SP/JUSO-Fraktion mit diesen Pro- und Kontraargumenten wieder aufgenommen und haben einmal ein bisschen geschaut, was wir eigentlich nach dieser sogenannten Fundierungsphase wissen. Es gibt nicht nichts. Es gibt ein Konzept. Die Expo soll 2032 in 26 Städten und Gemeinden stattfinden. Wir sind uns klar, dass es eine Herausforderung ist, dass der Anlass wirklich ein Profil hat. Die Inhalte sind noch sehr vage und der Bund als Hauptfinanzierer und die Kantone halten sich nach wie vor bedeckt, haben weder zu- noch abgesagt und schauen einfach mal, wie sich das Teil entwickelt, wie sich die verschiedenen 4 Initiativen jetzt so entwickeln. Auch unser Fazit ist: Eine grosse Begeisterung ist nicht spürbar. Es gibt aber auch 5 gute Gründe neben anderen, die aus unserer Sicht für eine Weiterführung des Projekts Nexpo mit der Stadt Bern sprechen. Ein Grund ist das Thema Zusammenleben im 21. Jahrhundert. Wie wir in diesem Land zusammenleben, wohnen, arbeiten, kommunizieren, das ist wichtig. Nachher soll die Landesausstellung nicht wie ihre Vorgängerinnen bau- und infrastrukturlastig sein, sondern auf Erlebnissen und Begegnungen basieren, also keine Megaarchitekturausstellung, keine Monolithen im Murtensee, keine begehbaren Wolken in Yverdon und keine Türme in Biel, wie wir vor 22 Jahren gehabt haben. Nachher muss ich sagen, Transparenz bezüglich Kosten. Für uns ist das ziemlich klar, auch wenn wir wissen, es wird wohl teurer. Stand heute rechnet man mit 600 Mio. Franken. Und die Landesausstellung soll zu 85% mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Unserer Meinung nach, wenn es eine Landesausstellung sein muss, muss das auch so aufgegleist werden. Wir möchten auf jeden Fall nicht eine Landesausstellung der Grossunternehmen. Weiter ist die Abstützung in Politik und Verbände gegeben. Die Politik macht Druck, dass der Bundesrat vorwärts macht und jetzt in 2 Jahren entscheidet. Und der wichtigste Grund für uns ist die besondere Rolle der Stadt Bern als Bundesstadt, die wir uns ja sonst gerne immer an das Revers heften. Wir sind das Politzentrum der Schweiz und bei dieser Landesausstellung sollte das Thema "Entscheiden und Macht" in Bern angesiedelt sein. Und dann wäre es etwas seltsam und selbstbezogen, wenn die Stadt Bern als fünftgrösste Stadt der Schweiz und ein Politzentrum jetzt sagen würde: Interessiert uns nicht, machen wir nicht mit. Unsere Folgerung darum: Geben wir der Nexpo eine Chance. Die Vorrednerin hat es auch schon gesagt: Der Beitrag ist überblickbar und wenn es in 2 Jahren nicht weiter fortgeschritten ist, ist dann halt fertig. Die SP/JUSO-Fraktion wird diesem Verpflichtungskredit mehrheitlich zustimmen. Es wird aber auch Ablehnungen oder Enthaltungen geben.

Präsidentin: Danke, Barbara Nyffeler. Als nächste kommt Francesca Chukwunyere von der GFL-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Feu sacré ist gefragt. Die GFL-Fraktion stimmt der weiteren Mitgliedschaft inklusive dieser finanziellen Konsequenzen vorbehaltlos und einstimmig zu. Und zwar zeigt uns der Vortrag im Gegensatz zu meinen Vorrednern, dass ich das völlig anders wahrnehme. Es ist etwas gegangen in den letzten Jahren. Die Vorstellungen haben sich konkretisiert. Die vorgestellten Ideen scheinen mir durchaus inspirierend. Vielleicht fehlt euch hier die Vorstellungskraft. Wichtig und richtig ist es, dass das Verfahren potenziell partizipativ ist. Nur so wird es der heterogenen, föderalistischen Struktur der Schweiz gerecht. Darin mitbegründet ist halt auch das harzige und langwierige Verfahren. Wichtig ist auch, dass die Austragungsorte und die Gemeinden den Prozess in erster Linie mittragen und durchziehen. Darum scheint es uns auch logisch, dass der Bund etc. noch zögern mit ihrem finanziellen Engagement. Als älteres Semester erinnere ich mich wahnsinnig gerne: einerseits an den mühsamen Prozess der letzten Landesausstellung, der dieser vorausgegangen ist, und gleichzeitig eben wahnsinnig gerne an die Supererlebnisse, die ich gehabt habe. Wann sonst in meinem Leben hätte ich so viel Porzellan zerschlagen können, wann hätte ich irgendwo in einem riesigen Migros-Einkaufswägelchen durch die Gegend fahren können? Das sind Erlebnisse, die ich cool und inspirierend fand, und die einem Land auch gut anstehen, weil eine Landesausstellung nicht irgendwo nach aussen strahlen muss. Vielmehr muss das ein Fest sein für die Leute, die hier wohnen. Und wenn ein Fest ein gutes Fest ist, dann strahlt es auch gegen aussen. Meinetwegen. Die damalige Ausstellung war wirklich ein Highlight und sehr inspirierend, nach jahrelangem mühsamem Vorgeplänkel. Die Beispiele, die der Vortrag enthält, sind inspirierend. Zusätzlich zu einer verspiegelten Brücke könnte man ja beispielsweise ein Marionettentheater auf der Monbijoubücke mit Bundesratsmarionetten anregen, allenfalls gesponsert von der UBS oder von Syngenta. – Spass beiseite. Die geplante NEXPO respektiert eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen, die heute ein Muss sind. Sie verpflichtet sich der Nachhaltigkeit, sie setzt auf Regionales und geistigen Input statt auf infrastrukturelle Ausgaben, auf den öV. Sie ist dezentral und partizipativ aufgelegt. Das Risiko, dass das Geld, das wir jetzt sprechen, schlimmstenfalls in den Sand gesetzt ist, scheint uns unter diesen Gesichtspunkten tragbar. No risk, no fun, zumal wir hier zeitweise mehr Geld für unsinnigere Projekte ausgeben. Merci vielmals für das Zuhören.

Präsidentin: Merci, Francesca. Für die FDP/JF-Fraktion Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Meine Vorrednerin hat es gesagt: Le feu sacré ist wichtig. Und auch wir spüren das feu sacré. Die Beteiligung der Stadt Bern am Verein Nexpo und die kontinuierliche Unterstützung für die nationale Ausstellung erachten wir von der FDP/JF-Fraktion als wesentlich. Diese Initiative verkörpert Innovation, Kooperationen und repräsentiert unsere Stadt als zukunftsorientiert und progressiv. Die partizipativ und ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Projektes, das bestehende Strukturen nutzt und darauf abzielt, die Kosten gegenüber früheren Ausstellungen erheblich zu senken, ist bemerkenswert. Es beweist, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben und uns dafür einsetzen, Ressourcen sorgsam und verantwortungsvoll zu bewirtschaften. Das ist eigentlich die Kernforderung von euch allen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rotgrün. Das Projekt Nexpo genießt eine umfangreiche ideelle und finanzielle Unterstützung und wir sind nach wie vor überzeugt, dass der Mehrwert

auch für die Stadt Bern absolut gegeben ist und der Return On Investment nach wie vor da ist. Aber auch wir wollen langsam etwas sehen. Wir sind aber immer noch guten Mutes, denn der Vorteil dieses Projekts ist eben, dass die Stadt Bern nicht allein die Verantwortung trägt. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Nexpo eine unvergessliche Möglichkeit darstellt, die innere Zusammenarbeit unter den beteiligten Städten zu festigen und den Diskurs über die künftigen gemeinsamen Perspektiven anzustossen. Darum befürwortet unsere Fraktion die Fortsetzung der Mitgliedschaft im Verein Nexpo und unterstützt die Annahme des Verpflichtungskredites. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Simone. – Thomas, Alex hat doch schon geredet für die Fraktion. Wir sind noch bei den Fraktionsvoten. David Böhner, willst du für die Fraktion reden? - Gut, dann kommt zuerst David Böhner dran.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL/PdA ist sehr skeptisch gegenüber diesem Geschäft. Wir finden auch – vieles wurde schon gesagt –, dass es ziemlich wird, wie das Konzept ist, das hier vorgestellt wird, und befürchten, dass aus dieser Nexpo eher eine Nixpo wird, so wie das aufgegleist ist. Wir sehen nicht ein, wieso die Stadt Bern vorpreschen und zahlen soll, wenn sich alle anderen, also Kantone und Bund, vornehm zurückhalten, und sind der Ansicht, dass der Bund jetzt vorpreschen und zeigen müsste, dass er das wirklich will. Und dann kann man darüber reden und dann könnte man auch schauen, wie das Konzept aussieht und ob das eine gute Sache für Bern wird. Aber solange das so ist, sind wir nicht einverstanden mit diesem Vorschlag und werden ihn ablehnen.

Präsidentin: Danke, David. Wir sind jetzt bei den Einzelvoten, für die ihr euch anmelden könnt. – Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Die Vergangenheit zeigt es, dass man 2002 eine Landesausstellung hatte. Ich war dazumal als Kommandant der Schweizer Armee im Dienst und die Ausstellung war so schlecht organisiert, dass man sie um ein Jahr verschoben hatte. Sie war schlecht geplant. Und zweitens hat man nachher die Schweizer Armee missbraucht, damit sie überhaupt noch zum Fliegen kam. Ich war als Kompaniekommandant mit 250 Leuten im Einsatz im Gebiet Murten-Neuenburg-Yverdon-les-Bains. Wir mussten alles, was so ein bisschen in die Hose ging, korrigieren gehen, damit die Landesausstellung noch zum Fliegen kam. Der Bund hat für die Landesausstellung ein Budget von 130 Mio. Franken mit 20 Millionen Defizitgarantie gesprochen. Also so mit 150 Mio. Franken hat man gerechnet, die Städte waren auch beteiligt. Schlussendlich hat die ganze Sache 800 Mio. Franken gekostet und ist überhaupt nicht nachhaltig gewesen. Man hat wieder alles abgebaut, man hat nichts stehen lassen. Die Städte, vor allem Biel, Neuenburg, aber auch Yverdon-les-Bains mussten selbst noch Geld aufwenden, damit sie die Rechnungen zahlen konnten, die zum Teil noch offen waren. Ich bin absolut nicht gegen eine Landesausstellung, das kann man machen, aber hier dünkt mich, dass die Rahmenbedingungen – es ist bereits erwähnt worden, nicht nur SVP-seitig, auch von ihrer Seite, herzlichen Dank für die Voten –, dass einfach das Ganze noch so ein bisschen undurchsichtig ist, und das wäre sicher jetzt der falsche Zeitpunkt, um überstürzt alle Kredite zu sprechen und uns zu verpflichten. Vielmehr sollte man vielleicht auch einmal ein bisschen abwarten und schauen wie die Rahmenbedingungen zustande kommen. Die Expo an 6 Standorten war sehr herausfordernd. Hier redet man von 26 Standorten. Das ist noch einmal ein bisschen eine Liga höher. Wie gesagt, es ist schön, wenn man eine Landesausstellung machen kann, aber

die Organisation, wie sie bis heute ist ... Diese Rahmenbedingungen kann ich persönlich nicht gutheissen.

Präsidentin: Danke, Thomas. Gibt es noch weitere Einzelvoten? – Dann hat für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Herzlichen Dank für die enthusiastische Debatte. Ich muss sagen, mir kommen fast die Tränen und vielleicht will ich jetzt auch gerade keine Landesausstellung mehr. Also, so geht es natürlich nicht. Mit hängenden Schultern wird man natürlich nie etwas auf die Beine stellen und organisieren können. Da braucht es natürlich eine gewisse Begeisterung und einen gewissen Enthusiasmus. Warum gibt es überhaupt die Nexpo in der Schweiz? Warum wollen wir überhaupt die Nexpo durchführen in der Schweiz? Die Schweiz gibt es nicht einfach so, die Schweiz muss sich immer wieder erfinden, muss sich immer wieder neu definieren. Die Schweiz muss sich immer wieder neu zusammenraufen. Und das Mittel, das sie seit Anfang hat, sind eben die Expos. Das gibt es sonst nirgends. Es ist nur die Schweiz, die das hat, diese Expos, die sie durchführt, bei denen sie immer wieder den Konsens miteinander neu definiert, bei denen sie sich neu zusammenfindet. Das ist auch ein bisschen eine Spezialität der Schweiz. Und es ist auch nicht eine Ausstellung. Es hat halt bis jetzt noch niemand ein besseres Wort gefunden als "Landesausstellung". Aber es ist nicht eine Landesausstellung. Es ist nicht so etwas. Es sind nicht irgendwelche Objekte, die ausgestellt werden, sondern es ist eine Begegnung, ein Erlebnis, ein Event. Es ist natürlich auch ein Fest. Es ist tatsächlich ein Moment, in dem sich die Schweiz spürt, in dem sich die Schweiz trifft, sich die Schweiz begegnet und sich die Schweiz definiert. Und so funktionieren die Expos. Überraschenderweise, obwohl es jetzt eben schon seit über 100 Jahren die Expos gibt, gibt es keinen Prozess, wie eine Expo organisiert wird. Es war noch nie gleich, sondern immer ein bisschen neu. Es ist immer eine Idee irgendwo entstanden. Zuletzt hat die Ostschweiz gesagt: Jetzt möchten wir auch einmal eine Expo machen. Das ist in einer Volksabstimmung im Thurgau und in St. Gallen gescheitert. Und nachher sind die Städte gekommen. Nachher haben die Städte und die Nordwestschweiz gesagt: Es ist nötig. Wir wollen wieder den Anstoss geben. Und jetzt waren es halt die 10 grössten Schweizer Städte, die diesen Anstoss gegeben haben, nicht die Stadt Bern, nicht der Stadtpräsident. Vielmehr war das schon vor meiner Zeit, 2016, als die 10 grössten Schweizer Städte sagten: Dann geben wir jetzt den Anstoss für eine neue Expo. Und eine gleiche Initiative ist in Wirtschaftskreisen, dem Gewerbeverband Basel, entstanden. Sie haben gesagt: In der Nordwestschweiz hat es auch nie eine Expo gegeben. Wir wollen auch eine Expo durchführen. Das Projekt heisst Svizra27. Das ist die Idee, die wir haben. Und der Kredit, den wir heute wieder sprechen ist einfach dafür da, diese Idee am Leben zu erhalten. Das ist nicht für die Durchführung. Wenn der Bund die Expo nicht bezahlt, dann gibt es keine Expo. Es wäre auch widersinnig, eine Expo machen zu wollen ohne den Bund. Ohne Bund gibt es keine Expo. Es hat sich aber schon ein bisschen etwas bewegt, seit wir das letzte Mal, mit dem letzten Kredit, da waren. Man hat eben gearbeitet, man hat vorwärtsgemacht und es hat sich auch etwas bewegt. Das haben vor 2 Jahren die Kantone gesagt, und zwar die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KBK) hat einen Beschluss gefasst und gesagt: Es braucht eine neue Expo. Wir sind dafür. Wir unterstützen das Projekt einer neuen Expo. Und damit haben sie eigentlich das Karussell in Schwung gebracht. Der Bundesrat ist unter Druck gekommen und der Bundesrat hat nachher im Sommer 2022 gesagt: Doch, nachdem wir das gehört haben, wir haben Ideen von der Svizra27 und von Nexpo. Wir haben die Unterstützung der Kantone. In

dem Fall unterstützen wir das auch. Der Bund unterstützt, dass es eine neue Landesausstellung gibt. Das war im Sommer 2022. Damals war alles noch ein bisschen rosarot oder noch schwarz, was die Bundesfinanzen angeht. Nachher kamen die grauen Wolken über den Bundeshaushalt und im Frühling letzten Jahres hat der Bundesrat gesagt, es sei alles gut: Wir wollen immer noch, wir halten fest an dem Beschluss, den wir vor nicht einmal einem Jahr gefällt haben, aber wir müssen es ein bisschen nach hinten schieben. Wir fällen unseren Finanzbeschluss erst im Jahr 2028. Das hat wiederum dem Parlament nicht gefallen und der Ständerat hat bereits im letzten Herbst eine Motion seiner WBK-Kommission (WBK=Wissenschaft, Bildung, Kultur) überwiesen und in der Herbstsession grossmehrheitlich die Motion überwiesen: Fällt diesen Finanzbeschluss früher. Und am 13. März kommt die Motion jetzt in den Nationalrat. Sie ist in der Nationalratskommission WBK im Verhältnis 2 zu 1 angenommen worden. Also wird sie auch im Nationalrat überwiesen werden, und damit wird der Bundesrat gezwungen, den Finanzbeschluss früher zu fällen als erst im Jahr 2028. Aber es wird so sein. Der Bundesrat wird sein Commitment leisten müssen, denn ohne Finanzierung durch den Bund gibt es keine Expo. Jetzt ist gesagt worden, es hätten erst 2 andere Städte zugestimmt. Das stimmt nicht. Die Stadt Bern ist hier relativ am Schluss mit der Zustimmung. Die Städte Zürich, St. Gallen, Luzern, Lugano, Lausanne, Genf haben alle ihren Beitrag, über den wir heute Abend diskutieren, bereits gesprochen. Noch offen ist es in Winterthur. Die müssen nicht ins Parlament gehen. Dort wird es der Stadtrat von Winterthur entscheiden Ende Monat gibt es 2 Städte, die nicht zustimmen. Das eine ist die Stadt Biel. Ihr kennt aus den Medien die Finanzlage der Stadt Biel. Die Stadt Biel hat gesagt: Angesichts des Zustands unserer Finanzen ist es nicht möglich, dass wir hier noch Beiträge leisten und wir haben vor 20 Jahren erst gerade eine Expo gehabt. Und das andere ist die Stadt Basel. Dort ist die Ausgangslage ganz anders. Basel ist in 2 Projekten engagiert, also in der Nordwestschweiz bei Svizra27 und bei Nexpo. Und Basel hat gesagt: Wir wollen nicht länger zweimal zahlen. Also Basel übt eigentlich mit seinem Nichtzahlen Druck darauf aus, dass sich die beiden Initiativen zusammenschliessen. Das wird auch gelingen. Die beiden Initiativen werden zusammen das Projekt weiterentwickeln und dann wird auch die Stadt Basel wieder an Bord sein. Sie sehen also, es sind eigentlich ausser Biel alle immer noch dabei und es wäre natürlich ein bisschen ein seltsames Signal, wenn die Stadt Bern, die Bundeshauptstadt, hier nicht mitmachen würde. Es geht nicht darum, dass wir das alleine finanzieren, sondern es geht darum, dass wir die Idee, eben das feu sacré weitertragen, den Bundesrat überzeugen, dass es eine gute Nexpo geben kann, eine gute Landesausstellung geben kann, ein gutes Fest für die Schweiz geben kann. Und ich bin nach wie vor sehr positiv zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand des Vereins Nexpo, dass wir das Projekt erfolgreich weiterführen können und auch zu einer erfolgreichen Durchführung dieser Expo führen können. Ich wäre froh, wenn ihr uns heute am Abend mit einem Ja zu dem Kredit unterstützen könntet. Merci.

Präsidentin: Danke, Alec von Graffenried. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Verpflichtungskredit.

Abstimmung Nr. 013

2016.PRD.000162	
Annahme	
Ja	34
Nein	28

Enthalten	8
-----------	---

Präsidentin: Wir haben dem Verpflichtungskredit zugestimmt.

2018.SR.000087

8 **Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Barbara Nyffeler, SP): Eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern; Fristverlängerung**

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 8. Es geht um die Motion "Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandortstadt Bern", Fristverlängerung. Die Fristverlängerung war in der Kommission bestritten, und aus diesem Grund wurde sie hier im Stadtrat traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar Mirjam Roder für die RWSU.

Mirjam Roder (GFL) für die Kommission RWSU: Im März 2019 ist die Motion von der SP/JUSO "Eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandortstadt Bern" vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Die Motion fordert vom Gemeinderat, eine Wirtschaftsstrategie zu erarbeiten, die aufzeigt, wie sich der Wirtschaftsstandort Stadt Bern entwickeln soll und wie die Stadt darauf Einfluss nehmen will. Und sie soll dabei auf verschiedene Aspekte, die für die Unternehmen und für den Werkplatz Stadt Bern wichtig sind, besonders eingehen. Andere Städte wie Zürich und Basel haben bereits länger eine solche Strategie, bei der sie entsprechende Grundlagen erarbeitet, Ziele definiert haben und dazu konkrete Einzelmassnahmen umsetzen. 2019 sind Vorarbeiten zu einer Strategieentwicklung geleistet worden, auf der dann die Wirtschaftsstrategie 2030 für die Stadt Bern hätte erarbeitet werden sollen. 2019 haben dann auch eine Online-Umfrage und ein Kickoff-Workshop stattgefunden. Die Resultate sind im Januar 2020 in einem Zwischenbericht veröffentlicht worden, in dem auch das weitere Vorgehen aufgeführt ist. Damals war noch geplant, dass die Wirtschaftsstrategie Anfang Jahr 2021 in Kraft treten sollte. Der Prozess ist durch die Pandemie und durch einen Wechsel in der Amtsleitung durch andere Wechsel im Team im November 2022 unterbrochen worden. Folglich sind 2 Fristverlängerungen beantragt worden, eine bis Ende August 2022 und dann noch eine zweite bis Ende August 2023. Hier vorliegend wird eine dritte Fristverlängerung bis Ende Jahr 2024 beantragt. Weil es so ein wichtiges Instrument ist und das erst recht für eine Stadt, die derart im Wachstum ist, weswegen es wichtig ist, dem Priorität zu geben, beantragt euch hier die Kommission die dritte Fristverlängerung abzulehnen und unseren Antrag anzunehmen, der eine neue Frist bis Ende August 2024 anstatt bis Ende Jahr 2024 ansetzt. Im Bericht steht auch, dass sich die Finalisierung dieser Strategie um ein Jahr verzögert. Der Bericht ist aber auf den 31. August 2023 datiert, und dann würde eine Fristverlängerung bis zum Ende August 2024 genau diesem Jahr zu entsprechen und das auch ein bisschen mit Blick auf den Zeithorizont, um die Strategie auch umzusetzen. Als man 2019 mit der Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie 2030 angefangen hat, war noch ein Zeithorizont von 11 Jahren vorhanden. Jetzt sind es noch 6 Jahre. Zum Vergleich: Die Wirtschaftsstrategie des Kantons Bern für das Jahr 2025 ist 2011 verabschiedet worden. Der Antrag zur verkürzten Frist ist in der Kommission mit 8 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen worden. Wir bitten euch deshalb, unserem Antrag zu folgen und der Kürzungsfrist zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Für die Einreichenden hat Barbara Nyffeler das Wort.

Barbara Nyffeler (SP) für die Einreichenden: Meine Vorrednerin hat es schon gesagt: Wir haben die Motion vor 6 Jahren eingereicht. Vor 5 Jahren ist sie erheblich erklärt worden. Vor 4 Jahren ist Corona gekommen. Nachher hat es personelle Wechsel gegeben und die sind jetzt schon eine Weile her. Der Aspekt der Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie ist anspruchsvoll, aber auch nicht unendlich komplex. Die Ziele müssen realistisch sein und auf den vorhandenen Stärken der Stadt aufbauen. Wirtschaftsstrukturen sind gewachsen und lassen sich auch nicht innerhalb von 12 Jahren ändern. Die Stadt hat auch nicht unendlich viel Handlungsspielraum. Von den Ressourcen wollen wir gar nicht sprechen. Die Instrumente für eine aktive Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene gibt es. Sie sind aber auch nicht unbeschränkt. Deswegen haben wir mit einer Fristverlängerung bis Ende August 2024 die Chance, dass ein Geschäft, das in der letzten Legislatur seinen Anfang genommen hat, noch in dieser Legislatur einen Abschluss findet, und dass wir vielleicht sechseinhalb Jahre nach der Einreichung der Motion im 4. Quartal dieses Jahrs die Wirtschaftsstrategie doch noch im Stadtrat zur Kenntnis nehmen können. In diesem Sinn – ich spreche auch gerade für die Fraktion – werden wir den Antrag der RWSU unterstützen.

Präsidentin: Merci, Barbara Nyffeler. Gibt es Fraktionserklärungen zur Fristverlängerung? – Gibt es Einzelvoten? – Will sich der Gemeinderat äussern? – Er verzichtet. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar ist es eine Gegenüberstellung. Die RWSU verlangt die Fristverlängerung bis 31. August 2024 und der Gemeinderat bis 31. Dezember 2024. Wir werden zuerst die beiden einander gegenüberstellen und nachher über den obsiegenden abstimmen. Wer dem Antrag der RWSU bis 31. August zustimmt, drückt Grün. Wer dem Antrag des Gemeinderats bis 31. Dezember zustimmt, drückt Rot, und wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag

Antrag

1. RWSU: Die Frist zur Vorlage des Begründungsberichts ist bis zum 31. August 2024 zu verlängern.

Abstimmung Nr. 014

2018.SR.000087: Antrag 1 vs. Antrag Gemeinderat

Antrag 1 obsiegt

Ja 49

Nein 12

Enthalten 0

Präsidentin: Jetzt stimmen wir noch über den obsiegenden Antrag der RWSU ab.

Abstimmung Nr. 015

2018.SR.000087: Antrag 1

Annahme

Ja 64

Nein 0

Enthalten	1
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt der Fristverlängerung bis 31. August 2024 zugestimmt.

2022.FPI.000015

9 Reglement über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (Finanzkontrollreglement; FR); Erlass; 2. Lesung

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 9. Es ist die zweite Lesung über das Reglement über die Finanzkontrolle. Wir haben Fraktionsvoten und Antragsbegründungen bereits in der ersten Lesung gehört, das heisst, jetzt, in der zweiten Lesung, bitte ich, sich auf Ergänzungen und Neuerungen zu beschränken. Zuerst hat für die Kommission Franziska Geiser das Wort. Und ich wäre froh, wenn jemanden sie noch schnell anmelden könnten.

Franziska Geiser (GB) für die FIKO: Wir können heute das Finanzkontrollreglement (FR) verabschieden. Claude Grosjean hat es letzten Herbst schon vorgestellt. Es geht jetzt in der zweiten Lesung noch darum, über 4 Anträge abzustimmen. Der erste Antrag: Da geht es um Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b. Der Gemeinderat schlägt vor, dass die personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle beim Finanzkontrollgremium liegt. Das Finanzkontrollgremium setzt sich zusammen aus einer Person aus der FIKO, einer Person aus der GPK, dem Finanzdirektor oder der Finanzdirektorin und einem weiteren Mitglied des Gemeinderates. Die FIKO stellt den Antrag, die personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle wie im Kanton nicht dem Finanzkontrollgremium zu geben, sondern der FIKO. Die FIKO argumentiert, dass das die Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung stärkt. Das zweite Argument ist, dass die Finanzkontrolle primär die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung überprüft, und die Finanzkontrolle weniger unabhängig wäre, wenn sie gegenüber dem Gemeinderat Rechenschaft ablegen müsste. Der Gemeinderat findet, bei dieser Aufsicht gehe es gar nicht um eine Vorgesetztenfunktion und die Unabhängigkeit der Finanzkontrolle wäre nicht gefährdet. Ausserdem sagt der Gemeinderat, dass innerhalb des Finanzkontrollgremiums die Vertretung der FIKO den Vorsitz hat und dass in diesem Sinn das Parlament schon stark gewichtet ist. Der zweite Antrag, über den wir abstimmen, betrifft Artikel 4 Absatz 2. Hier geht es um die Stellvertretungsregelung. Die FIKO beantragt, dass explizit festgehalten wird, dass auch Mitglieder des Finanzkontrollgremiums mit beratender Stimme ein Recht auf eine Stellvertretung haben. Der Gemeinderat vertritt den Standpunkt, dass die Mitglieder mit beratender Stimme, die ja Verwaltungsmitarbeitende sind, sowieso vertreten sind, wenn sie zum Beispiel krank werden. Der FIKO-Antrag hält das halt einfach explizit fest. Der dritte Antrag ist unbestritten. Es geht um das Inkrafttreten des Finanzkontrollreglements. Die FIKO beantragt, dass festgehalten wird, dass die Finanzkontrolle ihre Arbeit am 1. Januar 2025 aufnimmt, auch wenn das Reglement schon am nächsten 1. Mai in Kraft tritt. Als letztes stimmen wir über den Ergänzungsantrag ab. Die FIKO stellt den Antrag, den Globalkredit 2025 und den AFP ab 2026 der Dienststelle Stadtrat um 10'000 Franken zu erhöhen, damit man die Kosten des Finanzkontrollgremiums decken kann. Die FIKO empfiehlt den ersten Antrag mit einem Stimmenverhältnis 7 zu 4 zu 0 anzunehmen den zweiten mit 10 Ja zu 0 Nein bei einer Enthaltung zur Annahme. Den 3. und 4. Antrag empfiehlt die FIKO einstimmig zur

Annahme. Und die FIKO empfiehlt auch einstimmig, das Reglement so bereinigt anzunehmen.

Ich hänge gerade noch an unser Fraktionsvotum an. Die Fraktion GB/JA!, nimmt alle Anträge an, auch den ersten, der am meisten umstritten war. Denn wir finden grundsätzlich, dass das Parlament gegenüber der Regierung immer gestärkt werden kann.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Lukas Gutzwiller von der GFL-Fraktion.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Was lange währt, wird endlich gut. Mit der Umsetzung der Motion Grosjean/Sancar macht das Parlament einen Quantensprung. Zur Erinnerung: 2014 hat das Parlament gegen den Willen des damaligen Gemeinderats die Motion überwiesen. An dieser Stelle möchte unsere Fraktion dem Finanzdirektor für die gute Arbeit im Zusammenhang mit dem Reglement danken. Die Zusammenarbeit in der FIKO war sehr gut. Die GFL nimmt alle 3 Anträge der FIKO ohne strong Feelings an. Der erste Antrag, es wurde gesagt, stärkt die Aufsicht auf der parlamentarischen Seite und orientiert sich stärker an der kantonalen Regelung. Wir freuen uns und sind gespannt darauf, wie das neue Finanzkontrollreglement funktionieren wird.

Präsidentin: Als nächstes kommt Chandru Somasundaram von der SP/JUSO-Fraktion. Einen Moment. Ich kann dich noch nicht anwählen. Kann jemand Chandru kurz abmelden und wieder anmelden, bitte?

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Wie in der Diskussion zur ersten Lesung besprochen, begrüsst die SP/JUSO-Fraktion das vorliegende Reglement zur Finanzkontrolle. Es bringt im Gesamten die neue und gewünschte Unabhängigkeit der Finanzkontrolle vom Gemeinderat und der Verwaltung. Das Kernstück stellt das neue Finanzkontrollgremium dar, das aus 2 Gemeinderatsmitgliedern und je einer Vertretung aus FIKO und GPK zusammengesetzt ist. Wie auf Kantonsebene hat das Gremium damit 2 Auftraggeber. Das Gremium ist weder dem Stadtrat noch der Verwaltung unterstellt und nicht weisungsgebunden. In der SP/JUSO-Fraktion wurde das Argument geäußert, dass mit der Vertretung des Gemeinderates in einem Rechnungsprüfungsorgan die strenge Trennung zwischen Controlling und Verwaltung zu wenig zum Tragen kommt. Eine Mehrheit der Fraktion ist aber überzeugt, dass mit der externen Revisionsstelle und vor allem dem Stichentscheid unter der Leitung der FIKO-Vertretung die Unabhängigkeit gewährleistet ist. Dass der Antrag 1 der FIKO die Unabhängigkeit des Gremiums vom Gemeinderat noch vergrössert, hat nur einen Teil der Fraktion überzeugt. Es ist nämlich auch angemerkt worden, dass es sich bei der Personalführung um einen ganz anderen Bereich als bei der Finanzkontrolle handelt. Die Personalaufsicht sollte für einen Teil der Fraktion klar beim Finanzkontrollgremium bleiben. Die SP/JUSO-Fraktion hat darum für den Antrag 1 Stimmfreigabe beschlossen. Die weiteren Anträge unterstützt unsere Fraktion. Antrag 2 klärt die Vertretungsregelungen umfassender. Antrag 4 präzisiert den Arbeitsbeginn des Finanzkontrollgremiums. Und auch Antrag 1 aus der zweiten Lesung unterstützt unsere Fraktion. So werden die benötigten Aufwände berücksichtigt, die mit dem neuen Gremium anfallen.

Präsidentin: Merci, Chandru. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich halte mich kurz. Wir sind auf der Ziellinie. 2012 ist die Motion eingereicht worden. Ich habe sie 2017 geerbt quasi als eine Altlast und jetzt sind wir auf der Zielgerade. Ich freue mich wirklich. Ab dem 1.1.25 wird es dieses Gremium geben. Es ist ein Gremium, das zwei Herrinnen dient, dem Gemeinderat und dem Stadtrat; darum die Doppelunterstellung, darum das Finanzkontrollgremium, in dem die FIKO nicht nur den Vorsitz hat, sondern auch den Stichentscheid. Also es ist klar: Wenn es hart auf hart geht, hat das Parlament die längeren Spiesse in diesem Gremium. Das ist auch richtig so. Ich rede nur noch zum Antrag 1, um einfach noch einmal zu versuchen, euch davon zu überzeugen, es so zu lassen, wie der Gemeinderat vorschlägt, dass nämlich auch die personelle Aufsicht – wir sprechen nur von der personellen Aufsicht – dem Finanzkontrollgremium obliegt. Erstens soll es auf Augenhöhe sein – Parlament und Gemeinderat. Alles andere wird gemeinsam gemacht. Also gibt es aus Sicht des Gemeinderats keinen Grund, warum wir die personelle Aufsicht wegnehmen und diese explizit nur der FIKO zuweisen sollten. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, das habe ich auch schon gesagt, ich sage es einfach hier noch einmal: Wenn das ein komplexer, schwieriger Personalfall wird, dann hat einfach die Verwaltung mehr Know-how, mehr Erfahrung und mehr Ressourcen, um da unterstützen zu können, wenn man das denn will, wenn das das Finanzkontrollgremium denn auch beschliesst. Und der dritte Punkt, den ich auch noch ins Feld führen will, ist, dass es auch mal einen Konflikt geben kann zwischen dieser Finanzaussicht und in einer Kommission oder einem Stadtrat, einem Stadtratsmitglied. Und dann wäre es vielleicht auch nicht das Dümme, wenn das Finanzkontrollgremium wie immer mit Stichentscheid allenfalls des FIKO-Mitglieds entscheiden könnte, dass dann in diesem Fall vielleicht der Ball bei der Verwaltung wäre. Alle anderen Anträge sind unbestritten, und man kann sie wirklich auch so durchwinken.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir kommen zu den Abstimmungen. Hier brauche ich schnell eure Aufmerksamkeit. Denn wir haben letztes Jahr das Geschäftsreglement angepasst, das heisst, es gibt ein neues Abstimmungsverfahren. Es ist jetzt neu so, dass die Anträge des Gemeinderates den Anträgen des Stadtrates gleichgestellt sind. Das heisst, wir müssen eigentlich über jeden Antrag des Gemeinderates abstimmen oder stellen ihn den Anträgen des Stadtrates gegenüber. Und deshalb bitte ich euch jetzt, die Antragsliste zur Hand zu nehmen. Wir gehen nämlich Artikel für Artikel durch. Bei den unbestrittenen, also jenen, zu denen keine Anträge eingegangen sind, werde ich jeweils fragen, ob sie unbestritten sind. Wenn sich niemand meldet, gelten sie als angenommen. Wir probieren es mal so, wir machen es hier zum ersten Mal. Zu den Artikeln 1 und 2 sind keine Anträge eingegangen. Sind die Anträge vom Gemeinderat bestritten? – Dann sind sie so beschlossen. Zu Artikel 3 ist ein Antrag zu Absatz 2, Buchstabe b eingegangen. Ist der Rest unbestritten? – Dann ist auch der Rest des Artikels 3 beschlossen und wir stimmen über Absatz 2 Buchstabe b ab. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmt, drückt Grün. Wer dem Antrag der FIKO zustimmt, stimmt Rot.

Anträge

1. FIKO: *Artikel 3 Absatz 2, Buchstabe b. ~~die personelle Aufsicht über die Leitung der Finanzkontrolle;~~*

sowie ein neuer **Art. 6a**

(neu) Art. 6a Aufsicht

1 Aufsichtsbehörde über die Leitung der Finanzkontrolle ist die Finanzkommission.

2 Die Finanzkommission nimmt vor der Anordnung von aufsichtsrechtlichen Massnahmen Rücksprache mit dem Finanzkontrollgremium.

2. FIKO:

Mitglieder mit beratender Stimme ~~nehmen Einsitz~~ im Finanzkontrollgremium sind:

- a. die Leitung der Finanzkontrolle;
- b. die Geschäftsleitung der Finanzkommission;
- c. die Leitung der Stadtkanzlei.

3 Jedes Mitglied hat eine Stellvertretung.

4 Die Kommissionen und der Gemeinderat bestimmen ihre Vertretungen und Stellvertretungen gemäss Absatz 1 und 2 jeweils für eine Legislaturperiode.

4. FIKO:

1 Das Reglement tritt am 1. Mai 2024 in Kraft.

2 Die Finanzkontrolle nimmt ihre Arbeit per 1. Januar 2025 auf.

Antrag FIKO 2. Lesung, Ergänzungsantrag:

Der Globalkredit 2025 und der AFP ab 2026 der Dienststelle Stadtrat (PG0100100) sind um Fr. 10'000.00 zu erhöhen, um die zusätzlichen Kosten für das Finanzkontrollgremium zu decken.

Abstimmung Nr. 016

2022.FPI.000015: Gemeinderat vs. Antrag 1	
Antrag 1 obsiegt	
Ja	10
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag der FIKO obsiegt gegen den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 017

2022.FPI.000015: Antrag 1	
Annahme	
Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. – Ich hoffe, das Vorgehen ist klar und sonst könnt ihr euch einfach melden. Die Buchstaben c bis f waren unbestritten und sind damit beschlossen. Dann: Ist Artikel 4 unbestritten? – Dann ist auch der so beschlossen. Wir kommen zum zweiten FIKO-Antrag. Wir stellen wieder den Antrag des Gemeinderates, grün, dem Antrag der FIKO, rot, gegenüber. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 018

2022.FPI.000015: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 2	
Antrag 2 obsiegt	
Ja	1
Nein	66

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag der FIKO obsiegt gegen den Antrag des Gemeinderats. Jetzt stimmen wir noch über den obsiegenden Antrag der FIKO ab.

Abstimmung Nr. 019

2022.FPI.000015: Antrag 2	
---------------------------	--

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. – Sind die Absätze 5 bis 7 unbestritten? – Dann sind diese beschlossen. – Sind Artikel 5 und 6 unbestritten? – Dann sind auch Artikel 5 und 6 beschlossen. Über die Anpassung zu Artikel 6a habt ihr unter Artikel 3, Antrag FIKO, bereits abgestimmt. – Sind Artikel 7 bis 38 unbestritten? – Sie sind auch angenommen. – Dann sind wir bei Antrag 4 der FIKO. Wir sind bei Artikel 39. Der Antrag des Gemeinderates und der FIKO schliessen sich nicht aus. Wir stellen sie deshalb nicht gegenüber. Wird der Antrag des Gemeinderates oder jener der FIKO bestritten? – Gut, dann sind auch die beschlossen. – Aus der zweiten Lesung liegt ein Antrag der FIKO zu den Kosten vor. Ist er bestritten? – Dieser Antrag ist auch angenommen, und wir kommen zur Schlussabstimmung, ob ihr dem Antrag des Gemeinderates in der so bereinigten Form zustimmt.

Abstimmung Nr. 020

2022.FPI.000015: Antrag Gemeinderat bereinigt	
---	--

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt das Reglement einstimmig an. Merci vielmals, wir machen Pause und sehen uns am 20.30 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

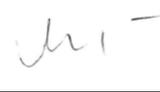
26.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Lionel Gaudy	Daniel Michel
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Szabolcs Mihalyi
Debora Alder-Gasser	Claude Grosjean	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Bernadette Häfliger	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Mehmet Özdemir
Ursina Anderegg	Michael Hoekstra	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Simone Richner
Tom Berger	Ueli Jaisli	Claudio Righetti
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
David Böhner	Anna Jegher	Sarah Rubin
Michael Burkard	Raffael Joggi	Michael Ruefer
Eva Chen	Nora Joos	Mahir Sancar
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Judith Schenk
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Sibyl Eigenmann	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Simone Machado	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Salome Mathys	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Gabriela Blatter	Niklaus Mürner	Michael Sutter
Thomas Hofstetter	Nicole Silvestri	Johannes Wartenweiler
Nora Krummen		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE		

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Ratssekretärin	Clara Rüsi, Redaktorin Marianne Hartmann, Redaktorin	Mago Flück, Ratsweibel Cornelia Stücker, Sekretariat
--	---	---

2023.FPI.0062

10 Stiftung PROGR; Verlängerung selbständiges und dauerndes Baurecht Bern Gbbl.-Nr. 1/1529

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, liebe Anwesende, wir fahren weiter mit Traktandum 10, Verlängerung des Baurechts der Stiftung PROGR. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Simone Richner und ich bitte euch wieder ein bisschen ruhig zu sein, damit wir den Sprecher*innen zuhören können. Danke vielmals.

Simone Richner (FDP) für die RWSU: Die Stadt Bern erwägt die vorzeitige Verlängerung des Baurechtsvertrag mit der Stiftung PROGR um 50 Jahre bis am 25. September 2089. Die Stiftung PROGR, die das Zentrum für Kulturproduktion in Bern seit rund 14 Jahren leitet, hat sich als wichtige kulturelle Einrichtung etabliert. Sie bittet den Künstler*innen erschwingliche Atelierräumen und bereichert diese mit einem vielfältigen kulturellen und gastronomischen Angebot. Der Ursprung des Projektes geht auf einen offenen Wettbewerb im Jahr 2007/2008 zurück, wo ein anderes Projekt als Siegerin hervor gegangen ist. Jedoch ist es nach der Ablehnung des Stadtrats und weitere Überprüfungen, ist das Angebot der Künstlerinitiative Pro PROGR bevorzugt worden und schliesslich im Mai 2009 durch eine Volksabstimmung bestätigt worden. Um eine langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten und das breite Angebot an künstlerischen, kulturellen und kulinarischen Aktivitäten fortzusetzen, beantragt die Stiftung PROGR im August 2022 eine vorzeitige Verlängerung des Baurechts. Zu den Zukunftsplänen gehört die Übernahme und die Weiterentwicklung des Gastrobetriebs, die Sanierung des Hofes zur verstärkten Nutzung für Kunst und Kultur sowie die Fortführung des Angebots an Atelierplätze. Im Zuge der Vertragsverlängerung ist neben der Laufzeit bis 2089 auch Anpassungen vorgenommen worden. Die Anpassung des Baurechtszins, die Annahme des Auftrags zum Betrieb von einem Gastrobetriebs und die Einführung einer Klausel zum Klimaschutz sind vereinbart worden. Die Verlängerung des Baurechtsvertrags verspricht Vorteile für alle Beteiligten. Sie bietet der Stiftung PROGR Planungssicherheit, stellt für die Stadt Bern eine wertvolle Partnerschaft her und bereichert das kulturelle und gastronomische Angebot für die Bevölkerung. Die Kommission der RWSU empfiehlt dem Stadtrat deshalb dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen mit 10 zu 1 zu 0 Enthaltungen. Darf ich noch gerade das Fraktionsvotum halten?

Präsidentin: Ich frage zuerst, ob es hier generell Diskussionsbedarf gibt bei diesem Traktandum? Ja, es gibt Diskussionsbedarf. Du kannst gerne ein Fraktionsvotum machen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die Vergabe des Baurechts ist ein fundamentales Instrument, welches es uns ermöglicht, wertvolle städtische Grundstücke verantwortungsbewusst und mit klaren Zielsetzungen zu verwalten. Daher ist die vorzeitige Verlängerung des Baurechtsvertrags mit der Stiftung PROGR grundsätzlich zu begrüssen, auch wenn die Dringlichkeit dieser Verhandlungen durchaus hinterfragt werden könnte. Es ist aber absolut nachvollziehbar und legitim, dass die Stiftung erhöhte Investitionssicherheit sucht und trotzdem möchte ich hier noch mein Bedauern über das Ende des Gastrobetriebs "die Turnhalle" ausdrücken, der sich eigentlich als verlässlicher Treffpunkt etabliert hat und ein fester Bestandteil des Berner Nachtlebens geworden ist. Die Entscheidung der Stiftung PROGR den gastronomischen Betrieb jetzt

selbstständig zu führen und weiterzuentwickeln, hat bei mir schon ein bisschen Erstaunen ausgelöst. Aber in der Hoffnung, dass die Stiftung doch darauf bedacht ist ein ähnlicher Treffpunkt zu schaffen, bin ich frohen Mutes. Einen Ort nämlich zu schaffen, der den Bedürfnissen der Bernerinnen und Berner gerecht wird und sich als festes Gefäss in der Berner Bar-Szene etablieren kann. Die Verlängerung des Baurechts interpretieren wir als Investition in die Zukunft und als signifikanter Beitrag zur wirtschaftlichen Vitalität und der Attraktivität unserer Stadt. Demzufolge wird unsere Fraktion diesem Vorhaben zustimmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke vielmals, Simone. Wir sind bei den Fraktionserklärungen: Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich bin froh, dass Simone Richner das jetzt gerade erwähnt hat, das ist schon bei uns der heikle Punkt. Ich bin nicht sehr viel im PROGR gewesen, aber ich habe das Gefühl, dass das Konzept funktioniert. Ich habe grosse Bedenken, wenn man jetzt hofft, dass reine Kulturgänger das Restaurant subventionieren und herausreissen können ohne Partys. Ich habe grösste Bedenken. Wir werden diesem Kredit wahrscheinlich ohne Begeisterung grossmehrheitlich zustimmen. Aber ich halte ganz klar fest, dass wenn es dann plötzlich nicht geht und man dann plötzlich zu wenig Geld hat, müsst ihr nicht meinen, dass die SVP diesen Kredit zusprechen wird und wir ein weiteres Lokal quer subventionieren werden. Deshalb die Warnung. Das ist der Grund, wieso ich hierhin gekommen bin.

Präsidentin: Danke, Alex. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten mehr gibt, sind wir bei den Einzelvoten. Gibt es auch nicht. Dann hat Michael Aebersold für den Gemeinderat das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ja, ganz kurz. Das waren turbulente Zeiten, als der PROGR entstanden ist, das wissen viele von ihnen, die schon ein bisschen länger dabei sind. Das war ein anderes Projekt, das führte zu einer Volksabstimmung und dann wusste man nicht so genau, wohin das führt. Und heute ist, glaube ich, unbestritten, dass der PROGR eine ganz wichtige Institution von Bern ist und dass es darum auch gerechtfertigt ist den Baurechtsvertrag so zu verlängern um 50 Jahre, weil eigentlich mit dem ursprünglichen Projekt hätte man nämlich den Baurechtsvertrag auch für 80 Jahre abschliessen wollen. Man war nicht so sicher, ob die das stemmen können oder nicht. Sie haben mittlerweile bewiesen, dass sie das können. Sie wollen ja weiterhin investieren und entsprechend ist das, glaube ich, sinnvoll, wenn wir das jetzt so hier beschliessen können. Und was natürlich nett ist an dem Geschäft, das kann ich Euch garantieren, dass niemand mehr, der jetzt von euch hier drinnen sitzt, wird sich mit dem Baurecht noch irgendeinmal befassen müssen. Also das können dann die Generationen nach uns entscheiden, was nach diesen 80 Jahren passiert.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar stimmen wir über die Verlängerung des Baurechts ab.

Abstimmung Nr. 021

2023.FPI.0062

Annahme

Ja

56

Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt.

2000.GR.000608

11 I5100434, Fr. 150 000.00, Entflechtung der Verkehrsströme im oberen Hirschengraben: Machbarkeitsstudie; Nachkreditbegehren

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 11. Es geht um ein Nachkreditsbegehren und ich erteile der Kommission FIKO das Wort, und zwar Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die FIKO: Als Präsident der Finanzkommission (FIKO) habe ich heute die Ehre, hier über eine Kreditabrechnung zu berichten. Mein Votum soll über die Beratungen in der FIKO informieren, und damit mache ich es entsprechend kurz, weil auch die Beratung in der Kommission sehr kurz war. Wir haben festgestellt, dass die Prüfung durch das Finanzinspektorat keine Unregelmässigkeiten zu Tage gefördert hat und die Begründung für die Kreditüberschreitung von 190'891,10 Franken ist nachvollziehbar. Mehrkosten sind gemäss der Ziffer 4 im Bericht unvermeidbar gewesen und haben damit keine Sanktionen zur Folge. Die FIKO empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die Kreditabrechnung zur Annahme.

Präsidentin: Merci vielmals, Maurice. Besteht zu diesem Traktandum Diskussionsbedarf? Gut, ist das Geschäft bestritten? Dann nehmt Ihr es so an.

Stillschweigende Annahme

2014.TVS.000094

12 Belagwiederherstellungen nach Grabarbeiten 2020 von Energie Wasser Bern (ewb) im Stadtteil 3: Kostenanteil Stadt Bern; Ausführungskredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 12. Es ist ein Ausführungskredit. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich kann es auch recht kurz machen. Das Geschäft war in der Kommission weitestgehend unbestritten. Das Einzige, was zu diskutieren war, ist der Belag, den man also... ist der Asphalt, den man benutzt bei diesen Belagwiederherstellungsarbeiten. Es geht dort vor allem um Belagwiederherstellungsarbeiten, nachdem die EWB gewisse Leitungs- und Grabarbeiten vorgenommen hat. In der Regel werden die Geschäfte in der Gemeinderatskompetenz abgehandelt, weil sie unter 200'000 Franken sind. Hier hat es ein bisschen grössere Arbeiten im Stadtteil 3 gegeben, die man vor allem im Sandrain, in Wabern, an der Huberstrasse und Holligen-Nord ausgeführt hat und durch das, dass das schon ein bisschen ältere Strassen gewesen sind, ist der Kreditbetrag auf 376'000 Franken gekommen und fällt somit nachher nicht mehr in die Gemeinderatskompetenz. Und darum befassen wir uns jetzt hier damit, aber es gibt gar nicht gross etwas dazu

zu sagen. Die Kommission hat, wie gesagt, dem einstimmig zugestimmt und ich würde das ihnen entsprechend auch empfehlen. Merci.

Präsidentin: Merci, Janosch. Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das ist nicht der Fall. Ist das bestritten? Dann ist auch dieser Antrag des Gemeinderates angenommen.

Stillschweigende Annahme

2023.TVS.0329

13 Tiefbauamt (Dienststelle 510); Nachkredit zum Globalbudget 2023

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 13. Es ist ein Nachkredit zum Globalbudget 2023. Ich erteile wieder Janosch Weyermann für die PVS das Wort.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Auch hier ähnlich unbestritten. Es hat auch etwas zu diskutieren gegeben. Es geht hier um ein Nachkredit des Globalbudget 2023 des Tiefbauamts. Einerseits hat es Überschreitungen gegeben von 2'920'000 Franken, es hat aber auch Geld kompensiert werden können, durch das hat es sich wieder ein bisschen ausgeglichen. Also das ist eigentlich eine kleinere Überschreitung, als man angenommen hat. Mindereinnahmen hat es vor allem bei den Parkier-Gebühren von rund 2'100'000 Franken gegeben und höhere Stromkosten, die angefallen sind in der Höhe von 1'820'000 Franken. Es gibt schlussendlich einen Nachkredit von 2'300'000 Franken. Eben zu diskutieren hat eigentlich gegeben, dass einmal mehr Kosten oder Einnahmen budgetiert worden sind, obwohl man nicht genau gewusst hat, ob die überhaupt schon werden eintreffen oder ob dann die eben geltend gemacht werden können. Das hat man kritisiert und schlussendlich hat die Kommission mit 8 Ja bei 3 Enthaltungen dem Kredit zugestimmt. Und ich kann vielleicht sagen, also das ist das, was die Kommission empfiehlt, und die SVP-Fraktion wird sich dem Kredit enthalten. Merci.

Präsidentin: Merci, Janosch. Besteht Diskussionsbedarf? Nein, ist das Geschäft bestritten? Ja gut, also bestritten, nicht Diskussionsbedarf, Maurice. Okay, also in dem Fall stimmen wir ab. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 022

2023.TVS.0329

Annahme

Ja	51
Nein	0
Enthalten	10

Präsidentin: Ihr habt den Nachkredit bewilligt.

2023.SUE.0066**14 Tierpark Bern; Gesamtplanung 2023 – 2033**

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 14: Tierpark Bern Gesamtplanung 2023 bis 2033. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die RWSU: Ja, es ist wahrscheinlich ein bisschen ein emotionales Thema, heute Abend, der Tierpark. Man hat es auch in den Medien schon lesen können, diverse Male als die Strategie herausgekommen ist. Auch ist es gerade erst wieder Thema gewesen, ob man jetzt den Streichel- oder Kinderzoo oder wie auch immer es heisst, abschaffen will oder nicht. Sicher hat jeder seine Erinnerungen zu teilen bezüglich Tierparks. Jeder von uns ist schon wahrscheinlich als Kind im Tierpark gewesen. Ich auch, auch wenn ich nicht hier aufgewachsen bin. Aber ich habe sogar meine Kindheitserinnerungen, wie meine Familie aus der Ostschweiz extra auf Bern angereist ist für eben den Dählhölzli-Zoo. Und ich kann mich an einen dunklen mysteriösen Eingangsbereich erinnern. Das habe ich noch so etwas schwammig in der Erinnerung, durch den Wald durch. Und vor allem kann ich mich erinnern, wenn wir nachher mit dem Zug wieder aus Bern hinausgefahren sind, über die Brücke und ich verzweifelt hinunter geschaut habe zur Aare und den Zoo gesucht habe, weil der Zoo ja an der Aare gewesen ist, in meiner Erinnerung. Und erst 30 Jahre später, als ich dann nach Bern gezogen bin, habe ich festgestellt, dass eben die Aare eine Schlaufe in Bern macht und darum der Zoo nicht überall ist.

Gut, es ist die zweite Gesamtplanung. Wir hatten schon eine erste Gesamtplanung oder Strategie vom Dählhölzli und vom Tierpark. Das ist jetzt die zweite Gesamtplanung für die nächsten 10 Jahre. Sie ist sehr ausführlich. Ich kann nicht auf jedes Detail eingehen, aber ich empfehle allen die Strategie zu lesen. Ich empfehle vor allem allen, die sehr kritisch sind, die Strategie zu lesen. Es wird einem nämlich das eine oder andere Licht aufgehen. Projekt und Bereiche im zweiten Teil zeigen sehr schön auf und beantworten auch sehr schön die Fragen, die sich im ersten Teil stellen. Nämlich die Rolle des Tierparks in Zukunft, was soll und was darf ein Tierpark von der Zukunft sein. Und im ersten Teil wird die Ausgangslage beschrieben, rechtlich einerseits aber auch eben geografisch. Die Lage des Tierparks zwischen Aare und Wald und die Ausgangslage da stellen sich viele Fragen, die eben im zweiten Teil mit diesen Projekten und Bereichen beantwortet werden. Zum zweiten Teil und um das geht es eigentlich, der zweite Teil zeigt eben die Projekte und Bereiche auf, wo der Tierpark hinwill, wo er investieren will. Im zweiten Teil steht vor allem auch das Motto, welches gewechselt wird. Der Motto-Wechsel von "mehr Platz für weniger Tiere", zu "mehr Raum für Vielfalt". Das Motto von den letzten 10 Jahren von der ersten Strategie "mehr Platz für weniger Tiere", das ist eigentlich umgesetzt worden, kann man sagen. Jetzt im Zentrum steht die Vielfalt, mehr Raum für Vielfalt, Vielfalt im Sinne von Artenschutz, Vielfalt, aber auch für unsere Gesellschaft. Viele Bereiche erfüllen die Anforderungen der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Sie sind nur noch mangelhaft, sie sind veraltet und vor allem ineffizient, also nicht nur für die Tierhaltung, sondern eben auch für die Arbeitsplätze, Arbeitsplätze der Mitarbeitenden zum Beispiel. Garderoben, die zu klein oder gar nicht vorhanden sind, Bildungsräume, die es nicht gibt. Es gibt genau einen Raum im ganzen Tierpark, der ist sehr klein, sehr schlecht belüftet. Also mehr Platz auch für Bildung, für Schulklassen, dass man da die Vielfalt auch Schulen näherbringen kann. Lagerung ist auch so etwas, die Lagerung ist nicht wirtschaftlich, sie kann momentan nicht wirtschaftlich betrieben werden. Hier bringt die Modernisierung auch automatisch einen

ökonomischeren, also ein wirtschaftlicher Fortschritt. Die Verkehrswege: Auch die Verkehrswege in- und ausserhalb des Tierparks sind nicht mehr modern. Sie sind sperrig, man muss teilweise durch den Tierpark durch fahren für die Lagerung beispielsweise oder in die Metzgerei. Was auch teilweise sehr unschön ist, eben wenn man mit toten Tierkadavern quer durch den Tierpark fahren muss. Und dann eben auch noch der Niveauunterschied ist schon sehr lange Thema im Tierpark und auch hier will man eben mit einem grossen Projekt Abhilfe schaffen. Das ist die Ausgangslage. Das sind die Probleme und die Herausforderungen, mit denen der Tierpark seit Jahren zu kämpfen hat. Man hat auch immer investiert ganz klar. Wir wissen alle, die neuen Gehege entlang der Aare wurden in den letzten Jahren aufgezogen.

Jetzt hier geht es wirklich um die Infrastruktur, wie der Tierpark modern arbeiten kann und wie er auch ein moderner Arbeitgeber sein kann. Deshalb werden in der Gesamtplanung ganz viele Projekte aufgezeigt. Einerseits der Haupteingang mit dem Lift, der Lift ist ganz wichtig. Ich habe es vorhin angesprochen, die Niveauunterschiede vom Terrain. Die Inklusion, dass auch Menschen mit Behinderungen und Gehbehinderungen besseren Zugang zum Tierpark haben. Der Inklusion wird ein ganzes Kapitel gewidmet. Zusammen mit dem Lift, gibt es ein Aare-Artenschutzzentrum und das ist jetzt ganz wichtig, das Aare-Artenschutzzentrum, das ist ein absolutes Novum in der Schweiz. Wir alle lieben die Aare, wir schwimmen – die meisten von uns im Sommer manchmal auch im Winter – in der Aare. Wir haben aber eigentlich keine Ahnung, was alles dort drin lebt. Unser Tierpark befindet sich direkt an der Aare. Es ist also nicht abwegig, dass man hier ein Aare-Artenschutzzentrum aufbauen will, inklusive Dalmazibach. Vielen von Euch ist wahrscheinlich gar nicht bewusst, dass es einen Dalmazibach gibt, der zwischen dem Tierpark und Aare durchfliesst. Den will man herausheben und das gibt einen wunderbaren neuen Lebensraum oder auch Schulungsraum eben auch für Kinder. Es gibt mehr Biodiversität und wer soll sich genau der Biodiversität widmen, wenn nicht ein Tierpark. Es ist ein neues Ökonomiegebäude geplant zusammen mit einem Verwaltungsgebäude und einem Europahaus. Die Gebäude oder Infrastrukturen sind alle verzettelt momentan, die sind verteilt, auch der Werkhof, die sind nicht praktisch, um wirtschaftlich zu arbeiten. Es ist ein Europahaus geplant: Ein Europahaus – jetzt hier wieder mit Blick auf die Tierwelt –, denn in einem Europahaus sollen seltene oder gefährdete Tiere von Europa gehalten und gezüchtet werden. Wie kann man seltene Tiere schützen, nämlich durch Zucht. Zucht ist ein essenzieller Teil von dieser Strategie, darum eben auch mehr Raum für Vielfalt. Also diese Vielfalt das ist ein Ziel des Tierparks, das man sich für die nächsten 10 Jahre auf die Fahne schreibt. Die Vielfalt erhalten und das geht eben nur durch eine tierparkeigene Zucht.

Noch zu Details am Rande: Auch die Tierfutterzucht, also Tiere zu züchten und zu verfüttern, auch das wird in dieser Tierstrategie geplant. Die Tiere ernähren sich teilweise von anderen Tieren. Es ist Fakt, es ist auch ein Teil, von dem was man lernen kann im Zoo bzw. im Tierpark und heute wird sehr viel nicht selbst hergestellt. Also sehr viel Futter muss importiert und gekauft werden. Das soll in Zukunft auch selbst hergestellt werden. Ein Teil zur Nachhaltigkeit soll hier beigetragen werden. Weitere Projekte sind die Waldwipfel-Pfad und verschiedene Tiergehege. Einerseits werden sie saniert, wie zum Beispiel von den Seerobben – Nein, das ist wohl nicht der richtige Begriff, aber wir wissen alle, welche Tiere das ich meine –, eine Freiflugvoliere wird geplant und weitere Tiergehege. Alles in allem zusammenfassend kann man sagen, dass man den Tierpark mit dieser Gesamtstrategie modernisieren möchte. Er möchte einerseits modern sein und andererseits eben auch eine Vorbildfunktion übernehmen. Er möchte Antworten auf die Fragen der Zukunft liefern. Man möchte möglichst viele Menschen sensibilisieren, sich für die Anliegen der Natur und somit für die Zukunft der

Menschheit zu engagieren. Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, ältere Leute, die alle sollen einen einfacheren Zugang erhalten zum Tierpark. Um sich diesen Themen gewissenhaft widmen zu können und sie umsetzen zu können, muss sich der Tierpark in allen Bereichen den Herausforderungen der Zeit stellen. Er muss sich sozusagen verändern und wer sich jetzt fragt, wer das alles bezahlen soll, der findet auch auf das Antworten.

Es gibt ein ganzes Kapitel auch wieder dazu, zum Thema Finanzen und da muss man klar festhalten, die Tieranlagen müssen gemäss Tierpark-Reglement zu 100% durch Drittmittel finanziert werden. Wenn der Tierpark neue Tieranlagen bauen möchte, muss er das selbst stemmen. Es geht um Infrastrukturanlagen, die von der Stadt Bern mitfinanziert werden. Die Tiere gehören zum Tierpark und zur Infrastruktur. Da kommen wir wieder zum Zug. Wenn es uns betrifft, wenn die Stadt dafür zuständig ist, kommen wir auch hier wieder. In dem Stadtrat werden wir darüber abstimmen, also über die Gesamtstrategie. Die Gesamtplanung heisst nicht, dass wir hier eine ganze Bauordnung oder ein Bauprogramm durchwinken, sondern wir werden die einzelnen Projekte, die ab Seite 99 aufgelistet sind, wieder einmal hier als Kredit, wenn wir dann zuständig sind, behandeln. Auch zum Klima gibt es selbstverständlich ein eigenes Kapitel. Der Tierpark wird modern und eine wissenschaftlich basierte Tierhaltung halten, und deshalb gehört auch das Klima dazu. Die Umsetzung des Klimareglements der Stadt Bern wird sehr grossgeschrieben und sehr ernstgenommen in dieser Gesamtplanung. Abschliessend kann man sagen, dass die Gesamtplanung für die nächsten 10 Jahre sehr umfangreich und ambitiös ist, aber man muss auch ganz klar festhalten, trotz dem Sturm der Entrüstung, den man in den Medien lesen konnte, sie ist etwas Positives. Die Gesamtplanung schafft unglaublich viel Neues. Sie schafft unglaublich viel Modernes und in die Zukunft Gerichtetes. Sie hat sehr viele hehre Absichten und eben es setzt sich ambitionöse Ziele. Die grösste Herausforderung von dieser Gesamtplanung wird die Kommunikation sein, gegenüber sage ich einmal den konservativen Besuchern von einem Tierpark, aber man wird gerüstet sein für die Zukunft. Und ich hoffe, Ihr seht das alle auch so in diesem Stadtrat und stimmt dieser Gesamtplanung zu. Besten Dank.

Ah genau, ich wollte noch schnell aus der Kommission berichten. Wir haben das sehr ausführlich diskutiert in der Kommission. Es hat auch sehr viele Fragen gegeben. Die Fragen, die sind alle beantwortet worden. Wir haben ein sehr gutes Gespräch gehabt, kann ich aus der Kommission berichten. Es hat eigentlich keine Totalopposition gegeben und deshalb kann ich euch bei gutem Gewissen, die Gesamtplanung ans Herz legen, um sie positiv zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Sibyl. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich muss zuerst einfach etwas sagen über meine Interessensbindung: Ich bin Anwohner, ich wohne ganz in der Nähe des Tierparks. Ich war als kleiner Junge viel dort. Ich bin Mitglied der Quartierkommission und ich bin überrascht, das vorhin gesagt worden ist, dass die Kommunikation wichtig war. Zuerst muss ich sagen – ich bin Delegierter der Quartierkommission – wir haben das aus den Medien erfahren. Ich weiss, ihr habt den Antrag vorher abgelehnt. Ihr wisst, dass die Stadt sagt, eine Stadt der Beteiligungen. Man sollte die Leute abholen. Unsere Quartierkommission hat sich das als Schwerpunktthema gesetzt in dem Jahr 2024. Wir werden nachher, wenn ihr dem Konzept zustimmt, können wir das einfach höchstens noch abnickend zur Kenntnis nehmen. Das, zur Stadt der Beteiligung. Zweiter Punkt: Das Personal hat das ebenfalls aus den Medien erfahren. Auch da bin ich der Meinung,

dass in der heutigen Zeit das ein falsches Kommunikationsverhalten ist. Einfach das sind meine Vorbemerkungen. Der Tierpark ist etwas sehr Wichtiges. Wir sind hier nicht ein Konservativer, der alles verhindern will, aber ihr müsst auch die Vorgeschichte wissen. Wir haben die Wisentanlage ausgebaut. Wir sind immer weiter in den Tierpark, man hat oben den Ropetech (Seilpark) beim Thunplatz gemacht, der Dählhölzli-Wald hat auch eine Schutz- und Erholungsfunktion.

Jetzt komme ich zu diesen Planungserklärungen. Uns ist leider völlig bewusst, dass der Gemeinderat, selbst wenn wir sie annehmen, kann er dann immer noch machen, was er will. Aber ich muss ganz klar sagen, ihr habt die Petition gesehen, die läuft, die läuft sehr gut und ihr werdet rechtlich, erhebliche Probleme haben, wenn ihr jetzt den Tierpark, das ambitionöse Projekt, so bauen wollt. Ich zeige euch jetzt als Jurist auf, wo ihr überall Probleme haben werdet und mir geht es darum, dass man eigentlich zurück an den Start gehen würde, dass man hier mit der betroffenen Bevölkerung etwas erarbeiten würde. Ich weiss auch... ich gehe auch an diese Führung, da nehme ich teil am 22. Februar. Ich habe mich angemeldet, aber ihr seht schon, man kann es nur noch abnicken. Das Quartier: Gerade ihr von der Linken, die immer sagt, wie wichtig die Einbindung von unten nach oben ist, hier macht ihr das Gegenteil. Ich bin mit meinem Ordnungsantrag gescheitert, aber ich hoffe, es mit den Planungserklärungen durchzubringen. Ihr seht die Anträge, ich werde mich vor allem auf das beschränken, was ich kritisiere, und da seht ihr, wir wollen, dass der Streichelzoo beibehalten wird, und zwar ist es wichtig, dass es genügend Rückzugsräume gibt. Ich bin mit meiner Tochter viel dort und die Ziegen haben einen Rückzugsraum und wenn ihr am Morgen da seid, dann sind die Ziegen immer wieder da und wenn es ihnen verleidet, dann gehen sie hinten in den kleinen Berg, wo die Besucher nicht hingehen können. Das ist entscheidend für das Tierwohl. Und nachher haben wir nicht vor allzu langer Zeit, ihr erinnert euch, ich war Referent gewesen, haben wir beschlossen den Spielplatz – das ist ein sogenannter Stadtspielplatz – grossartig auszubauen. Haben wir gemacht, der ist schön, der wird jetzt wahrscheinlich dann auch verschwinden müssen, weil man ein neues Aare Artenschutzzentrum machen und dort den Eingang machen will. Man hat es erst letzthin gemacht. Für mich ist wichtig, dass man eben den Streichelzoo auch kindergerecht betreibt, und dass der Perimeter für den Kinderspielplatz unten beim Tierpark und beim Streichelzoo mindestens gleichgross ist wie bisher, also nicht kleiner, sondern eher grösser. Und da ist etwas auch wichtig für das Quartier, dass der Zugang weiterhin – in Richtung Vivarium – kostenlos gemacht werden kann. Nicht, dass der Perimeter des Tierparks ausgedehnt wird und man nachher zahlen muss. Auch die Erweiterung des Tierparks darf nicht dazu führen, auch vom neuen Gebäude, dass der Betrieb des Streichelzoos und des Spielplatzes beeinträchtigt wird. Und es darf auch nicht dazu führen, dass der Perimeter der Ka-We-De verringert wird, das habe ich nämlich festgestellt. Auch gegen die Ka-We-De ist man bei diesen Plätzen vor ein paar Jahren oder fast seit Jahrzehnten schon weiter heraus gegangen. Das sind für mich ganz wichtige Perimeter, die ihr eben seht, was wir wollen und das Aare Artenschutzzentrum ist doch kein Ersatz für den Kontakt der Kinder zu den Tieren. Ihr könnt doch nicht mit meiner kleinen Tochter 3- oder 4-mal pro Monat das Aare Artenschutzzentrum anschauen gehen oder der Baumwipfelpfad, meine Damen und Herren, ihr habt am Thunplatz, habt ihr das Ropetech, da kann man dafür oder dagegen sein. Aber jetzt brauchen wir keinen weiteren Baumwipfelpfad, der nochmals die Schutzfunktion des Walds beeinträchtigt.

Wir haben nachher eine weitere Planungserklärung, das ist die Planungserklärung 3, wo wir verlangen, dass der aufwendig, sanierte Spielplatz ebenfalls in seinem bisherigen Perimeter beizubehalten ist. Der muss ebenfalls erhalten bleiben. Nachher die Planungserklärung 4: Das scheint mir eben auch wichtig, dass die Wege hinauf, sei es der

Wildererweg, sei es der Weg von den Wildschweinen – komme dann auf den Weg später zurück – und dort von der Aare hinauf Richtung Thormannstrasse, dass die weiterhin kostenlos sind. Ich hoffe, dass ich auch von den Linken und den Grünen Unterstützung bekomme, dass man nicht plötzlich für einen Sonntagsspaziergang zwangsweise einen Eintritt zahlen muss. Lest bitte den Antrag. Ihr seht aber nachher auch die Planungserklärung 6: Jetzt hat man nämlich den Weg neu angepasst, vom Wildschweingehege herauf. Früher hatte er viele Serpentine gehabt, jetzt hat man die weggenommen. Jetzt ist er sehr steil und ich muss sagen, wenn ein Kinderwagen losgeht oder was auch immer, mit dem Rollstuhl kommt ihr nicht dort hinauf. Jetzt gibt es 2 Varianten: Man kann sagen, die Leute sollen dort gar nicht durchgehen, die sollen an einem anderen Ort durchgehen. Aber wenn ihr den Umweg macht, ist der Weg für mich unzumutbar. Ich bin der Meinung, den muss man unbedingt neu anlegen, der ist weder kindergerecht, noch ist er behindertengerecht, den muss man anpassen. Auch der Antrag 7: Ihr seht, es dürfen keine neuen Bereiche im Dählhölzliwald, die bis dahin der Öffentlichkeit gratis zur Verfügung gestellt werden, neu an die Kosten- und Eintrittspflicht unterstellt werden. Der Wald ist kostenlos. Ich verweise euch,... Der Zugang soll offen sein, ich verweise euch auf die Bestimmungen im ZGB. Eine weitere Ausdehnung des Dählhölzliwaldes, so wie es vorgesehen ist, darf nicht erfolgen und auch die Erholungs- und Schutzfunktion von diesem Dählhölzliwald darf durch einen Ausbau des Tierparks nicht weiter beeinträchtigt werden. Die nächste Planungserklärung, da habe ich noch ein bisschen präzisiert, dass sie nicht beeinträchtigt werden darf, höchstens geringfügig beeinträchtigt werden und nur dann, wenn die Einschränkungen mit übergeordnetem Recht klar vereinbar sind. Und ich sage euch hier der Tierpark – wir haben grosse Angst –, dass so wie geplant wird, man plant an der Bevölkerung vorbei, man will jetzt etwas durchsetzen, läuft das schief. Der Tierpark ist ein wunderschönes Gebiet. Man soll sich erholen können. Es soll Bereiche haben, die gratis sind, aber so, wie das ausgedehnt wird, dass zeige ich euch jetzt, so habe ich es euch zu Beginn meines Vortrags versprochen. Es ist im Aaretal-Schutzgebiet und ihr könnt nicht meinen, dass ihr das Aare Artenschutzzentrum nachher gerade neben dem Wegrand stellen könnt. Ihr habt Abstandsvorschriften und ich weise noch daraufhin hin, ihr habt das auf dem Flussufer hinaufgesetzt.

Ihr müsst also weiterhin den Weg gehen können, unten bei den Gämsen, danach kommen die Steinböcke und die Bezoar-Ziegen, zuerst sind noch die Wasservögel, ihr dürft nicht plötzlich Eintritt verlangen. Das sind alles Perimeter, die ihr beachten müsst. Und ich habe schwer das Gefühl,... Denkt einfach daran an die Zeit, in der ihr Kinder wart, ihr habt hier die Chance, diesen Kontakt zu haben, die Tiere haben eine Rückzugsmöglichkeit. Das ist in der Presse gross kolportiert worden, dass man zum Bauernhof in der Elfenau gehen kann. Ihr seht, die kleinen Anfragen, die ich eingereicht habe, dort hat man es ganz klar ausgeschlossen. Dort gibt es keinen Streichelzoo, das stimmt nicht, das ist nicht vorgesehen. Bei der Ausschreibung ist das auch nicht vorgesehen. Ihr zerstört hier den Kleinen alles und es gehört auch zum Bildungsauftrag, dass die Kinder und die Erwachsenen dort unten den Kontakt mit dem Tier haben können. Da sage ich, dass wahrscheinlich dort das Meerschweinchen oder das Zwergkaninchen in der Kartonkiste in der Wohnung, dann bedeutend mehr gefährdet ist als die Ziegen, die sich zurückziehen können und es ist eine bewährte Sache. Man hat da so eine schöne Sache, man hat sogar den Tierpark noch ausgebaut, das heisst den Spielplatz und jetzt sagt man plötzlich wegen dem Auto-, Fuss- und Zulieferungsverkehr, man müsste das aufheben. Ja, bitte, die Parkplätze sind weg und jetzt sagt man plötzlich, das soll dann nicht mehr gehen. Das sind für mich alles nur Vorwände, um den Streichelzoo kaputt zu machen und ich habe dann das Gefühl der Insektenpark mit Lurchen, da habe ich

grosse Zweifel, ob bereits das Interesse der Kinder da ist. Ich sehe durchaus die Chancen, dass man da etwas machen kann, aber die Kinder wollen etwas in der Hand haben, die wollen etwas streicheln können, die wollen Kontakt zum Tier. Das Personal hat das immer sehr gut gemacht, über die Wünsche hat man sich auch hinweggesetzt. Und ich sage euch, wenn ihr dann dort den Hang hinauf machen wollt und bauen, dann müsst ihr eine Planungsänderung machen mit Zonenplanänderung. Es gibt Abstimmungen. Ihr habt gesehen im Kirchenfeld-Schulhaus, wie lange, dass gehen kann. Ich gehe davon aus, das wird dann eine neue Direktion sein, die den Tierpark einreihen kann. Ich bin der Meinung, die bewährte Sache sollten wir behalten. Deshalb ist für uns ganz klar – ihr habt unsere Planungserklärungen gesehen –, wenn diese gutgeheissen werden, können wir auch dem Konzept zustimmen, und sonst nehmen wir das Konzept negativ zur Kenntnis. Ich hätte es am liebsten zurückgewiesen, rechtlich juristisch nicht möglich. Und ich höre dort auf, wo ich angefangen habe, die Kommunikation, in der man das Quartier abgeschnitten hat, wo man nicht mitwirken kann, das rächt sich jetzt und das Konzept so wie es ist, das kommt nicht gut. Die Kinder haben Anspruch darauf und die SVP wird dafür kämpfen und ist auch bereit, hier eine Initiative zu starten. Merci.

Präsidentin: Danke, Alex. Es war eine Punktlandung. Als nächstes kommt Michael Hoekstra von der GLP/JGLP-Fraktion.

Michael Hoekstra (GLP) für Fraktion: Merci vielmal, vielleicht noch eine kleine Korrektur zu meinem Vorredner: Den Tierpark-Direktor gibt es seit 3 Jahren nicht mehr. Wir begrüssen darum ganz herzlich in unserem Saal die Frau Tierpark-Direktorin. Die GLP/JGLP-Fraktion begrüsst die langfristige geplante Auslegung von diesen 10 Jahren. Wir finden, das ist ein wichtiger Schritt und es ist ein wichtiges Dokument, das den Grundstein legt, wo soll der Tierpark in Zukunft hingehen. Es stellt sicher, dass der Betrieb funktioniert über die nächsten nicht nur 10 Jahre, sondern wie gesagt, dass ist ein Grundstein, damit das in den nächsten Jahrzehnten auch kann weitergetrieben werden. Und es ist aber auch wichtig, weil der Betrieb angepasst werden muss, damit auch der Besuchermagnet, den wir heutzutage haben, auch weiterhin attraktiv und ein Besuchermagnet bleibt. Einerseits werden bewährte Konzepte, wir haben es gehört, "mehr Raum für Vielfalt" konsequent weitergeführt. Andererseits wird auch inhaltlich weiter neue Akzente gesetzt, indem man zum Beispiel die Förderung der Biodiversität auf dem Perimeter fördert und der regionalen Natur- und Artenschutzförderung mehr Gewicht gibt. Das Erlebnis und die Unterhaltung sollen nicht zu kurz kommen, aber es wird mit einem klaren Bildungsauftrag gekoppelt und das kann man, glaube ich, nur unterstützen. Wir begrüssen, dass die Planung sich aber auch nicht einfach mit der Scheuklappe auf das Tierpark Dählhölzli fokussiert. Es ist ausgelegt worden, man hat die gesamtgesellschaftliche Betrachtung gemacht. Man hat Besucherströme angeschaut und ich glaube auch dort in Anbetracht, dass man berücksichtigt hat, wie der ÖV künftig... wie die Leute anreisen und wieder abreisen sollen. Das wird alles mitberücksichtigt und es ist eine sehr gesamtgesellschaftlich langfristige Planung. Weiterhin wird aufgezeigt, und das ist mir wichtig, dass das hier einmal auftritt, dass die bestehende Infrastruktur höchst sanierungsbedürftig ist und der Anforderung eines ordentlichen Betriebs langfristig nicht mehr gerecht werden kann. Die Sanierung und der Umbau, sie sind in der Vergangenheit auf Kosten von Leuchtturmprojekten und Luftschlössern eigentlich vernachlässigt worden und es ist darum richtig, dass in den letzten 1 bis 2 Jahren das Ganze angegangen worden ist. Man hat dort schon massiv investiert und es wurde jetzt auch aufgezeigt, dass das auch weiter nötig sein wird. Die gewachsenen Besucherzahlen, die herrschen oder die passiert sind und das ist eine gute Sache, machen es notwendig,

dass man die Infrastruktur anpasst, langfristig komplett neu organisiert und die Logistik anpassen kann. Das Ziel ist, dass die Bauten so aufgestellt werden, dass der Betrieb und die Logistik eben können entflichtet werden zu den Besuchern strömen und das der ordentliche Betrieb langfristig, eben nicht nur über die 10 Jahre, sondern auch über das hinaus für die nächsten Jahrzehnte sichergestellt und optimiert werden. Die geplanten Kosten und sie haben das gesehen, die da auf die Stadt Bern zukommen, sind enorm. Sie sind aber leider ein klassisches Beispiel aus unserer Sicht von einem Investitionsstau, das einfach nicht transparent aufgezeigt worden ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sie mit dieser Planung, dargestellt wird, wo überall Kosten anfallen werden und man das irgendwo in einen Zeithorizont einbettet. Fazit: Wir begrüßen als GLP/JGLP-Fraktion die Gesamtplanung und sind überzeugt, dass mit dieser Stossrichtung der Tierpark Dählhölzli sicherstellen kann, in Zukunft ein Ausflugshotspot zu bleiben für die Stadt Bern. Ich komme noch zu den Anträgen. Wir werden den Antrag 1 von der Mitte unterstützen. Schlichtweg müssen wir akzeptieren, dass der Kinderzoo in dieser Form durch den Tierpark-Dählhölzli nicht mehr weitergeführt werden soll. Wir finden es aber mindestens prüfenswert, ob auf städtischem Boden kein anderer privater, landwirtschaftlicher Betrieb das offensichtliche städtische Bedürfnis zum Streicheln von Tieren weiterführen möchte. Wir unterstützen auch den Antrag Nummer 3, weil wir finden, dass die Investitionen, wenn man kürzlich saniert hat, sprich der Spielplatz, nicht einfach vor der Amortisationstour sollen abgeschrieben werden, sprich Wert vernichtet wird. Alle anderen Anträge lehnen wir ab. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann kommt Simone Richner von der FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Ich freue mich sehr, dass wir heute gleich über das Thema reden, welches in unserer Stadtbevölkerung weitreichende Beachtung findet, nämlich die zukunftsfähige Entwicklung von unserem Tierpark. Die Gesamtplanung zeigt meines Erachtens ein klares Bekenntnis zur Modernität, Bildung und zum Naturschutz. Die Umorientierung auf mehr Raum für Vielfalt finde ich, ist ein notwendiger Schritt, um sowohl die Artenvielfalt als auch das soziale miteinander zu fördern. Das umfasst richtigerweise nicht nur die Tierwelt, sondern bezieht sich auch auf die Bereicherung unserer Gesellschaft und einem inklusiven Bildungsangebot. Die Strategie, das heisst der Fokus auf die regionale Biodiversität und den Artenschutz zu legen und das unterstreicht richtigerweise die Bedeutung der heimischen Natur und stärkt das Bewusstsein für unser unmittelbares Ökosystem. Und auch die finanzielle Nachhaltigkeit und ökologische Betriebsführung stehen im Einklang mit unseren städtischen Zielen und sind erfreulicherweise integraler Bestandteil der Gesamtplanung. Vielen Dank an dieser Stelle an die FDP-Fraktion. Zum Schluss möchte ich jetzt auch noch auf den Streichelzoo zu sprechen kommen. Als Mutter von einem Kleinkind weiss ich, wie wichtig der Kontakt mit Tieren für die Entwicklung unserer Kinder ist. Ich bin selber auch Inhaberin eines Abonnements. Wir begrüßen den Vorschlag, den Bereich des Tierparks neu zu denken und zu gestalten, um die Vermittlung der Bedeutung der Artenvielfalt zu intensivieren. Die FDP/JF-Fraktion wird die Gesamtplanung grossmehrheitlich annehmen. Wir unterstützen den Antrag der Mitte, weil die Wichtigkeit von Tierkontakt insbesondere für die Stadtkinder betont wird. Gleichzeitig lehnen wir aber alle anderen Anträge ab, weil wir der Meinung sind, dass diese Forderungen mehrheitlich durch die vorgelegten Konzepte schon abgedeckt sind. Wir danken dem Tierpark an dieser Stelle für ihren innovativen, wertvollen Ansätzen. Danke vielmals für ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Simone. Für die Mitte-Fraktion, Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Besten Dank, ich bin es nochmal. Ich mache noch schnell das Fraktionsvotum. Ja, wir sagen ganz klar, wir von der Mitte-Fraktion, sagen ganz klar Ja zu dieser Gesamtplanung. 3/4 von unserer Fraktion ist auch an der Führung der Tierpark-Direktorin gewesen. Es gibt mehrere Führungen. Wir haben unsere schon gehabt und dort ist uns sehr eindrücklich der Sanierungsbedarf aufgezeigt worden: Zu kleiner Platz, kaputte Infrastruktur, kaputte Rohre, offene Baustellen, ein halber Bunker, in dem noch Erde drin ist, tote Tiere, die irgendwo herumliegen. Das ist allerhöchste Zeit, um eben auch einmal die Infrastruktur und nicht nur die Tiergehege zu sanieren. Wir von der Mitte sind ganz klar der Ansicht, dass es nicht Aufgabe ist, von der Politik am Tierpark vorzuschreiben, wo, welche Tiere, wie sollen gehalten werden, also das wie schon. Aber wir wollen nicht dem Tierpark reinreden, wo jetzt eben oder ob jetzt der Esel dort stehen soll, wo er steht oder nicht. Wir sehen aber, dass gerade bei diesem umstrittenen Kinderzoo – es ist eben kein Streichelzoo, sondern es ist ein Kinderzoo –, dass es nicht mehr tiergerecht ist, wie die Tiere gehalten werden. Das ist die Südlage. Es scheint den ganzen Tag die Sonne dort hin und Tiere wollen eigentlich einen Schatten und genau dann, wenn sie Schatten hätten, müssen sie in den Stall, der die Sonne den ganzen Tag aufgeheizt hat. Also rein,....

Die Präsidentin bittet um etwas Ruhe.

Sibyl Eigenmann (Mitte) setzt ihr Votum fort: Also rein klimatisch ist die Lage dort, wo den Kinderzoo ist, nicht mehr tragbar für die Tiere. Und einfach noch einmal der Hinweis, es kann genau eine Tierart gestreichelt werden, die anderen stehen im Abstand von 1 bis 2 Meter vom Gehege entfernt, weil sie eben wirklich nicht gestreichelt werden wollen. Deshalb haben wir die Planungserklärung eingereicht, die sagt, wir anerkennen den Bedarf der Bevölkerung und schliesslich sind wir hier drin alle Volksvertreterinnen und Volksvertreter und es gibt den Bedarf, dass man irgendwo so etwas wie ein Kinderzoo hält. Wir sagen aber auch ganz klar, es ist nicht die Aufgabe eben von der Politik zu sagen, dass der Tierpark jetzt genau dort muss, ein Kinderzoo halten, sondern wir geben den Auftrag am Gemeinderat zusammen, in Zusammenarbeit mit dem Tierpark einen alternativen Standort zu finden. Es heisst weder, dass die Stadt den Standort betreiben muss, noch den Tierpark, sondern da sind wir offen. Das lässt unser Antrag oder unsere Planungserklärung offen. Möchten noch schnell auf Alex Feuz eingehen: Wir werden alle eure Anträge ablehnen, weil sie eigentlich schon in der Gesamtplanung integriert sind. Also der Tierpark bleibt zu einem Drittel kostenlos. 1/3 von allen Tieren kann man kostenlos nach wie vor besuchen. Die Abstände und die Perimeter natürlich werden eingehalten. Wie soll es denn genau anders gehen? Es wird nach wie vor ein sehr grosser Wert auf das Erlebnis und die Erholung der Besucher und Besucherinnen gelegt. Und ich möchte noch einmal betonen, dass das Aare Artenschutzzentrum ist ein veritabler Ersatz des Kinderzoos an genau diesem Standort. Das gibt es nirgends in der Schweiz, dass man so einen Zugang hat zum Leben, zum Lebensraum der Aare, wie das, was man jetzt plant. Und ich weiss nicht, wo genau der Unterschied ist zwischen Geissen streicheln und Frösche und Lurche, denn beides sind einheimische Tiere. Zum einen hat man einen Bezug, zum anderen noch ganz und gar nicht und genau dort möchte der Tierpark ansetzen. Er möchte einen Bezug schaffen auch für unsere Kinder, zu Fröschen, Fische, Lurchen, etc. Das hat sich der Tierpark gut überlegt und dem stimmen wir zu.

Präsidentin: Merci, Sibyl. Für die GB/JA!-Fraktion, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir haben die Gesamtplanung 2023-2033 in unserer Fraktion sehr positiv aufgenommen. Was uns gefällt an dieser Planung ist der gesamtheitliche Blick auf Raum, Natur und Lebewesen, die sie bietet und dass der Fokus da dabei auf der Biodiversität liegt. Schon der Slogan-Wechsel von "mehr Platz für weniger Tiere" zu "mehr Raum für Vielfalt" zeigt für uns auf, was der Tierpark in den letzten Jahren für eine Entwicklung durchgemacht hat. Das Verständnis, was ein Tierpark im Jahr 2024 und in den kommenden Jahren soll sein und bieten soll, ist moderner und nachhaltiger als in der letzten Gesamtstrategie und das gefällt uns gut. Wir finden es schade, dass die Schliessung des Kinderzoos das Einzige ist, was in den Medien zu reden gegeben hat, weil es noch sehr viel mehr spannende Aspekte in dieser Gesamtplanung gibt. Wir finden in der Fraktion Zoos und Tierparks nicht grundsätzlich unproblematisch, und die Debatte wird seit Jahrzehnten und Jahrhunderten von Ethiker*innen und Biolog*innen geführt, ob es zeitgemäss ist, Tiere in Gehege zu halten und anzuschauen. Wir finden, das ist eine wichtige Debatte und finden es wichtig, dass man sie weiterführt, aber um diese Frage geht es heute hier nicht. Und bei der Frage, nämlich um die Gesamtplanung, die wir heute hier besprechen, sind wir uns einig, nämlich wenn es einen Zoo in der Stadt Bern geben soll, soll es ja solche geben, wie in der Vision der aktuellen Gesamtplanung dargelegt wird, denn das Hauptargument von Zoobefürworter*innen ist ja, dass Zoos da sind, damit Kind und Erwachsene Empathie mit Tieren und der Natur lernen und das ist für uns auch ein sehr wichtiges Argument. Empathie bedeutet für uns aber mehr als eine schwimmende Nutria zu beobachten oder ein kauendes Pony. Empathie entwickeln, heisst für uns die Zusammenhänge zu erkennen, wie man die Lebensgrundlage dieser schwimmenden oder kauenden Lebewesen sichern kann und was wir selber dazu beitragen können. Deshalb begrüssen wir die Klimaschutz und Artenschutzmassnahmen in der Planung sehr. Wir finden es super, dass der Tierpark seinen pädagogischen Auftrag in Zukunft noch stärker und mit dem Fokus auf die Sensibilisierung wahrnehmen will. Und wir befürworten dabei auch stärkere Kooperationen mit anderen Institutionen, die Umweltbildung im Blick haben oder schon machen, wie zum Beispiel das naturhistorische Museum oder den botanischen Garten. Mit der Kritik der rechten Ratshälften an der Gesamtplanung, wonach der Kinderzoo geschlossen werden soll, können wir wenig anfangen. Für uns sind die Argumente des Tierparks sehr nachvollziehbar, dass nämlich der Streichelzoo so wirklich nicht mehr zeitgemäss ist, weil die Tiere nicht selber wählen können, ob sie drinnen oder draussen ihre Nächte verbringen wollen und auch weil sie nicht genug Schattenplätze haben, die sie an Hitzetage aufsuchen können. Wir haben heute Abend hier schon ein paar emotionale Erinnerungen gehört, die Stadtratsmitglieder an den Tierpark haben. Natürlich haben wir die auch und es ist schön, dass der Tierpark so positive Erinnerungen weckt. Aber der nostalgische Aspekt kann ja nicht ein Argument sein, dass man den Kinderzoo nachher auf ewig weiter bewahren will, weil man die Erinnerungen hat, weil es mit dem Argument nirgends eine Veränderung und Entwicklung gäbe, und das ist nicht in unserem Sinn so. Uns gefällt die Idee aus der Gesamtplanung, dass dort an der Aare ein Artenschutzzentrum entstehen soll und wir sind jetzt schon gespannt auf die Umsetzung. Auch die praktischen Argumente aus der Gesamtplanung finden wir sehr schlüssig, dass nämlich der Zugang zum Ökonomiegebäude einfacher zugänglich sein soll, dass das Stadtberner Personal nicht in improvisierten Gartenroben umziehen oder in improvisierten Werkstätten arbeiten muss. Und auch das Argument der Zugänglichkeit mit einem Lift und dem Eingang unten leuchtet uns wirklich sehr ein. Wir haben das Gefühl, dass auch die nächsten Generationen in dem neuen Aare-Zentrum können

emotionale Erfahrungen machen und wahrscheinlich auch in 50 Jahren auf gar keinen Fall wollen, dass das geschlossen wird. Darum lassen wir einfach Altes los und lassen uns auf das Neue ein. Wir danken dem Tierpark-Team für die Ausarbeitung dieser spannenden Planung und viel Erfolg bei der Umsetzung. Und die Anträge der SVP und der Mitte lehnen wir alle ab.

Präsidentin: Danke, Seraphine. Für die SP/JUSO-Fraktion, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Wir diskutieren die 10 Jahre-Strategie des gesamten Tierparks Bern. Für das liegt uns die 110-Seitige Gesamtplanung vor und die blättert sich und liest sich so leicht durch wie ein "Geonatur". Die Strategie hat ganz viele verschiedene, wichtige und visionäre Schwerpunkte sowie barrierefreie Erreichbarkeit, zeitgemässe Arbeitsplätze, Förderung von der ökologischen Infrastruktur, Erhöhung der Beliebtheit des Tierparks, Attraktivitätssteigerung des Bärenparks, Effizienzsteigerung des Betriebs, dass der Tierpark eine Netto 0 Investition-Institution wird. Und als erstes werden genannt, Natur- und Artenschutz, sehr gute Tierhaltung und Naturbildungsstätte. Um ein paar erreichte Meilensteine zu nennen: 2015 Durchführung der ersten Dream Night für schwerbehinderte Kinder und ihre Familien. 2018 Einführung der Stelle des Betriebs eigenen Tierarzt. 2021 die Auswilderung von 2 Wisenten nach Aserbaidschan. 2022 Bau des ersten Käfertreffs im Tierpark und gleichzeitig ein Rekord-Besucherzahl von 326'536 Personen. Für mich ist die Strategie das professionellste und wissenschaftlichste Geschäft, das ich in den letzten zweieinhalb Jahren in diesem Rat gesehen habe und ich würde mein Votum deshalb hier eigentlich sehr gerne beenden, wenn nicht die recht reiche monothematische Kritik wäre, womit wir natürlich beim Streichelzoo gelandet sind. Es ist jetzt schon ein paarmal gesagt worden, in dem Kinderzoo gibt es eine einzige Art, die man streicheln kann, die Ziegen. Und ich glaube, es ist recht bekannt, dass ich persönlich jedes Tier streicheln möchte, das mir begegnet. Mit etwa 10 Jahren hat mich darum einmal eine wilde Feldmaus gebissen und ich musste mich gegen Starrkrampf impfen lassen. Meine Empathie für tierliebende Menschen ist darum entsprechend nach wie vor sehr hoch. Bei allem Verständnis, unsere Profis vom Tierpark wissen, was sie sagen, wenn sie sagen, dass die Ziegen zu wenig Weideplatz haben und im Sommer zu heiss haben. Aber die Tiere sind jetzt einfach mal kein Konsumgut und schon gar nicht lebendige Tiere. Und dann frage ich mich einfach, wie gerne man dann die Tiere eigentlich wirklich hat, wenn einem das eigentlich relativ egal ist. In allen Anträgen habe ich nämlich keinen Hinweis dafür gefunden, dass es um das Tierwohl gehen würde, persönlich sehe ich nur Konsumverhalten drin. Die einen Anträge sagen sogar, das Tierwohl werde eingehalten und die habe genügend Platz, dann geht es um die Spielplätze. Es sieht auch fast so aus, als ob das Mobilitätskonzept gar nicht angeschaut worden wäre, weil die Barrieren freieren Wege nicht einmal beachtet werden, sondern nur die Anpassungen an anderen Orten bemängelt werden und so weiter. Kurz, bei den Forderungen geht es gar nicht um die Tiere. Dann noch zur Planungserklärung der Mitte: Ich wüsste nicht, wo ein so grosser Platz in der Stadt Bern gefunden werden sollte, um ja den Kinderzoo irgendwo sonst auszulagern. Es würde auch einen sehr hohen jährlichen Betrag nach sich ziehen, den man finanzieren müsste. Der Antrag will zudem, dass die Kinder erste Berührungspunkte mit der heimischen Tierwelt erleben können. Wenn man es aber grosszügig anschaut, dann sind von diesen 9 Arten im Kinderzoo gerade einmal 2 heimisch, und das sind die Zwergziegen und das Appenzeller Spitzhauben-Huhn. Die anderen Tiere sind nicht hier heimisch. Es gibt im Umkreis von etwa 20 Kilometern um Bern gibt es "Johns kleine Farm" und der Seeteufel. Dort kann man sehr viele verschiedene Tiere streicheln gehen. Dann gibt es

etwa 35 Kilometer entfernt den Sikypark, dort kann man sogar mit den Tierpflegern zusammen ein Rendezvous mit dem Lieblingstier buchen. Es geht hier um den Tierpark und deshalb steht für die SP/JUSO auch das Tierwohl im Vordergrund, und zwar weit vor allem andere. Wir lehnen alle Anträge ab und nehmen zustimmend Kenntnis der Gesamtplanung Tierpark Bern 2023-2033.

Präsidentin: Danke, Judith. Für die GFL, Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Die Debatte rund um den Kinderzoo, die von der SVP angezettelt worden ist, lenkt davon ab, wie stimmig die neue 10-Jahres-Gesamtplanung ist. Die GFL-Fraktion befürwortet klar die neue Ausrichtung des Tierparks. Nicht nur, dass damit gravierende Mängel im Betrieb und Unterhalt, die die Referentin bereits beschrieben hat, behoben werden können, sondern auch die Zuwendung zu artgerechter Tierhaltung und ökologischer Tragbarkeit überzeugen uns. Die Art der Vermittlung des Wissens über die Tiere, aber auch über ökologische Zusammenhänge, die verändern sich mit der Zeit, dies gerade auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung, und damit eröffnen sich auch dem Tierpark neue Chancen. Und damit doch noch zur von der SVP eben hochstilisierten Hauptfrage, ob mit dem Wegfall der Geissen, mit denen die Kinder "spielen" können, etwa ein niederschwelliges und attraktives Familienangebot verloren gehen könnte. Ja, es kann sein, nämlich dann, wenn die Eltern mit dem Anspruch in den Kinderzoo gehen, dass sie die Kinder relativ unbeaufsichtigt sich selbst überlassen und in der Zwischenzeit mit dem Handy telefonieren können. Diesem Angebot, in dieser Form, dem trauern wir tatsächlich nicht nach. Auch wenn die Säugtiere noch so süß sind, dürfen sie nicht der Besspassung dienen und sind als Nutztiere auch kein Konsumgut. Das hat vorher auch Judith Schenk gerade so gesagt. Wenn schon, bräuchte es dort zusätzliches Betreuungspersonal, um diese Aufgabe zu übernehmen. Und einen Kinderzoo wie im Dählhölzli würde heute kein Zoo mehr bauen. Dann kommt noch hinzu, dass die ökologische Aufklärung weiter geht, nämlich nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern. Und genau für das ist ein interaktives Konzept, das die Aare und das Wasser einbezieht, das geeignete Mittel. Das Interesse von Kindern kann auch auf diese Weise geweckt werden. Die Zeit ändert sich tatsächlich, beispielsweise kommt es heute auch niemand mehr in den Sinn, Bären im alten Bärengaben halten zu wollen und ihnen Karotten runterzuwerfen. Wenn wir als Fraktion doch etwas zu kritisieren haben, dann sind es die vagen Angaben zur Finanzierung. Wir glauben, dass man nachbessern muss, denn das Ganze steht im Moment doch noch auf wackligen Füßen und wir wollen keine massiv höhere Stadtbeiträge in Kauf nehmen, wenn das Konzept nicht aufgehen sollte. Die GFL-Fraktion stimmt der Gesamtplanung aber grossmehrheitlich zu. Zu den Anträgen noch: Die Planungserklärung der Mitte lehnen wir ab, weil wir den Eindruck haben, dass sie purem Wunschdenken entspricht und uns utopisch erscheint. Was soll denn da mal passieren? Es kann ja nicht sein, dass noch ein weiterer örtlicher Tierpark-Ableger geschaffen werden kann und auch die Stadt kann das nicht machen. Wie soll denn das logistisch und finanziell überhaupt gestemmt werden? Und falls es privat gemacht werden könnte, stellen sich eigentlich die Fragen der Standortsuche so auch nicht, weil da kommt tatsächlich nicht viel in Frage. Und auch dann eine zoogerechte Tierhaltung, also eine Tierhaltung wie es Zoo-Vorschriften vorsehen, die kostet auch privat finanziert. Betreuungspersonal braucht es auch, wenn man es auf einem Bauernhof Elfenau machen würde. Auch die SVP-Anträge lehnen wir grossmehrheitlich ab, weil sie entweder nicht mit dem neuen Konzept vereinbar sind oder in der Gesamtplanung bereits integriert sind. Die GFL-

Fraktion wünscht dem Tierpark gutes Gelingen in der Umsetzung für die Gesamtplanung.

Präsidentin: Danke vielmals, Marcel. Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Diesen Streichelzoo gibt es eigentlich schon lange, solange ich Bern kenne. Es ist Tradition, dass man nicht nur eine Ziege aus dem Bilderbuch kennt, sondern dass man eben einmal eine anfassen darf, dass man vielleicht schauen darf, wie sich die Tiere live bewegen. Und ich finde ja, dass man die Entwicklung in einem Tierpark braucht, gehört sicher dazu. Aber hier ist es so, dass die Familie kommt, hauptsächlich Kinder von 1- bis 7-jährig, die nicht so interessiert sind an einer modernen Bildung. Die wollen einfach einmal Tiere anschauen kommen, vielleicht ein Tierchen auch anfassen, über das Fell streicheln, eine Glace nehmen und nachher in das Tierpark-Restaurant etwas nehmen gehen, sei es Pommes Frites oder Glace etc. Das ist ein Familienanlass. Viele Familien gönnen sich so Sonntag für Sonntag diese Ausflüge. Man hat nachher keine Möglichkeit mehr, an irgendeinem Ort hinzugehen. Als eidgenössisch diplomierter Landwirt habe ich gesehen, wie die Tiere gehalten werden, das ist absolut tiergerecht. Es hat Bäume dort, die Schatten gegeben. Es hat aber auch Auslauf, da hättet ihr ja die letzten 20 Jahre alles falsch gemacht. Da wäre der Tierschutz schon lange gekommen. Das ist kein Argument, dass man den Streichelzoo nicht mehr erhalte. Da geht etwas Tradition verloren, vor allem für die Familie und für die Kinder. Selbstverständlich habe ich gehört sagen, dass man das in der Elfenau machen möchte. Die Ausschreibung wurde ganz anders ausgeschrieben, überhaupt nichts von Streichelzoo etc. Da muss man sich schon fragen, ob man das nachher einem Pächter zumuten will, dass er auch noch den Zoo betreiben soll, neben der Landwirtschaft. Ich bin klar dafür, dass man eine moderne Bildung macht. Ich bin klar für eine Artenvielfalt, aber ich bin klar dagegen, dass man ausserhalb des Tierparks den Streichelzoo schliesst und da kämpfe ich für die Familie und für die Kinder, die eben gerade aus der Stadt sind. Ich bin Bauernsohn, ich bin mit Tieren aufgewachsen. Ich weiss, was es heisst, mit Tieren zu sein. Das hat auch für Kinder psychologische Effekte, das ist bewiesen. Es gibt auch Kinder, die zum Teil Therapiereiten machen, die aber auch irgendwo durch eine Birma-Katze einen psychologischen Förderungseffekt haben, wenn sie die streicheln dürfen. Hier geht das alles zusammen vergessen.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann hat Milena Daphinoff das Wort.

Milena Daphinoff (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte noch etwas zu unserer Planungserklärung sagen, wo ich gemerkt habe, was vielleicht irreführend rübergekommen ist. Es geht hier in keinem Fall darum, dass der Tierpark einen zweiten Ableger haben oder finanziell jetzt noch einen neuen Standort auf die Beine stellen soll. Denkt an das Beispiel der Gumere-Matte und an das Beach-Volley-Feld, wo wir auch der Meinung waren auf dem Schulareal hat das Beach-Center keine Zukunft mehr. Aber wir haben im Stadtrat beschlossen, gemeinsam, dass wir Beach-Volley weiterhin in unserer Stadt als Sport fördern möchten und haben dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt, einen alternativen Ort zu suchen, damit die Stadt das Beach-Volley-Feld nicht verliert. Und um genau das geht es uns hier mit dem Streichelzoo oder wie auch immer, dass ihr dem sagen wollt. Die Tiere, die dort unten leben, die sind für die urbanen Stadtkinder immer noch ein Ereignis. Ich habe selber Kinder. Ich habe mit unglaublich vielen Eltern gesprochen in dieser Stadt, aber auch mit anderen Leuten, die betroffen waren. Man muss

merken, was das ausgelöst hat. Man muss das ernst nehmen als Volksvertreter hier im Parlament. Wir honorieren und schätzen sehr, was der Tierpark macht und stehen voll und ganz hinter der Planung. Aber wir honorieren auch den Wunsch der Bevölkerung und dieser ist sehr laut, der sagt: "Es muss auch in der Stadt Bern künftig die Möglichkeit geben, mit solchen Tieren niederschwellig in Kontakt zu treten." Es ist vielleicht nicht die städtische Aufgabe, aber wir können hier als Parlament entscheiden, dass wir dafür sorgen, dass die Tiere nicht irgendwo im Gantrisch oder im Ausland oder was weiss ich wo verschwinden, oder eben in einem Käfig irgendwo in einer Wohnung, sondern dass wir für die einen neuen Standort suchen. Und da kann der Tierpark handgeben, es kann die Stadt handgeben. Ob das dann in der Elfenau ist, wie jetzt schon in den Medien spekuliert worden ist oder an einem anderen Ort, ist jetzt hier eigentlich sekundär, aber ich würde es sehr begrüßen, wenn wir hier im Rat das Votum zusammen könnten als Planungserklärung formulieren. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Milena. Dann hat Alex Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich danke denen, die unsere Anträge unterstützen oder zumindest teilweise unterstützen. Ich möchte vielleicht auch gerade etwas an Judith Schenk sagen. Sie hat mir vorgeworfen, dass das Wort "Tiergerecht" sei mit keinem Wort erwähnt. Wir würden das nicht machen. Ich verweise, als Leseübung, auf Antrag 2 SVP, Ziffer 1: "Der Streichelzoo wird tiergerecht betrieben. Es gibt genügend Rückzugsräume für Tiere." Schwarz auf Grau steht es drinnen. Uns ist immer klar, dass er tiergerecht sein muss. Und es ist vorhin gesagt worden, dass die Kinder und die Eltern den Zoo, den Streichelzoo schätzen. Ich habe X positive Reaktionen, die nicht von SVP-Wählern gewesen sind. Unsere Petition läuft gut und ich habe nicht Angst, dass wir die Initiative mit diesen 5'000 Stimmen zusammenbringen. Und wenn wir halt die Planungserklärungen nicht haben, dann soll nachher das Volk entscheiden und dann ist es das Volk. Ihr habt die Quartierkommission ausgebremst, ihr habt die Tiere nicht gewollt, aber das Volk kann dazu nachher reden. Ich komme noch kurz zum Antrag Mitte: Es wird immer wieder die Elfenau erwähnt. Thomas Glauser hat das zurecht gesagt, dass eben die Ausschreibung gelaufen ist, das ist nicht vorgesehen. Das ist einfach Dreck in die Augen gestreut, wenn man diesen Antrag annimmt, da passiert nämlich nichts, das ist eine reine Planungserklärung. Wenn Ihr unsere nicht annehmt, wird der Streichelzoo von dort weg sein. Ich bin der Meinung und so haben wir es gesagt, der kann durchaus auch vergrössert werden. Sie sehen, dass unsere Planungserklärungen wichtig sind. Die Kinder können dort lernen unter der Anleitung und meine Tochter war X-mal bei diesen Ziegen, hatte mit ihnen Kontakt, hat das lustig gefunden, aber sie wird nicht viermal in der Woche von der Schillingstrasse hinunter in das Aare Artzentrum die Lurche anschauen gehen. Das kann ich Ihnen also sagen, das gibt einen Flop. Ein Punkt den ich nur rasch erwähnen will. Ich habe schon als junger Stadtrat viele Jahre lang gesagt, man müsse den Zugang in den Tierpark verbessern mit der Signalisation, aber man müsse ganz klar festhalten, dass heute alle Leute eigentlich ein Handy mit einem Navigationssystem haben. Wir haben die Smart-Maps, das findet man immer. Für Behinderte ist der Zugang von der Tierpark-Station hinunter recht ideal, wenn man unten ist. Ich sage das allen Leuten mit Kinderwagen oder Rollstuhl, geht zuerst dort schauen, geht dann nachher runter, ihr könnt auch von der Ka-We-De, dann kann man wieder hingehen auf den Bus. Aber sicher nicht den steilen Weg rauf, das ist klar. Und Ihr selber habt ja jetzt den Weg bei den Wildschweinen quasi unpassierbar gemacht für die Behinderten. Ich habe wenig Hoffnung, ich sage es jetzt gerade ehrlich, dass das gut kommt. Wir hätten hier eine Chance gehabt. Man zerstört etwas. Und

denkt daran das Konzept, das ihr habt, das klingt zwar akademisch gut mit dem Bildungsangebot, aber die Kinder wollen nicht immer in ein Artenschutzzentrum. Gerade die Kinder, die dort wohnen, wollen spielen. Es ist ein Stadtspielplatz, und ich danke der GLP, die den Antrag teilweise unterstützen wird. Das muss man nicht zerschlagen, um nachher etwas Neues zu machen, das nicht funktioniert und ich hoffe wirklich, dass ihr hier ein Einsehen habt. Ich habe zwar wenig Hoffnung, aber ich habe Vertrauen. Ihr habt es gesehen in der Berichterstattung in den Medien, dass die Bevölkerung den Streichelzoo so will, in diesem bisherigen Rahmen, vielleicht sogar eher grösser und dass das Konzept nachher eine teure Makulatur ist. Aber ich bin auch zuversichtlich, wenn man die Sache rechtlich betrachtet, mit all diesen Zonenplanänderungen, die es braucht, dass der Streichelzoo so sicher bis zum Ablauf, bis zur Abstimmung erhalten bleiben wird und dass dieser Weg dort, wie ihr es vorgesehen habt, ein Holzweg ist, der den Kindern, den Besuchern, und auch der Kasse des Tierpark-Vereins nicht gut tut. Mir sind X Austritte von Leuten bekannt. Mir sind X Rücktritte und vorzeitige Kündigungen von langjährigem Personal bekannt, und wenn man es so macht und eben so schlecht kommuniziert, sind das die Konsequenzen. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort, wenn er sich anmeldet.

Reto Nause, Direktor SUE: Danke der Kommissionssprecherin für die gute, objektive Berichterstattung, die sie zu diesem Geschäft gebracht hat und ich kann mich eigentlich relativ kurzhalten. Ich möchte einfach gewisse Irrtümer, die im Raum herumgeistern, noch klarstellen. Also Punkt 1: Was ist eine Gesamtplanung? Eine Gesamtplanung ist eine strategische Ausrichtung. Über jedes Bauprojekt, das in dieser Gesamtplanung drin ist, wird das kreditkompetente Organ - das seid ihr im Regelfall - wenn es um Infrastruktur-Geschichten geht und alles, was Tieranlagen angeht, die werden wir fremd finanzieren, aber die werden wir hier im Stadtrat debattieren können. Die werden wir auch mit den Quartierorganisationen debattieren können und von daher ist der demokratische Prozess, liebe Alex Feuz, absolut gewahrt. Der Tierpark will sich positionieren, er will sich neu positionieren, er will sich zukunftsgerichtet positionieren. Er will sich als Bildungsinstitution positionieren. Er will sich als Institution positionieren, die einsteht für Biodiversität und Artenvielfalt und baulich am Aareufer stehen 4 grössere Projekte im Vordergrund. Das ist der neue Eingang, die neue Eingangssituation mit dem Lift, wo endlich die Menschen mit Kinderwagen und Rollstuhl in den Tierpark hineinkommen. Das ist heute nicht möglich. Es tut mir wahnsinnig leid, aber mit dem Rollstuhl durch den Wald hindurch, das wird ganz schwierig. Das zweite ist das Aare-Artenschutzzentrum, welches wir realisieren werden, wir werden den Dalmazibach freilegen, wir werden mehr Biodiversität in dem Raum erzeugen können und wir brauchen zwingend dringend ein neues Ökonomiegebäude, denn wir haben auch noch Menschen, die für den Tierpark arbeiten und deren Garderobesituationen, etc., die Anlieferungssituation, die sind heute einfach wirklich nicht mehr wahnsinnig befriedigend. Einerseits kann ich aber auch ganz klar sagen, und das ist heute zum Teil falsch dargestellt worden von Seiten der SVP, der Aare-Perimeter bleibt frei zugänglich. 50% von unserem Berner Zoo sind frei zugänglich. Das ist der ganze Aare-Perimeter. Das ist der ganze Bärenpark und, und, und... Der Aare-Perimeter bleibt frei zugänglich. Der Spielplatz, den wir dort haben, den wollen wir eigentlich erhalten und jetzt kommt die grosse Frage vom Streichelzoo. Und wir reden von einer Gesamtplanung Tierpark und jetzt kommt der Streichelzoo und der Streichelzoo... Das ganze Dählhölzli ist ein Kinderzoo. Das ganze Dählhölzli wird ein Kinderzoo bleiben, wird Erlebnis für Kinder bleiben. Das

Streichelzoo, wo ihr da noch für die Initiative sammelt, das ist ein Gehege mit 7 Ziegen und einem Bock, Herr Feuz. Das ist der Streichelzoo, das ist das Gehege, wo man als Kind rein und Tierchen streicheln kann. Ob das noch zeitgemäss ist, ob man das in dieser Form erhalten muss, da habe ich tatsächlich dann irgendwo auch ein bisschen Fragezeichen. Der Gemeinderat lehnt alle Anträge ab. Ich bin froh, dass in der Kommission einstimmig die Gesamtplanung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, und bedanke mich im Rat, wenn das hier so sein wird.

Präsidentin: Danke, Reto Nause. Ich will das so wirklich nicht etablieren, aber wenn die Stadtratsmitglieder direkt angesprochen werden, dürfen sie noch einmal etwas sagen. Alex Feuz für eine kurze Erklärung.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Danke, ich mache es kurz. Ich war erst gerade wieder in einem Streichelzoo. Es hat dort noch Alpaka, es hat Esel, es hat diverse Viecher dort. Es hat die Zwerg-Hauben-Hühner, es hat Kaninchen, also ich kenne es wahrscheinlich besser. Und ich kämpfe hier nicht nur für die Geissen, ich kämpfe für den ganzen Streichelzoo. Und ich hoffe die Bevölkerung wird uns da helfen, auch wenn wir heute Abend verlieren, bin ich zuversichtlich, dass wir die Initiative zusammenbringen. Wir haben nachher Wahlen und ich hoffe auch, dass wir den nötigen Schub haben, dass wir dann im Stadtrat eine Zusammensetzung haben, die dann hilft, einen Blödsinn zu verhindern. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank, Alex Feuz. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen über die Planungserklärungen ab, die sind auf der Antragsliste, Seite 20. Der erste Antrag der Mitte, da geht es um einen alternativen Standort des Kinderzoos.

Antrag

1 Planungserklärung Mitte: Der Kinderzoo des heutigen Tierparks Bern ist an die heutigen Tierschutz-Standards angepasster und artgerechter Form auf städtischem Boden zu erhalten. Hierfür ist ein alternativer Standort zu suchen.

Abstimmung Nr. 023

2023.SUE.0066: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	49
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag Nummer 2, also die Planungserklärung Nummer 2 von der SVP, wo es um die Beibehaltung des Streichelzoos geht unter gewissen Auflagen.

Antrag

2 Planungserklärung SVP: Der Streichelzoo, als Teil des Tierparks unten an der Aare beim Tierparkweg, sei beizubehalten. Es gelten die folgenden Auflagen:

1. Der Streichelzoo wird tiergerecht betrieben, es gibt genügend Rückzugsräume für die Tiere;
2. Der Streichelzoo wird kindergerecht ausgestaltet;

3. Der unlängst sanierte Kinderspielplatz (sog. Stadtspielplatz) am Tierparkweg wird ebenfalls beibehalten;
4. Der Perimeter für den Streichelzoo und Kinderspielplatz unten bei der Aare bleibt mindestens so gross wie heute;
5. Es muss sichergestellt sein, dass der Zugang zum Streichelzoo und zum Spielplatz weiterhin kostenlos möglich bleiben;
6. Die Erweiterung des Tierparks, insbesondere der Werkverkehr, Zugang in den Tierpark und neue Gebäude dürfen nicht dazu führen, dass der Betrieb des Streichelzoo und des Spielplatzes beeinträchtigt werden;
7. Die Erweiterung des Tierparks darf nicht dazu führen, dass der Perimeter der Ka-We-De verringert wird.

Abstimmung Nr. 024

2023.SUE.0066: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	8
Nein	58
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Planungserklärung Nummer 3, wo es darum geht, den sanierten Spielplatz – also auch von der SVP – im bisherigen Perimeter beizubehalten.

Antrag

3 Planungserklärung SVP: Der unlängst aufwendig sanierte Spielplatz (Stadtspielplatz) unten an der Aare sei in seinem bisherigen Perimeter beizubehalten.

Abstimmung Nr. 025

2023.SUE.0066: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	50
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Planungserklärung Nummer 4 von der SVP, wo es darum geht, die Wege von und zu der Aare, also diverse Wege, der Öffentlichkeit weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Antrag

4 Planungserklärung SVP: Die Wege von und zu der Aare in den Dählhölzliwald (Raum Wildschweine, «Wildererweg», entlang Steinbockgehege und vom Restaurant Richtung Thormannstrasse) sowie der direkte Zugang von der Thormannstrasse zur Aare zwischen den Gehegen (Richtung Kinderspielplatz), resp. auch Rückweg seien der Öffentlichkeit weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 026

2023.SUE.0066: Antrag 4	
-------------------------	--

Ablehnung	
Ja	11
Nein	51
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei der Planungserklärung Nummer 5 von der SVP, wo es darum geht, die Wege an der Aare vom Kinderspielplatz kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Antrag

5 Planungserklärung SVP: Die Wege an der Aare vom Kinderspielplatz entlang dem Weier mit den Wasservögeln und anderen Tieren (zurzeit Luchs, Gämsen, Bezoarziegen, Steinböcke, Wildscheine), aber auch die Wege im Dählhölzliwald oberhalb dieser Gehege seien der Öffentlichkeit weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung Nr. 027

2023.SUE.0066: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	49
Enthalten	6

Präsidentin: Auch diesen Antrag habt Ihr abgelehnt. Wir sind bei der Planungserklärung Nummer 6 von der SVP, wo es darum geht, der neuangelegte, viel zu steile Weg weiterhin kostenlos begehbar zu machen.

Antrag

6 Planungserklärung SVP: Der neue angelegte, viel zu steile Weg zwischen dem Wildschweingehege und dem Dählhölzliwald muss angepasst werden, damit auch Personen, die unter Mobilitätseinschränkungen leiden und Personen mit Kinderwagen diesen besser bewältigen können. Er muss auch weiterhin kostenlos begehbar sein.

Abstimmung Nr. 028

2023.SUE.0066: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	55
Enthalten	6

Präsidentin: Auch diesen Antrag habt Ihr abgelehnt. Wir sind bei der 7. Planungserklärung der SVP, dass keine neuen Bereiche im Dählhölzliwald der Kosten- und Eintrittspflicht unterstellt werden darf.

Antrag

7 Planungserklärung SVP: Es dürfen keine neuen Bereiche im Dählhölzliwald, die bisher der Öffentlichkeit gratis zur Verfügung gestellt wurden, nun neu der Kosten-/Eintrittspflicht unterstellt werden.

Abstimmung Nr. 029

2023.SUE.0066: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	8
Nein	54
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei der Planungserklärung Nummer 8 von der SVP, wo es darum geht, die Erholungs- und Schutzfunktion des Dählhölzliwaldes darf nicht beeinträchtigt werden durch den Ausbau des Tierparks.

Antrag

8 Planungserklärung SVP: Die Erholungs- und Schutzfunktion des Dählhölzliwaldes dürfen durch den Ausbau des Tierparks nicht weiter beeinträchtigt werden.

Abstimmung Nr. 030

2023.SUE.0066: Antrag 8	
Ablehnung	
Ja	9
Nein	55
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei der letzten Planungserklärung der SVP, bei der es auch um die Erholungs- und Schutzfunktion des Dählhölzliwaldes geht.

Antrag

9 Planungserklärung SVP: Die Erholungs- und Schutzfunktion des Dählhölzliwaldes sowie der Schutz der Aaretalhänge und des Aareufers dürfen durch den Ausbau des Tierparks höchstens geringfügig beeinträchtigt werden und nur dann, wenn die Einschränkungen mit übergeordnetem Recht klar vereinbar sind.

Abstimmung Nr. 031

2023.SUE.0066: Antrag 9	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	57
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt auch diese Planungserklärung abgelehnt. Jetzt nehmen wir den Bericht mit Wertung zur Kenntnis. Wer diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nimmt, drückt Grün, wer ablehnend Rot und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 032

2023.SUE.0066

Annahme	
Ja	56
Nein	6
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr nehmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

2017.SR.000033

15 Motion Marcel Wüthrich (GFL): Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 15. Das ist eine Motion von Marcel Wüthrich, Lärmschutz vor nächtlichem Zeitschlag. Die Motion ist bestritten und ich übergebe den Einreichenden das Wort.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Einreichenden: Wir kommen gerade zu einem weiteren emotionalen Thema. Es geht in meiner Motion um die Einhaltung der Nachtruhe, die mit dem Zeitschlag von Glocken nicht gewährleistet ist. In der Nacht sollen die Glocken schweigen, um nichts anderes geht es. Also nicht gegen die Kirche, obwohl das die BZ leider gestern mit einem deplatzierten Cartoon anders verstanden haben wollte und auch nicht gegen den Nachtlärm bei irgendwelchen Feiern. Und über den Tag hindurch bleibt sowieso alles gleich wie bisher. Allfällige Regelungen liegen in der Gemeindekompetenz. Es geht um das sogenannte bürgerliche Geläut. Jetzt haben wir uns vor ein paar Jahren ein modernes Lärmreglement gegeben, das die Nachtruhe definiert. Und wir haben da die Revision benützt, um Liberalisierungsschritte zu unternehmen, gerade auch in Bezug auf das Nachtleben, und ich habe die Glockenfrage absichtlich von dem Prozess getrennt, um hier keine Vermischungen durchzuführen. Ja, aber wer soll denn jetzt diese Nachtruhe noch stören dürfen mit diesem Reglement? Sind denn Glockenschläge privilegiert, und mit welchem Recht denn?

Ich habe diese Motion als gesundheitspolitischer Vorstoss deklariert und da geht es eben um persönliches Leiden, das sich oft im Verborgenen abspielt. Es ist ein gesundheitspolitischer Vorstoss, die Nachtruhe soll Vorrang haben. Es geht um das Respektieren des Rechts auf Schlaf, auch bei offenem Fenster, und auf frische und kühle Luft, gerade auch im Sommer. Ich weiss, ich habe meine Motion vor 7 Jahren ein bisschen gar technisch formuliert und darum jetzt ein paar konkrete Leidensbeispiele mit teils existenziellen Folgen. Zum ersten geht es darum, dass jemand umzieht und gar nicht weiss, dass eine Kirche in der Nähe in der Nacht schlägt. Ein Beispiel: Eltern haben eine neue Wohnung für sich und ihre Kinder gesucht und sie haben eine bezahlbare Wohnung kurzfristig in Breitenrain gefunden, nämlich 70 Meter entfernt von der Johanneskirche. Sie haben den Mietvertrag unterschrieben, ohne dass sie gewusst haben, dass die Kirche tatsächlich nachts durchschlagen würde. Niemand von dieser Familie hat in der neuen Wohnung noch gut geschlafen, trotz Ohropax (Gehörschutz) und verschiedenen anderen Mitteln, sondern sie sind bei jedem Glockenschlag zusammengesackt. Es hat auch nichts genützt, das Arrangement in der Wohnung neu zu machen, nämlich dass man das hintere vom Kirchturm abgewandte Zimmer als Schlafzimmer genutzt hat, weil sie im heissen Sommer kapitulieren mussten und erneut kurzfristig umgezogen sind. Das sind genau die typischen Reaktionen: man wacht auf, es gibt

Schlafstörungen, Ohropax, Fenster schliessen selbst im Sommer trotz überwarmen Wohnungen und Konsum von Medikamenten, wenn es wirklich schlimm wird. Andere krasse Beispiele möchte ich gerne sagen, wobei ich höre jetzt schon gewisse Leute, die sagen: "Ja, aber die Kirche ist ja zuerst da gewesen, bevor sie zugezogen sind. Und sie sind ja selber schuld." Das ist genau etwas, was dann das ganze Argument auch anfängt zu verdrehen, weil die Schuldzuweisung nicht mehr an den Verursacher geht, sondern an die Nachbarn. Und wo es dann eben nicht gilt: es geht nämlich auch ohne umziehen. Eine andere Familie hatte nämlich kein Problem. Sie sind aber gerade frischgebackene Eltern geworden und ihr neugeborenes Kind hat die Eltern wegen der Glocken zur Verzweiflung gebracht, weil es nämlich die ganze Zeit geschrien hat. Oder noch ein anderes Beispiel: Eine Familie hat über Jahrzehnte keine Probleme neben der Kirche, aber dann kommen im Alter plötzlich Krankheiten dazu und die nächtlichen Glockenschläge machen einem das Leben zur Hölle. Der schlimmste mir bekannte Fall ist ein Ehepaar, die genauso ein Eigenheim gehabt hat in Kirchnähe, bis die Frau an schwerem Tinnitus erkrankt ist und überempfindlich gewesen ist bei Nebengeräuschen und das auch bei geschlossenen Fenstern. Es hat einen Glockenschmerz ausgelöst, den sie nicht abschütteln konnte. Sie ist bei Exit angemeldet gewesen und sie lebt heute nicht mehr. Und das ist genau charakteristisch, es betrifft schwache Leute, die sich in dem Moment, in dem sie sich wehren sollten oder sich wehren können, sich eben nicht mehr wehren können, weil ihnen die Energie fehlt. Es sind schwindende Kräfte und auch eine Wohnungssuche ist in dem Moment eben nicht mehr so einfach. So und jetzt höre ich schon wieder gewisse Leute im Hintergrund: "Ja, das sind doch Einzelfälle." Ja, man könnte es meinen, aber sie wiederholen sich die ganze Zeit. Das Einzige, was man sagen kann, ist, dass es zum Glück kein Massenphänomen ist. Aber trotzdem ist es eine Tatsache, je älter man wird, umso weniger tief der Schlaf ist. Und jetzt komme ich zur Gemeinderatsantwort. Die Glockenschläge: Es geht nicht einfach darum, ob einige die als störend finden oder andere als wohlklingend, sondern vielmehr ist es verstörend, dass der Gemeinderat es schafft, mit keinem einzigen Wort auf Schlafprobleme und gesundheitliche Beeinträchtigungen einzugehen oder auch das Recht auf Ruhe und Erholung anzuerkennen. Und dafür vielmehr mit dem diffusen Begriff der Tradition operiert. Ich kann euch sagen mit meiner Erfahrung in diesen 7 Jahren, es ist entscheidend, wie die persönliche Empfindung ist. Und dann kommt noch die Form des nächtlichen Glockenschlags dazu. Was ist denn das? Es ist wie ein Knall aus dem Nichts heraus. Jede Stunde, Stunde für Stunde oder sogar jede Viertelstunde schlägt es. Wenn man es visualisieren würde, dann ist das wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Und tatsächlich ist es doch so, dass es ein simpler, liebloser mechanischer Impuls ist, mit fragwürdigem Nutzen. Die Leute, die darunter leiden, beschreiben den Zeitschlag als eine Art automatischem Weckdienst, den man einfach nicht abstellen kann und dem man hilflos ausgeliefert ist. Es ist ein permanent wiederkehrender Eingriff in die Privatsphäre und verletzt ihre Freiheit. Hinzu kommt ja noch, dass Kirchen eben das kirchliche Geläute während dem Tag noch zeigen. Was ich auf alle Fälle sehe, ist, dass der Glockenschlag nicht zu den Merkmalen von urbanem Leben gezählt werden kann. Es ist so, dass wir in dieser Stadt eine hohe Kirchendichte haben und wie gesagt auch eine Wohnungsknappheit. Und ich kann euch auch sagen, in einem Dorf hätte ich diesen Vorstoss nicht gemacht, weil da sehe ich tatsächlich auch, dass man genügend Ausweichmöglichkeiten hat. Aber Wohnungen in Glockennähe sind auch schwieriger vermietbar. Dann ist es noch so, dass das Angebot mit den Kirchgemeinden zu reden, da haben wir merken müssen, dass die Kirchgemeinden halt nur auf Druck reagieren. Und das vom Gemeinderat erwähnte Angebot zur Einstellung des nächtlichen Zeit-

schlags stand ja, wenn es gewünscht sei. Das hat sich dann eben leider als tote Buchstaben erwiesen. Deshalb ist diese Motion nötig, wenn wir den nächtlichen Zeitschlag auch in Bern nicht mehr hören wollen, und es ist im Interesse der Leute, die darunter leiden, dass dies so geschieht. Das Polizeiinspektorat ist zuständig für Beschwerden und vermittelt. Das ist anerkannterweise eine gute Sache, aber wie gesagt, das reicht so nicht. Sonst muss man wirklich in jedem Einzelfall die Leute, die eigentlich schwach sind, zu dem Schritt bringen. Das Fazit von mir ist das: Schliesst nicht von euch selber auf andere, das Lärmempfinden ist sehr individuell. Deshalb stimmt dieser Motion im Interesse der leidenden Anwohner zu. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Marcel. Ihr könnt euch gerne anmelden für die Fraktionsvoten, wenn es dann gibt. Gibt es keine Fraktionsvoten? Das System ist etwas langsam heute. Gut, Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ja, wir haben es hier mit einem Fall zu tun. Ja, das kann man jetzt... Ja, das kann man jetzt getrennt anschauen, manche Leute stört es, manche Leute stört es nicht. Mich persönlich stört es nicht. Ich bin eigentlich neben einer Kirche aufgewachsen und vielleicht ein bisschen geschädigt, aber ich höre das eigentlich nicht mehr. Was ich einfach sagen will, ist, der Vorstoss ist schon 2017 eingereicht worden, jetzt haben wir 2024 und in der Zwischenzeit ist bezüglich nächtlichen Glockenschlags eigentlich ziemlich viel gegangen. Man hat mit diesen Behörden reden können, mit den kirchlichen. Seit diesen 7 Jahren, die jetzt verstrichen sind, hat man jetzt eigentlich bei vielen Kirchen – ich will hier nicht alle aufzählen – auf den nächtlichen Glockenschlag verzichtet oder man hat zumindest einfach auf den viertelstündigen Glockenschlag verzichtet. Wir persönlich von der Fraktion, eben ja mehrheitlich oder auch gerade alle hundertprozentig, schätzen das noch, dass man nicht immer auf den Wecker schauen muss, dass man auch etwa hören kann in der Nacht. Und wir unterstützen die Motion, in dem Sinn wie sie da ist, eigentlich nicht. Auf der anderen Seite sind wir aber auch der Meinung, dass gewisse Forderungen von dieser Motion heute erfüllt sind, so wie der Status Quo im Moment ist. Danke.

Präsidentin: Merci, Ueli. Dann für die SP/JUSO-Fraktion, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Ich übernehme die Fraktionserklärung von Nicole Silvestri, die sich kurzfristig entschuldigen lassen musste und ich bitte um Nachsicht. Ich übersetzte live aus dem Schaffhauser Deutsch auf Berndeutsch. Vielen aus unserer Fraktion erschliesst sich der Mehrwert von Kirchenglocken-Geläute am Morgen um 4 Uhr auch nicht wirklich. Auch der kulturelle Wert der Kirchenglocken kann man in der Nacht nicht wirklich gelten lassen. Die einen verschlafen die Glocken und die anderen wachen davon auf und die nervt es vor allem. Für Menschen mit Schlafschwierigkeiten stellt der Glocken-Lärm sogar ein gesundheitliches Problem dar. Gleichzeitig finden einige aus unserer Fraktion vor allem den Punkt 2 der Motion, nämlich die Forderung, dass ein Verfahren für Ausnahmegewilligungen definiert wird, ein bisschen gar bürokratisch und kompliziert. Ausserdem setzen wir uns alle für ein lebendiges und farbiges Nachtleben in der Stadt ein und finden die Unterscheidung zwischen gutem und schlechtem Lärm ein bisschen schwierig. Deshalb werden einige aus unserer Fraktion diese Motion annehmen, andere lehnen sie ab.

Präsidentin: Marci, Chandru. Dann Oliver Berger von der FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Es freut mich ausserordentlich, dass ich mein bereits im Jahr 2020 verfasste Votum zu dieser Motion doch noch halten kann und das um 22.00 Uhr, jetzt wo eigentlich Nachtruhe ist. Die Fraktion FDP/Jungfreisinn ist mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden. Wir werden die Motion als solche grossmehrheitlich ablehnen. Bei der Wandlung in ein Postulat haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Lärm ist ein kontroverses Thema, ein Zankapfel. Lärm ist aber auch entgegen der Intention des Motionärs nicht einfach etwas Objektives oder eine objektive Messgrösse, sondern es hat immer auch eine subjektive Komponente. Wenn etwas stört, nimmt man es auch eher als Lärm wahr. Kurt Tucholsky hat treffend gesagt, der eigene Hund macht keinen Lärm, er bellt nur. So lange, dass die Lärmgrenzwerte eingehalten werden, ist es aus unserer Sicht unproblematisch, wenn die Glocken auch in der Nacht schlagen. Es gibt kein zwingendes Recht auf eine offene Türe oder auf ein offenes Fenster in diesem Zusammenhang. Und es ist doch ein bisschen komisch, dass es unter den meisten Lärmklägern häufig Neuzuzüger sind, also diejenigen, die eigentlich gewusst haben, dass sie in die Nähe einer Kirche umziehen. Wie auch immer, wir kommen noch kurz zum Materiellen: Ein Glockenschlag gibt grundsätzlich eine Struktur und ist ein Zeichen von Frieden und der Solidarität. Beim bürgerlichen Geläut ist es mittlerweile so, dass man aufgrund der weiter Verbreitung von Uhren, Handys und so weiter, eigentlich nicht mehr alle Viertelstunde Zeit angeben müsste für die Tagesstruktur. Ein Stundenschlag erscheint uns eigentlich als guten Kompromiss und als praktikable Lösung in diesem Zusammenhang. Das Bundesgericht ist übrigens der Meinung, dass ein Stundenschlag keine übermässige Lärmbelästigung ist. Wichtig wäre, und das trifft vielleicht nicht für alle zu, aber zumindest für den, der jetzt vorne spricht, dass das Kirchliche Geläute unangetastet bleibt und dass die Glocken weiterhin auch der Ruf und der Appell bleiben können, wenn die Gemeinde zu Predigt gehen will, wenn sie dann gehen will. Der Vorschlag des Motionärs geht also zu weit. Er will ein Problem lösen, das es eigentlich gar nicht mehr gibt, oder sagen wir ja, das vielleicht auch ein bisschen konstruiert ist, und die bestehenden Regelungen, die es gibt, die reichen aus unserer Sicht. Und wir folgen deshalb dem Antrag des Gemeinderates. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Thomas Glauser von der SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Kuhglocken, Kirchenglocken, Schulhausglocken, Polizei-Sirenen, Krankenwagen-Sirene, der Helikopter des Inselspitals, Autobahnlärm, allgemeines Kirchengeläute, das ist alles Lärm, der in unserer Gesellschaft entsteht. Selbstverständlich habe ich Verständnis für jemanden, der wirklich nicht schlafen kann. Ich habe Verständnis für jemanden, der vielleicht bewusst gerade wartet: "Jetzt kommt Geläute wieder und ich kann sicher nicht einschlafen." Das ist vielleicht auch ein bisschen weit, sehr ärgerlich. Und ich weiss aber... Ich bin, wie gesagt, in einem Bauerndorf aufgewachsen und wir haben viele Zuzüger gehabt. Und wir haben unseren Kühen zum Teil, nicht immer, aber manchmal halt, auch wenn es Alpaufzüge gab, eine Glocke angezogen und dort hat natürlich nachher das Theater angefangen. Kühe dürfen keine Glocken mehr haben. Das darf man nicht, jenes darf man nicht und dort hat man irgendwie müssen eine Lösung finden. Ich finde es sicher berechtigt, dass man darüber diskutiert, aber es ist auch ein bisschen in der Eigenverantwortung, dass wenn jemand Lärmsensibel ist, dass er sich selber schützt, dass er eben, wenn er eine Wohnung sucht, vielleicht auch das Quartier abschreitet, dass er am Abend hören geht, was es für Lärm hat. Für mich ist es keine Entschuldigung, wenn irgendjemand sagt,

dass er neu hingezogen ist und jetzt sagt, dass er den Lärm nicht aushalte. Man kann auch mal in die Nacht... Ich habe zum Beispiel einmal, als ich eben einen Wohnungswechsel gemacht habe, sogar ein Probeschlafen gemacht in einer Wohnung. Ja, es ist auch möglich. Es würde einfach zu weit gehen, wenn wir jetzt beginnen, Kirchenglocken zu bekämpfen, nachher haben wir die Schulhausglocken. Ich wohne neben dem Schulhaus und ich höre die Schulhausglocken ab und zu auch. Und für mich würde es eigentlich zu weit gehen, wenn ich jetzt da an irgendeinem Ort anfangen würde, dann würde man ja fast alles verbieten müssen und man kämme dem Lärm eigentlich gar nicht zu Boden. Dann müsste man auch da eine Polizeisirene verbieten, die Blaulichtsirene, alle zusammen verbieten, weil in der Nacht halt manchmal... Und darum denke ich, sollte man es so auch sein lassen, wie es jetzt ist und dass jeder sich selber dort ein bisschen helfen muss mit Lärmschutz. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Thomas. Das Wort hat Bettina Jans-Troxler von der EVP.

Bettina Jans-Troxler (EVP), Einzelvotum: Seit mehr als 600 Jahren gehören die Zeitschläge der Kirchenglocke zum Alltag der Stadt Bern und ja sie haben lange eine sehr wichtige Funktion gehabt, weil sich ja früher die Leute nicht eine eigene Uhr leisten konnten. Heute ist das zwar ein bisschen anders, aber ich gehöre zu denen, die ohne Uhr unterwegs sind und orientiere mich auch heute noch gerne an den Kirchenglocken vor allem auch, aber auch an Glocken. Für mich sind die Glockenklänge untrennbar mit unserer Stadt auch verbunden und seit letztem Sommer wohnen wir direkt neben der Friedenskirche und ihre Glocken begleiten mich durch den Tag. In der Nacht machen unterdessen auch die Glocken der Friedenskirche von 22.00 Uhr bis um 6 Uhr am Morgen eine Ruhepause. Notabene, nachdem man zuerst eine teure Lärmdämmung, eine Schaltdämmung irgendwie eingebaut hat. Die Antwort auf die Motion ist in diesen Punkten aber nicht mehr wirklich aktuell. Sie ist auch sehr alt. Allerdings gibt es auch im Quartier bei uns oben Menschen, die es bedauern, dass es in der Nacht keine Glockenschläge mehr gibt, nachdem sie jahrzehntelang, zum Teil sogar schon seit 70 oder 80 Jahren daran gewöhnt gewesen sind. Ich möchte sie ermutigen, dass wir heute nicht den Weg eines generellen Verbots gehen, sondern das wir weiterhin zusammen im Gespräch Lösungen suchen. Ich finde, ein Verbot ist kein würdiger Weg zum die gesellschaftlichen Veränderungen, wo immer weniger Menschen auch eine emotionale Bindung zur Kirche haben, in dem Geläute der Kirchenglocken jetzt abzubilden. Menschen, die die Kirchengemeinden ausmachen, die lassen mit sich reden und bis jetzt hat fast immer eine gemeinsame Lösung... oder gemeinsam eine Lösung gefunden werden können, wenn sie dann auch wirklich gesucht worden ist. Und darum finde ich, lasst uns auch weiterhin einen einvernehmlichen Weg gehen. Kirchenglocken stehen nämlich für Frieden und sollen nicht Streit schaffen. Falls nötig, helfe ich wirklich gerne, damit man da, wo es Differenzen gibt, kann an einen Tisch sitzen und zusammen reden. Ausserdem finde ich auch, dass es nicht sinnvoll ist, einfach alle Glocken flächendeckend die ganze Nacht abzustellen. Zum Beispiel um die Heiliggeistkirche wohnen sehr wenig Leute und die Glocken dienen als Orientierung für Reisende, die noch spät in der Nacht unterwegs sind. Das soll auch weiterhin möglich sein. Deshalb bitte ich sie, diese Motion abzulehnen. Merci.

Präsidentin: Merci, Bettina. Alex Feuz hat das Wort.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich lehne diesen Vorstoss als Motion und als Postulat ab. Weitgehend kann ich mich anschliessen an Bettina Jans-Troxler. Ich habe

da vielleicht ein bisschen eine weniger enge Verbindung zu den kirchlichen Bodentruppen, aber trotzdem ein paar Bemerkungen, die ich gleichwohl schnell sagen möchte: Ich bin also nicht irgendwie der religiöse Vorkämpfer, das wäre falsch, aber ich mache jetzt einfach noch an ein paar Beispiele. Schaut in Genf, wo der Ständerat Poggia, früher Mitte Partei, die Sirene wegen des Lärms abschaffen wollte. Ebenfalls gibt es Leute, die sich nerven über den Lärm bei der Insel, wenn ein Helikopter kommt. Ihr habt vorhin... Was habt ihr beschlossen bei den Schulen, dass man dort bei den Toiletten Betrieb haben darf, auch wenn halt die Nachbarn ein bisschen beeinträchtigt werden, ist es dann egal. Dort den Lärm, gegen den habt ihr dann wiederum nichts. Aber gegen den Lärm der Kirche, wahrscheinlich auch gegen den vom Muezzin, da seid ihr dann wiederum skeptisch. Ich kann mich erinnern, auch die GFL-Fraktion, der Manuel C. Widmer hat immer gekämpft gegen den Lärm. Um 6 Uhr das Fischermätteli-Tram, das hätte er am liebsten verbieten wollen, sodass diese Leute nicht mehr mit dem Tram gehen müssen vor 10.00 Uhr, dass sie dann umsteigen müssen. Aber dann Nachtlärm wäre dann immer wiederum in der Ordnung. Und sind wir vernünftig, denkt daran. Ich will ihnen am Schluss noch ein Beispiel nennen. Ich warne alle von euch, geht nie in ein Ruheabteil der SBB oder ich empfehle es niemanden. Ich habe mal dort mit einem Kollegen berichtet, ich würde sagen, ich habe mir Mühe gegeben leise zu sein. Dummerweise haben wir dort in einem Ruheabteil reserviert und dann schreit irgendeine Beteiligte herum und sagt, man soll endlich leise sein. Und alle, die vielleicht noch schlafen wollten, sind spätestens dann aufgeweckt worden. Und dann haben wir den Kondukteur gefragt: "Das tue uns leid, was wir machen sollen?" Er hat dann gesagt, dass diese Person immer im Ruheabteil sei, sie schreie jeden Tag so herum. Das ist häufig beim Lärm, man muss miteinander sein. Dort möchte ich wieder ansetzen, was Bettina Jans-Troxler gesagt hat: Man muss miteinander reden, man findet Lösungen, aber die Sache, die stösst bei mir auf sehr grosses Unverständnis. Beim Nachbarn vom Schulhaus, der soll dann den Lärm ertragen müssen. Das ist dann schon ein guter Lärm, aber gegen das traditionelle Kirchengeläute ist man dann. Deshalb lehne ich den Vorstoss ab. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann Michael Ruefer von der GFL.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ja, nur wenn ich das so höre, wie hoch beschworen wird, wie jetzt der nächtliche Glockenschlag so zur Identität und zur Geschichte der Stadt Bern gehört, hier auch eine anekdotische Evidenz aus meinem Tessiner Bergdorf, in dem 98,5% Katholikinnen und Katholiken leben. Dort ist der nächtliche Glockenschlag vor etwa 10 Jahre abgeschafft worden. Das Dorf hat seinen ursprünglichen Charme und sein reges Dorfleben nach wie vor bewahren können. Und das sage ich im Bewusstsein darum, dass ich als Zehnjähriger genau dort in diesem Dorf hätte Glöckner werden wollen. Das war nämlich mein Traumberuf, aber es ist natürlich auch so, dass seit der manuelle Glockenschlag abgeschafft wurde, hat natürlich dieser Beruf auch viel weniger Reiz. Und entsprechend bin ich auch für die Abschaffung des nächtlichen Glockenschlags.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann hat Marcel Wüthrich von der GFL das Wort.

Marcel Wüthrich (GFL), Einzelvotum: Ja, besten Dank. Ich bin froh, dass ich doch auf ein gewisses Verständnis gestossen bin zu meinem Vorstoss. Ich möchte einfach ein paar Punkte vielleicht noch erwähnen und ergänzen. Das eine ist die Aktualität, die ist sicher weiterhin vorhanden. Es gibt weiterhin 5 Kirchen in der Stadt Bern, die durch die

Nacht durch einen Glockenschlag haben, 2 davon sogar einen Viertelstunden-Glockenschlag. Das ist die Heiliggeist-Kirche und das ist die Nydegg-Kirche. Und fragt doch einmal zum Beispiel eure Ärztin oder euer Arzt, was sie zum Thema Medikamentenkonsum, Schlaflosigkeit und so weiter, zu sagen haben. Und denkt dann einmal darüber nach, was für Gesundheitskosten, das dann auf dem Weg auslöst und wenn die wegfallen könnten, dann wären wir vielleicht auch ein bisschen weiter, was zum Beispiel die Krankenkassenprämiensteigerung angeht. Zu Oliver Berger: Subjektiver bezüglich Lärm geht es eigentlich kaum. Das ist genau das, was ich euch gesagt habe. Also die Wahrnehmung vom Lärm ist etwas vom individuellsten, was es überhaupt gibt. Und wer ein paar 100 Meter von der nächsten Glocke Leben darf, der kann da natürlich ganz gut reden und wer hingegen in einem engeren Perimeter ist, der oder die werden je nachdem eben tatsächlich die Glocken viel besser hören und auch ein Problem haben und damit komme ich auch zu Bettina Jans-Troxler, zum Beispiel von der Friedenskirche. Dort ist es tatsächlich so gewesen, dass zuerst 200 Unterschriften als Petition gesammelt werden mussten und die sind mühelos innert kürzester Frist zusammengekommen gegen den nächtlichen Zeitschlag, den es vorher nämlich gegeben hat. Und erst seit dann ist es so, dass bei der Friedenskirche der Zeitschlag durch die Nacht eingestellt ist. Zu Thomas Glauser: Es gibt verschiedene Lärmquellen, die durchaus auch einen Nutzen haben und die aber nicht regelmässig sind, wie ich es vorhin geschildert habe mit dem Zeitschlag, der einfach mechanisch dauernd vor sich hinschlägt, wie es einfach programmiert ist. Es ist auch erst jetzt so, dass man mit einer Elektrifizierung und mit der Programmierung so weit gekommen ist, dass man Kirchtürme und Glocken auf die Art überhaupt zum Erschallen bringen kann. Gut, den Charakter des Glockenschlags habe ich bereits beschrieben und was ich zum Abschluss noch sagen möchte, noch einmal: seid so gut, schliesst nicht von euch selber auf andere. Wir hier drin sind wirklich die, die auf der lärmunempfindlichen Seite sind. Ich anerkenne tatsächlich, dass es Leute gibt, die den Glockenschlag auch nachts sehr schätzen, aber sie könnten auch ohne diesen schlafen. Was ich nämlich nie gehört habe in dieser ganzen Zeit, dass jemand unter dem Glockenschlag so sehr leiden würde oder dermassen vermisst hätte, dass die Leute deswegen zum Beispiel Medikamente brauchen würden. Versetzt euch also bitte noch einmal in die Lage einer geplagten Person, und für mich ist klar, die Interessenabwägung ist eindeutig, man könnte mit wenig Mitteleinsatz sehr viel erreichen, um hier einmal etwas abzustellen, das einfach nicht mehr nötig ist. Das ist ein Zeitschlag, der völlig aus der Zeit herausgefallen ist. Noch einmal: stimmt dieser Motion zu. Merci.

Präsidentin: Merci, Marcel. Dann hat Ursula Stöckli von der FDP das Wort.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich stimme dieser Motion selbstverständlich nicht zu, ich lehne sie ab und lehne sie auch als Postulat ab. Man soll nicht von sich auf andere schliessen, aber die anderen sollen eben dann auch nicht auf die ganze, grosse Masse schliessen. Die, die die Glockenschläge nicht wollen, die sind in der Minderheit und wenn ich höre, dass ab 22.00 Uhr Nachtruhe sein sollte, dann muss ich als Altstadtbewohnerin schon ein bisschen schmunzeln, denn ab 22.00 Uhr Nachtruhe ist einfach wirklich eine Illusion. Man kann nicht Glocken vergleichen mit Nachtschwärmern, aber an die Glocken kann man sich gewöhnen, an die Nachtschwärmer eher weniger. Das ist nämlich nicht etwas, was regelmässig kommt, das tritt irgendeinmal auf, wenn der oder die das Gefühl hat, man müsse jetzt hier durch die Gasse grölen. Aber auch das, wer das nicht ertragen kann – es ist keine 24 Stunden Freipass für Nachtlärm zu machen in der Altstadt –, aber auch dort, wenn man einfach ab 22.00 Uhr wirklich Ruhe

will, dann muss man nicht dorthin wohnen gehen. Und wenn man ab 22.00 Uhr wirklich Ruhe will, dann muss man auch nicht neben einer Kirche wohnen gehen. Für mich strotzt der Vorstoss und die Motion ein bisschen vor Selbstgerechtigkeit und ich finde das nicht gut. Ich werde das ablehnen. Ich bitte euch auch das wirklich abzulehnen. Wie du vorhin gesagt hast, Marcel, wenn man das wirklich nicht will, dann kann man die Unterschriften sammeln, aber das man jetzt hier ein Verbot machen soll und das für die ganze Stadt, das finde ich definitiv nicht gut. Merci.

Präsidentin: Danke, Ursula. Dann hat Nik Eugster von der FDP das Wort.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Merci vielmals, ich mache es noch ganz kurz. Das Geschäft wurde bei uns an der Fraktionssitzung besprochen. Es wurde diskutiert, wir haben unterschiedliche Meinungen. Ich bin für die Motion von Marcel Wüthrich. Ich hatte selber einmal so eine Phase, in der es mir gesundheitlich nicht gut gegangen ist, in der ich kaum schlafen konnte, in der der Glockenschlag viertelstündlich mich wirklich fertig gemacht hat. Ich möchte das nicht mehr. Ich finde, das braucht es heutzutage nicht mehr und deshalb werde ich dieser Motion zustimmen.

Präsidentin: Merci, Nik. Gibt es noch weitere Einzelvoten? Claude Grosjean von der GLP.

Claude Grosjean (GLP), Einzelvotum: Ja, wenn wir schon dabei sind, Lärmempfindlichkeit hat eigentlich im Kern immer mit Kontrollverlust-Erfahrung zu tun. Oder ihr könnt wegschauen, aber ihr könnt nicht weghören. Und ihr könnt nicht jede Lärmquelle zum Versiegen bringen. Dann fangen wir an mit dem Autolärm, dann gehen wir weiter zu den Glocken und nachher sind wir beim Kulturlärm und nachher zuletzt ist man dran, dass man nach 22.00 Uhr nicht mehr duschen kann, oder dass der Nachbar oben nicht mehr laufen darf. Aber schlafen könnt ihr immer noch nicht und was macht ihr, wenn ihr einen Tinnitus habt. Darum gewöhnt euch daran, es gibt Lärm.

Präsidentin: Merci, Claude. Dann hat Szabolcs Mihalyi das Wort.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: So Halleluja, es schlägt 13. Also es wird hier gesagt, was jetzt dann laut ist in einer Nacht, herumhängende Jugendliche oder was auch immer. Ich bin nicht direkt geschädigt, denn ich habe das Privileg, dass die Kirche in meiner Nachbarschaft zwischen 22 00 Uhr und 6.00 Uhr nicht schlägt. Aber die Kirche hat übrigens auch einen Innenhof, der sehr populär ist bei Jugendlichen in der Nacht und bei spielenden Kindern durch den Tag. Und gleichzeitig hört man auch den Glockenschlag alle 15 Minuten. Ich habe noch kein Kind und auch keinen Jugendlichen gesehen, der auch nur annähernd so laut gewesen wäre wie die Glocke und es gibt regelmässig Leute, die dort zusammenzucken. Es gibt verschiedene Formen von Lärm, aber jeder, der die Wissenschaft einigermaßen ernst nimmt, sollte auch ernst nehmen, dass Lärm schwer gesundheitsschädigend sein kann, und ein Schlafmanko genauso. Das ist die Idee des Vorstosses und das sollten wir auch respektieren. Merci.

Präsidentin: Merci, Szabolcs. Dann hat Sibyl Eigenmann von der Mitte das Wort.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Vielen Dank für das Votum meines Vorredners. Das ist genau auch meine Meinung. Es gibt etliche Studien, die beweisen, dass Lärm Stress auslöst und dass es gesundheitsschädigend ist. Ich wollte nichts sagen, denn

unsere Fraktion wird das ablehnen aus Regulierungsgründen, weil wir einfach keine neue Regulierung wollen. Bettina hat ein sehr schönes Votum gehalten. Das ist eigentlich auch in unserem Sinn, aber ich musste jetzt doch noch das Wort ergreifen wegen Claude. Ich habe mit 17 einen Tinnitus bekommen und bin schwer lärmempfindlich und ich glaube, ich habe keinen Kontrollverlust in meinem Leben. Es kann, wenn man ein Problem hat, wenn man Stress hat, kann Lärm sehr vielmehr auslösen. Das ist schon so, aber mir tut zum Beispiel Klatschen in den Ohren weh, also wenn ich an einem Konzert bin oder irgendwo sonst und das Publikum klatscht. Ich habe Schmerzen in den Ohren und das hat nichts mit Kontrollverlust zu tun. Und ich glaube, es gibt einen Unterschied zwischen Kirchengeläute nachts, der einfach völlig unnötig ist, den niemand mehr braucht heutzutage und/oder eine Sirene oder einen Helikopter der REGA. Das sind total unterschiedliche Sachen in unserem Leben. Das eine ist notwendig, das kann das Leben retten, das andere kann aber das Leben auch wirklich unnötigerweise erschweren. Und ich finde, wenn man Leute gerade in dem Rat, wo wir immer so superempfindlich und tolerant sein wollen, gerade in dem Rat, man dann sagt: "Ach, ihr mit euren Problemen, zieht doch auf das Land." Notabene nirgends ist die Kirche so laut wie auf dem Land. Dann finde ich es wirklich schwierig, finde ich es sehr unsensibel und ich danke eigentlich Marcel für den Vorstoss und jetzt nehme ich an.

Präsidentin: Danke, Sibyl. Timur Akçasayar von der SP.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Es tut mir leid, dass ich es noch ein bisschen verlängern muss, aber ein kleiner Tipp an alle lärmgeschädigten Kolleg*innen hier im Rathaus. Ihr könnt sonst zu mir kommen, ich gebe euch dann einen kleinen Tipp, wo ihr einen sehr guten Gehörschutz machen lassen könnt. Den Namen darf ich nicht sagen, sonst mache ich Werbung, aber da könnt ihr mit Silikon Abdrücke machen lassen. Es wird ein Ohr abgenommen und ihr bekommt nachher angepasste Gehörschutz, wo ihr den Filter entsprechend einstellen könnt. Die Filter filtern euch den Lärm, der euch stört, heraus, so dass ihr noch mit den Leuten reden könnt, aber die Maschine oder eben den Glockenschlag nicht mehr hört. Das einfach so als Hinweis. Darum ein Verbot ist ein bisschen übertrieben. Merci.

Präsidentin: Merci, Timur. Gibt es noch Einzelvoten? Dann hat jetzt noch Reto Nause für den Gemeinderat das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen. Ich habe den Eindruck, dass das Polizeiinspektorat hier einen Top-Job macht. Überall dort, wo wir auf Probleme stossen, überall dort, wo wir mit Klagen konfrontiert sind aus der Bevölkerung, suchen wir den Dialog, suchen wir Lösungen, finden wir Lösungen. Darum habe ich auch den Eindruck, dass das Problem an sich per se gelöst ist und wenn ihr jetzt ein generelles Verbot von 22.00 Uhr bis 7.00 Uhr beschliesst, dann müsst ihr euch einfach bewusst sein, dass das Verbot möglicherweise auch gewisse Spill Over Effects ins Nachtleben hinein hat. Das möchte ich der linken Ratshälfte auch noch zu bedenken geben. Wenn man die totale Nachtruhe will von 22.00 Uhr bis 7.00 Uhr am Morgen, dann ist es ziemlich ruhig in dieser Stadt Bern. Also bitte lehnt das ab.

Präsidentin: Danke, Reto. Wir kommen zur Abstimmung über diese Motion.

Abstimmung Nr. 033

2017.SR.000033

Ablehnung

Ja	22
Nein	36
Enthalten	7

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2017.SR.000094

16 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO, FDP/JF (Regula Bühlmann, GB/Ursina Anderegg, GB/Matthias Stürmer, EVP/ Marcel Wüthrich, GFL/Edith Siegenthaler, SP/Melanie Mettler, GLP/Dannie Jost, FDP): Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Berns Beitrag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030; Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir fangen noch mit Traktandum 16 an. Es geht um einen Prüfungsbericht, der traktandiert wurde und ich übergebe dann den Einreichenden das Wort. Kannst du dich bitte noch anmelden? Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Einreichenden: Das freut mich, dass wir jetzt noch über etwas ein bisschen Signifikanteres reden können als die Kirchenglocke. Das vorliegende Postulat aus dem Jahr 2017 adressiert die von der UNO definierten nachhaltigen Entwicklungsziele Sustainable Development Goals oder SDGS und alle UNO-Mitgliedstaaten sollen bis 2030 in diesen 17 Bereichen Ziele erreichen. Darunter Bereiche wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Stadtentwicklung, Menschenrechte und so weiter. In der Schweiz hat der Bundesrat die Botschaft "Strategie nachhaltige Entwicklung" verabschiedet und gerade in der föderalistisch organisierten Schweiz haben Kantone und Gemeinden bei der Umsetzung von dieser Strategie eine wichtige Rolle und aus dem Grund fordert das Postulat die Einbindung von den SDGS in die lokale Agenda und bittet den Gemeinderat konkrete Massnahmen zu entwickeln und die Zuständigkeiten zu klären und auch die Bevölkerung über die Ziele zu informieren. Aus der Antwort des Gemeinderats – die Antwort ist vom Jahr 2022 – wird ersichtlich, dass in der Konzeptualisierung schon einiges passiert ist. Die Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung RAN ist erarbeitet worden und die 17 konkreten Ziele sind zu 6 Handlungsschwerpunkten zusammengefasst worden und die Zuständigkeiten an die Direktionen verteilt. Die in der Antwort erwähnten Nachhaltigkeitstage wurden inzwischen nicht nur geplant, sondern auch durchgeführt. Wir bezweifeln aber, dass die geplanten Projekte ausreichend sind für die Bevölkerung wirklich zu dem Thema zu informieren und zu sensibilisieren, aber die ersten Schritte sind gemacht. Jetzt sehen die Konzepte, Organigramme und Visualisierungen in der Antwort des Gemeinderates wirklich sehr schön aus. Sie sollen aber vor allem eines funktionieren, und um das zu beurteilen, ist sowohl das Postulat als auch die Antwort schon zu lange zurückliegend. Es bräuchte eine Zwischenstands-Analyse und immer eine stetige Anpassung der bisherigen Projekte und der Massnahmen, um weiterhin auf die Nachhaltigkeitsziele hinzuarbeiten und die Verantwortung der Stadt wahrzunehmen. Wie gesagt geht es bei den SDGS um soziale,

ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Es geht um Gleichstellung, Gerechtigkeit, Zugang zu Bildung und Gesundheit, soziale Klimapolitik und aus grüner Perspektive, die hier besonders betonen, dass das Klimareglement als wichtiger Teil der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung schnell und konsequent durchgesetzt werden soll. Aber es geht um vielmehr als das: Es geht um ressourcenschonende Wirtschaft, um Digitalisierung, um Ernährungssicherheit, um nachhaltigen Konsum und Biodiversitätserhalt, die Verminderung von Ungleichheiten nicht nur in der Schweiz, sondern auch im internationalen Vergleich und noch viele weitere Bereiche, die wir alle kennen als sehr kontroverse Themen mit viel Konfliktpotenzial hier im Stadtrat. Zusammengefasst kann ich sagen, dass die Rahmenstrategie erarbeitet wurde, und damit sind die Forderungen aus dem Postulat erfüllt und wir sind zufrieden damit. Wie so oft reicht es nicht, eine Strategie zu erstellen, wenn sie nachher nicht eingehalten wird. Wir sehen es als Aufgabe der einzelnen Direktionen, sich konsequent an der Richtlinie zu orientieren und wir sehen es als Aufgabe des Stadtrates, die einzelnen Geschäfte und Vorstösse weiterhin kritisch zu prüfen. Und angesichts gewisser Meinungen im Rat zum Thema Nachhaltigkeit wird das auch in Zukunft bitter nötig sein.

Präsidentin: Merci vielmals, Mirjam. Gibt es zu diesem Traktandum Diskussionsbedarf? Es gibt keinen Diskussionsbedarf. Ist der Prüfungsbericht umstritten? Gut, dann nehmt Ihr den an. Und weil wir so gut vorwärtsgekommen sind, hören wir 2 Minuten... 1 Minute vorher auf. Einen ganz schönen Abend. Ich glaube alle die noch mit Eva anstossen wollen, können ins Bollwerk kommen. Merci vielmals.

Stillschweigende Annahme

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

17 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Yasemin Cevik, SP): Kameraüberwachung des öffentlichen Raums durch Private; Prüfungsbericht

18 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Franziska Grossenbacher, GB/Timur Akçasayar, SP/Tabea Rai, AL/Luzius Theiler GAP): Keine Buebetrickli bei den verkehrsintensiven Vorhaben (ViV) – gegen eine Erhöhung der Fahrtenzahl für das Einkaufszentrum Westside; Begründungsbericht

19 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GLP/JGLP (Katharina Gallizzi, GB/Michael Ruefer GLP): Fahrtencontrolling und Klimamassnahmen – welche Veränderungen sind nötig, welche Veränderungen sind möglich?

20 Interpellation Erich Hess (SVP): Transparenz und Kontrolle der ambulanten Familienbegleitungen und ihre Tarife, Präsenzstunden und Kosten

21 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Edith Siegenthaler/Timur Akçasayar, SP): Leiht EWB dem AKW Gösgen Geld?

22 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Gewährung eines Aktionärsdarlehens an das KKW Gösgen?

23 Postulat Fraktion GB/JA! (Katharina Gallizzi, GB/Eva Krattiger, JA!): Solarcity Bern; Prüfungsbericht

24 Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Kostendeckende Vergütungen für Photovoltaikanlagen

- 25 Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht
- 26 Interpellation Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Tanja Miljanovic, GFL): Nicht nachvollziehbare Preiskoppelung für Biogas ans Erdgas
- 27 Motion Eva Gammenthaler (AL): Keine Gewehre mehr im Tierpark Dählhölzli

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Postulat Florence Pärli Schmid (JF) und Tom Berger (FDP): Von Ostermundigen lernen – Verwaltungsreform für die Stadt Bern
2. Kleine Anfrage Ursula Stöckli (FDP): Eisbahn auf dem Bundesplatz: Wann kommt der "Zamboni" zurück? Wie sieht die mittelfristige Planung aus?
3. Interpellation Alexander Feuz (SVP), Bernhard Hess (SVP) und Daniel Michel (SVP): Der Bürger muss mit der Abschaffung vieler Parkplätze und Parkspuren und Werbeverbote für Autos und Flugreisen leben, zudem soll er an städtischen Anlässen fast ausschliesslich vegetarisch und vegan gepflegt werden; der Stadtpräsident wiederum flog in der laufenden Legislaturperiode in der ganzen Welt herum: es interessiert, welche Destinationen er mit dem Flugzeug besuchte und wie viel Kilometer er dafür zurücklegte. Auch verlangen wir Aufschluss über die Nachhaltigkeit dieser Reisen und den Zweck derselben
4. Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL (Katharina Gallizzi, GB/Lea Bill, GB/Noras Joos, AL/Michael Ruefer, GFL): Wo steht die Umsetzung der Massnahme "8m Reduktion des Angebots öffentlicher Parkplätze" der Energie- und Klimastrategie?
5. Motion Lionel Gaudy (Mitte), Lukas Wegmüller (SP), Tom Berger (FDP) und David Böhner (AL): Pumptrack Rossfeld
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Angespannte Finanzlage und Priorisierung der Ausgaben: Wäre es angesichts der sinkenden Schülerzahlen und demografischen Entwicklung nicht sinnvoll, rasch die Sanierung des Schulhauses Kirchenfeld ohne unterirdische Bauten vorzunehmen und als Ersatzstandort für zusätzlichen Schulraum das Areal im Gaswerk in Anspruch zu nehmen?
7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Weitgehendes Werbeverbot, Totalverbot für Leuchtreklamen in der Stadt Bern: Diese Forderung ist offensichtlich völlig unverhältnismässig und verstösst klar gegen Verfassungsrechte. Was unternimmt der Gemeinderat? Wird er gleichwohl eine Vorlage mit offensichtlich widerrechtlichen Vorschriften erlassen? Nimmt er Beschwerdeverfahren in Kauf? Was kostet dies den Steuerzahler?
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Frauen EM 2025: Der Bundesrat will die Frauenfussball-EM nur mit 4 Millionen Franken unterstützen. Was das für die Parteien in Thun und Bern bedeutet. Was für Mehrkosten kommen auf die Steuerzahler Stadt Bern zu? Was unternimmt die Stadt?
9. Kleine Anfrage Tanja Miljanovic (GFL): Termine ZBB-S

Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

26.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Redaktion: Clara Rüsi